

hfb

Hochschullehrerbund e.V.
Band 38 • Heft 4/5 • Oktober 1997

Z 12916 F
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
CICERO Auguststraße 12
53229 Bonn
ISSN 0340-448 x

Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

Kooperative Studiengänge

Friedrich: HRG-Novelle

**Interview mit
Dr. Jochen Kirchhoff**

**Schneider: Kooperative
Studiengänge**

**Jahn: Dualität
curricular umsetzen**

Büchel: Doppelqualifikation

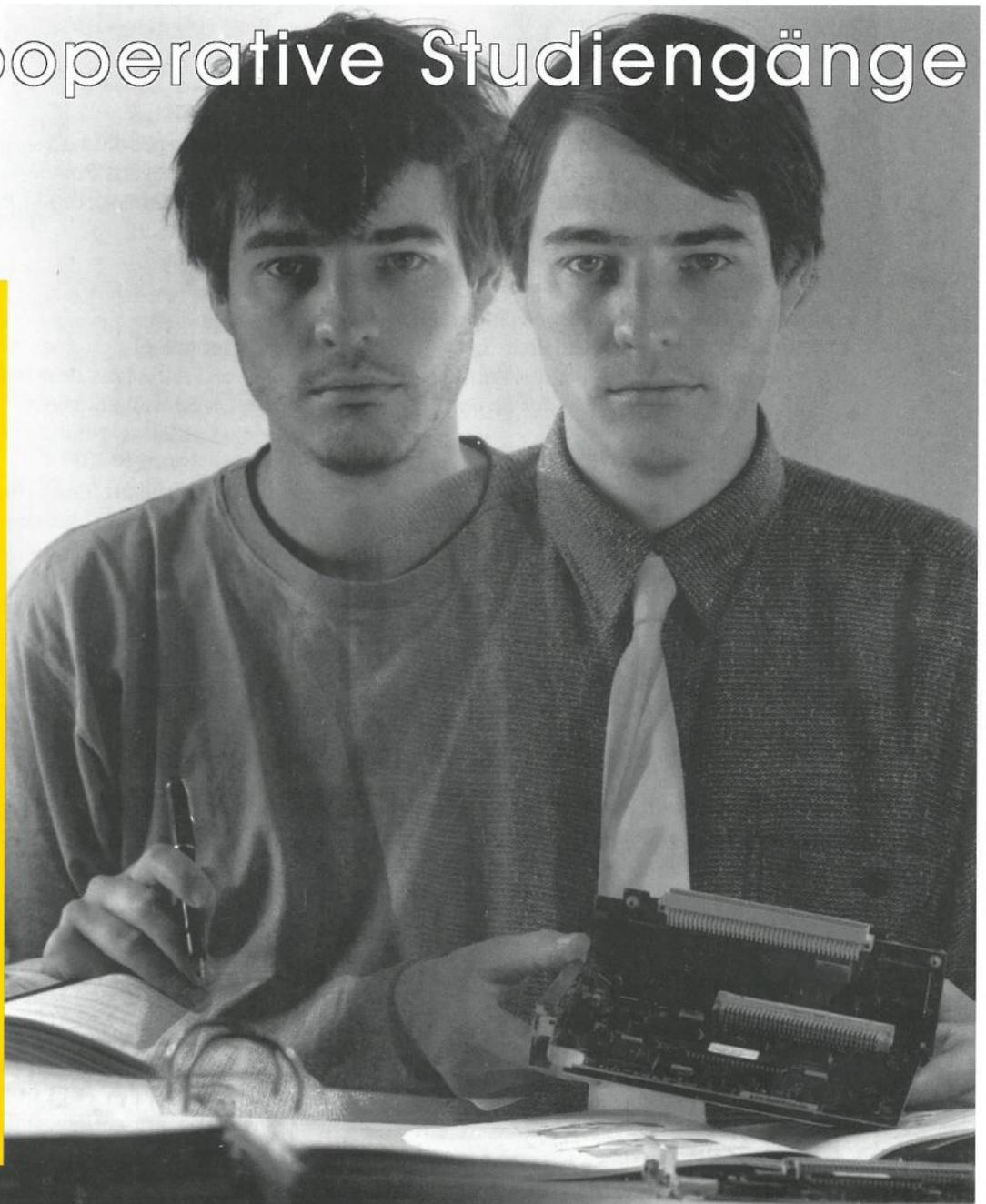
Maretis: Produktionstechnik

**Beißner/Paul:
Internationale
Betriebswirtschaft**

Pepels: Qualität der Lehre

**Winkelmann: Kompetenz-
Selbstüberprüfung**

Kliem: Prüf den Prof



NACHRICHTEN • MEINUNGEN • BERICHTE

Freitag, 14. November 1997
Fachhochschule Amberg-Weiden, Standort Weiden

Die Fachhochschulen und ihre neuen Rahmenbedingungen

- Hochschulreform
- HRG-Novelle
- novellierte Landesgesetze

Öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung des Hochschullehrerbundes *hlb* 1997

15.00 Uhr

Eröffnung durch *Prof. Werner Kuntze*,
Präsident des Hochschullehrerbundes
Verlesung des Grußwortes von
Staatsminister *Hans Zehetmair*, MdL
Grußwort von Regierungspräsident
Alfons Metzger, Oberpfalz

15.30 Uhr

Prof. Dr. August Behr,
Präsident der FH Amberg-Weiden,
Ehrevorsitzender des VHB
Der Doppelstandort Amberg-Weiden
– die neue Hochschule in der Region

16.00 Uhr

Podiumsdiskussion
Aktuelle Aspekte der Hochschulreform
Dr. Gerhard Friedrich MdB
(Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
u. deren Koordinator für das BMBF);
Dr. Dorle Baumann MdL, (SPD)
Stv. Vors. d. Ausschusses für Hochschule,
Forschung und Kultur des Bayerischen
Landtages
Dipl.-Ing. (FH) Walter Winkler (Inhaber der Fa.
Wintron-Parkstein, Mitglied des Struktur-
beirates f.d. FH Amberg-Weiden), angefr.;
Malte Buschbeck (Journalist, Hof);
Moderation: *Prof. Werner Kuntze*

17.45 Uhr

Die Vorsitzenden der *hlb*-Landesverbände
informieren über den Stand
der Gesetzgebung
Moderation: *Prof. Dr. Dietrich Grille*,
Vorsitzender des VHB
(*hlb* – Landesverband Bayern)

19.00 Uhr

Begrüßung durch den Oberbürgermeister
der Stadt Weiden, *Herrn Schröpf*

Donnerstag, 27. November 1997
13.30 Uhr bis ca. 18.00 Uhr
Fachhochschule Hannover
Ricklingerstadtweg 120, Aula

Innovationen in den Ausbildungssystemen

- Anforderungen an die Absolventinnen und Absolventen in der Praxis
- Anforderungen an die Studienbewerberinnen und -bewerber und
- Hochschulzugangsberechtigung
- Reform der Hochschulen
- internationale Abschlüsse und deren Anerkennung
- Evaluation
- Leistungsabhängige Besoldung

Podiumsdiskussion in Hannover Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Hochschule beantworten Fragen aus dem Plenum

Teilnehmer:

Frau Ministerin *Helga Schuchardt*,
Hannover, MWK
Staatssekretär *Dr. Fritz Schaumann*,
Bonn, BMBF
Dipl.-Kfm. Peter Haase,
Wolfsburg, Volkswagen
Ing. Michael Lamperth,
MSc., London, Imperial College
Je ein Vertreter der im Kultusausschuß
vertretenen Oppositionsparteien und
Studiendirektor *Hans-M. Goldmann*,
Hannover, F.D.P.

Diskussionsleitung:

Frau *Prof. Dr. Diemut Majer*

15.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Kaffeepause

Anmeldungen erbeten bis 3.11.1997 an:

Prof. Dr.-Ing. Gerd Müller
Burgweg 10
31008 Elze
Telefon/Telefax (05068) 28 36

Die neue Hochschule

Heft 4 • 5 • Oktober 1997

DAS AKTUELLSTE

Hans-Rainer Friedrich

Mehr Spielraum für die Hochschulen

INTERVIEW

Jochen F. Kirchhoff

Wir brauchen eine andere Wertschätzung der Naturwissenschaften

hIb-AKTUELL

Stellungnahme des hIb zur Änderung des HRG

Hochschulrahmengesetz: Hintergründiges Bachelor/Master

AUFSÄTZE

Jürgen Schneider

Kooperative Studiengänge an Fachhochschulen - wozu?

Heidrun Jahn

Dualität curricular umsetzen

Felix Büchel

Doppelqualifikation - eine erfolgreiche Strategie?

Kooperative Studienangebote der Fachhochschulen

Dimitris K. Maretis

Produktionstechnik

Karl-Heinz Beißner u. Kathrin Paul

Internationale Betriebswirtschaft im Praxisverbund (BIP)

Werner Pepels

Qualität der Lehre

Peter Winkelmann

Kompetenz - Selbsteinschätzungen von Studenten

Ottmar Kliem

Prüf den Prof - einmal anders

RUBRIKEN

Meldungen

Aus Bund und Ländern

Baden-Württemberg • Bayern • Brandenburg • Hessen • Schleswig-Holstein • Thüringen:

Informationen + Berichte

Neues von Kollegen

Neuberufene

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung - e.V. (hIb)

Verlag: hIb, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn, Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512 E-mail hIbbonn@aol.com

Schriftleitung: Prof. Dr. Dorit Loos Buchenländer Str. 60, 70569 Stuttgart, Telefon (0711) 682508, Telefax (0711) 6770596 E-mail d.loos@t-online.de

Redaktion: Prof. Dr. Dorit Loos Dr. Hubert Mücke

Redaktionsassistentz: Cornelia Brenig, M.A.

Anzeigen: Cornelia Brenig, M.A.

Titelbild: Prof. Wolfgang Lüttner

Verbands offiziell ist die Rubrik „hIb-AKTUELL“. Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des hIb sowie der Mitgliedsverbände.

Erscheinungsweise: zweimonatlich Jahresabonnements für Nichtmitglieder DM 81,— (Inland), inkl. Versand DM 81,— (Ausland), zzgl. Versand

Probeabonnement auf Anfrage Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Herstellung und Vertrieb: CICERO, Auguststraße 12, 53229 Bonn

Inserenten:

C. F. Müller Verlag: Hrg-Kommentar Eine Besprechung der aktuellen Nachlieferung erscheint im Heft 6/1997

Das Heft 6/97

mit dem Schwerpunkt

Hochschulpolitik

in Hessen und

Niedersachsen

erscheint am 31. Dezember

Vorschau

Mehr Spielraum für die Hochschulen

- Novelle zum Hochschulrahmengesetz im Bundeskabinett verabschiedet -

Der Regierungsentwurf einer 4. Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) ist am 24. September im Bundeskabinett beschlossen worden. Der Gesetzentwurf wurde in enger Abstimmung mit den Ländern entwickelt und soll gemeinsam verabschiedet werden.

Hans Rainer Friedrich
Ministerialdirektor
Leiter der Abt. 3

Hochschulen und Wissenschaftsförderung; Grundlagenforschung
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie,
Heinemannstr. 2, 53175 Bonn



Für die weitere Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland ist die zügige Verwirklichung der Reform des deutschen Hochschulsystems von entscheidender Bedeutung. Die Hochschulen sind die wichtigsten Stützen für Wissen und hochqualifizierte Ausbildung. Sie müssen deshalb in die Lage versetzt werden, diesen hohen Anspruch zu erfüllen. Damit die Hochschulen künftig Exzellenz und Effizienz miteinander verbinden können, müssen sie heute die Chance erhalten, im Wettbewerb ihr eigenes Profil auszubilden.

Ziel der durch die HRG-Novelle angelegten Neuausrichtung der Gestaltungsprinzipien des deutschen Hochschulsystems ist es deshalb, durch Deregulierung, durch Leistungsorientierung und durch die Schaffung von Leistungsanreizen Wettbewerb und Differenzierung zu ermöglichen sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen zu sichern. Mit dem letztgenannten Ziel befaßt sich auch ein Bericht zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland, der derzeit in der Kultusministerkonferenz (KMK) vorbereitet wird und dem 280. Plenum der KMK zur abschließenden Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Die im April 1997 eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Novellierung des Hochschulrahmengesetzes hat am 18. August 1997 Einvernehmen über ein neues Hochschulrahmengesetz erzielt. Der intensive Diskussionsprozeß zwischen Bund und Ländern über notwendige Reformmaßnahmen hat im Ergebnis ein hohes Maß an Konsens in den Grundfragen der Hochschulreform und Einigkeit über deren Umsetzung im Hochschulrahmengesetz erbracht.

Die in der abschließenden Beratung mit der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin *Brunn*, dem bayerischen Kultusminister *Zebetmair*, dem rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister *Prof. Zöllner* und dem sächsischen Wissenschaftsminister *Prof. Meyer*

vereinbarten Änderungen des Rahmenrechts des Bundes wurde in dem am 22. August 1997 vorgelegten Referententwurf für ein Viertes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes umgesetzt.

Wesentliche Punkte der vorgesehenen Änderungen im Hochschulrahmengesetz betreffen vor allem:

- die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung (§ 5)
 - Evaluation von Forschung und Lehre, Beteiligung der Studierenden bei der Evaluation der Lehre (§ 6)
 - Neudefinition und -festlegung der Regelstudienzeit (§ 10 Abs. 2 und § 11)
 - Aufnahme des Themas „Multimedia“ (§ 13)
 - Verstärkung der Studienberatungspflicht der Hochschulen (§ 14)
 - Einführung einer Zwischenprüfung in allen Studiengängen mit mindestens vier Jahren Regelstudienzeit (§ 15 Abs. 1)
 - „Freischuß“ in allen geeigneten Studiengängen (§ 15 Abs. 2)
 - Einführung eines sog. Leistungspunktsystems („Credit Point System“) zur Akkumulation und zum Transfer von Studien- und Prüfungsleistungen (§ 15 Abs. 3)
 - Ermöglichung der Vergabe der Hochschulgrade „Bachelor“ und „Master“ für Universitäten und Fachhochschulen (§ 19)
 - Einführung einer Leistungsquote bei der Studienplatzvergabe für bis zu 25 % der Studienplätze im Ortsverteilungsverfahren der ZVS (§ 31 Abs. 2)
 - Aufnahme eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens in das allgemeine Auswahlverfahren für einen Teil der Studienplätze (ca. 20 %) in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen (§ 32 Abs. 3 Nr. 2b)
 - Pädagogische Eignung als unbedingte Einstellungsvoraussetzung für Professoren (§ 44 Abs. 1 Nr. 2)
 - Habilitation und gleichwertige wissenschaftliche Leistung - auch aus einer Tätigkeit außerhalb des Hochschulbereichs - als gleichberechtigte Einstellungsvoraussetzungen für Professoren (§ 44 Abs. 2)
 - die Verpflichtung der Hochschulen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (§ 3).
- Damit die Hochschulen den für die Verwirklichung der Reformvorstellungen notwendigen Freiraum erhalten, wird das Hochschulrahmengesetz zugleich in erheblichem Maße dereguliert. Die Hochschulrahmenrechtsnovelle setzt auf mehr Freiheit der Hochschu-

len durch Abschaffung unnötiger und wettbewerbshemmender Regulierung. Optischer Ausdruck dieser Zielsetzung ist das Ergebnis, daß der Umfang des Hochschulrahmengesetzes auf etwa ein Drittel des bisherigen Umfangs schrumpft.

Künftig wird es keine Detailregelungen im HRG mehr geben

- für die Ordnung des Hochschulwesens
- zur Weiterentwicklung des Studiums
- zu Rahmenprüfungsordnungen
- zu Studienordnungen
- zum Lehrangebot
- zu Prüfungen und Prüfungsordnungen
- zur Anerkennung sonstiger Leistungsnachweise
- zur Hochschulforschung
- zur Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule
- über die Zusammensetzung der Hochschulgremien, Stimmrecht, Wahlen und Öffentlichkeit
- über das Studentische „Ordnungsrecht“
- sowie den überwiegenden Teil der Vorschriften zur inneren und äußeren Organisation und Verwaltung der Hochschule.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung verfolgt und setzt Zielsetzungen um, die zur Zeit in vielen vergleichbaren Industriestaaten unter den Gesichtspunkten einer neuen Austarierung des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft und der Ausrichtung auf Globalisierung und Informationsgesellschaft im Vordergrund stehen: mehr Autonomie, mehr Flexibilität, mehr Reaktionsfähigkeit auf neue Anforderungen, eine Tendenz zu mehr Bedarfs- und Kundenorientierung, aber auch mehr Verantwortung für das Geld des Steuerzahlers („accountability“).

Ähnliche Zielsetzungen enthalten beispielsweise der jetzt in England vorgelegte Bericht der sog. Dearing-Kommission „Higher Education in the Learning Society“ (Summary Report, Juli 1997, ISBN: 185838253X), das neue Österreichische Hochschulgesetz und der jetzt in den Niederlanden diskutierte Plan für das Hochschulwesen 1998 („Hoger Onderwijs en Onderzoek Plan 1998“). □

Der Gesetzentwurf wird in Kürze als Bundestagsdrucksache zur Verfügung stehen und kann auch beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMBF abgerufen werden (, Tel.: 0228/57-2041). Im Internet sind zusätzliche Informationen verfügbar (<http://www.bmbf.de>).

Hochschulausgaben 1995 fast 49 Mrd. DM

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gaben die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland im Jahre 1995 48,7 Mrd. DM für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Sie waren damit etwas niedriger als die Sozialhilfeausgaben in Deutschland (52,2 Mrd. DM) bzw. die Gesamtausgaben des Landes Berlin 49,7 Mrd. DM im Jahr 1995.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Hochschulausgaben um 4,3%. Während die Steigerung im früheren Bundesgebiet 3,8 % betrug, fiel sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 6,7 % wesentlich stärker aus.

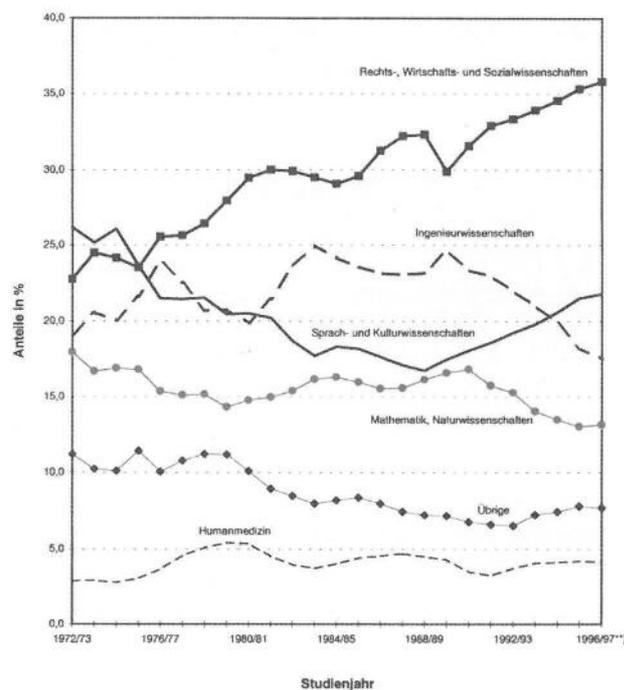
Auf die Hochschulen der neuen Länder und Berlin-Ost entfielen mit 8,7 Mrd. DM 17,9 % der Ausgaben aller deutscher Hochschulen. Der Anteil der neuen Länder und Berlin-Ost an den im Wintersemester 1994/95 an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Studierenden betrug 9,7 %.

Für das Hochschulpersonal wurden 29,9 Mrd. DM aufgewendet, das sind 61,3 % der Ausgaben der Hochschulen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben 57,0 %, im früheren Bundesgebiet 62,2 %. Für ihre Modernisierung und Ausbau wendeten die westdeutschen Hochschulen 4,0 Mrd. DM oder 10,1 % ihrer Mittel auf, die ostdeutschen Hochschulen 1,5 Mrd. DM (17,1 %).

Die Gliederung der Hochschulausgaben nach Fächergruppen zeigt, daß auf die Humanmedizin (einschließlich der zentralen Einrichtungen der Hochschulkliniken) im Jahr 1995 21,9 Mrd. DM bzw. 45,0 % der Hochschulausgaben entfielen. Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften wurden 5,6 Mrd. DM (11,5 %) aufgewendet, für Ingenieurwissenschaften 5,0 Mrd. DM (10,3 %). Für die Geistes-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden 6,2 Mrd. DM (12,6 %) ausgegeben, jedoch waren 56,2 % aller Studierenden für diese Fachrichtungen im Wintersemester 1994/95 eingeschrieben.

An Einnahmen erzielten die Hochschulen 1995 zusammen unmittelbar 19,5 Mrd. DM. Die laufenden Verwaltungs- und Betriebseinnahmen machten 14,8 Mrd. DM aus. Die medizinischen Einrichtungen erwirtschafteten davon insbesondere als Entgelte für die Krankenbehandlung 14,1 Mrd. DM. Die Drittmittel, welche die Hochschulen zusätzlich zu ihrer Grundausstattung bei öffentlichen und privaten Stellen für Lehre und Forschung einwerben konnten, betragen 1995 4,1 Mrd. DM. Ihr Finanzierungsanteil lag bei 8,4 %.

Veränderung der Verteilung der Studienanfänger auf die Fächergruppen in den Studienjahren 1972/73 bis 1996/97¹⁾



(Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester, z.B. 1996 = SS 1996 und WS 1996/97)

¹⁾ 1972/73 bis 1992/93: altes Bundesgebiet, 1993/94 bis 1996/97: Deutschland.
²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Stellungnahme des Hochschullehrerbundes (h/b) zum Referentenentwurf eines vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 22. August 1997

Der Hochschullehrerbund (h/b) begrüßt den Entwurf zur HRG-Novelle als einen Schritt auf dem Weg zur bedarfsgerechten Umstrukturierung und Wettbewerbsentzerrung des Hochschulsystems sowie zur Stärkung der internationalen Ausrichtung des Hochschulstudiums. Zwingend notwendig ist aber auch die Neuordnung der staatlichen Studienfinanzierung (BAföG) und die generelle Sicherstellung der Forschungs- und Hochschulfinanzierung durch den Bund und die Länder. Überfällig und daher vordringlich zu schaffen ist ein geregelter Zugang von Fachhochschul-Absolventen zu den Laufbahnen des höheren Dienstes. Darüber hinaus ist es vordringlich, endlich die Voraussetzungen für ein einheitliches Professorenamt an Fachhochschulen zu schaffen.

Bachelor und Master (§ 19)

Der *h/b* begrüßt die geplante Erprobung von Studiengängen, die mit dem Bachelor bzw. Master abschließen, sowie die Möglichkeit zur Übersetzung der Hochschulgrade in die englische Sprachform. Auf Unverständnis stößt allerdings die Regelung, daß den Fachhochschulen im Gegensatz zu den Universitäten die Vergabe des Diploms als eines auf dem Bachelor aufbauenden zweiten berufsqualifizierenden Abschlusses verwehrt wird. Der Bundesgesetzgeber sollte im Hochschulrahmengesetz Differenzierungen nach Hochschularten unterlassen und damit den Ländern die nähere Ausgestaltung der hochschulartabhängigen Aufgaben zuweisen. Die Regelung würde zu einer Umverteilung von Studierwilligen von den Fachhochschulen zu anderen Hochschulen führen. Zudem würde eine Unterscheidung zwischen universitären und Fachhochschulabschlüssen bei Verleihung international bekannter Abschlüsse zu Unverständnis im Ausland führen.

Credit-Point-System und Prüfungswesen (§ 15)

Die erweiterte Einführung des Credit-Point-Systems zur Erhöhung der Mobilität der Studierenden zwischen In- und Ausland sowie unter den Hochschulen ist mit Nachdruck zu begrüßen und für die Modularisierung des Studienangebots dringend notwendig.

Die Einführung eines Freiversuchs in Verbindung mit einer Wiederholungsmöglichkeit zum Zwecke der Notenverbesserung muß zu weiterem Prüfungsaufwand führen.

Multimedia (§ 13)

Die rasante Entwicklung im Bereich Multimedia (im Sinne neuer Methoden in der Lehrkommunikation) wird Lehre und Forschung erheblich verändern. Ein weiterführender Hinweis auf die Zuständigkeiten von Bund und Ländern wäre für diesen komplexen Bereich hilfreich.

Evaluierung (§ 6)

Eine umfassende Evaluierung der Hochschulen ist zu begrüßen, denn hierdurch können Schwachstellen aufgedeckt werden, die bei entsprechendem Ressourceneinsatz beseitigt werden können. Es sollten alle Mitglieder der Hochschulen beteiligt werden.

Als vordringlich sieht der *h/b* die Evaluation der Dienstleistungen, wie sie durch die Hochschul-Verwaltung für die Mitglieder der Hochschule erbracht werden. Eine effektive Gestaltung kompetent und kundenorientiert erbrachter Verwaltungsleistungen würde die Arbeitsfähigkeit der Fachhochschulen spürbar steigern.

Die Evaluation der Lehre ist ein sinnvolles Instrument als Grundlage für die Weiterentwicklung der didaktischen und methodischen Aspekte von Lehrveranstaltungen. Sie wird von einer zunehmenden Zahl von Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen benutzt. Es ist aber auch herrschende Meinung, daß sie ein äußerst unscharfes Instrument ist, das eine Vergleichbarkeit der Evaluationsergebnisse erschwert. Die Ergebnisse von Umfragen sind jedoch nützliche Grundlage für das vertrauensvolle Gespräch zwischen Lernenden und Lehrenden. Eine personenbezogene Veröffentlichung der Ergebnisse stört das Vertrauensverhältnis und die offene Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist weder sachgerecht noch aufgrund des Persönlichkeitsschutzes geraten.

Im übrigen weist der *h/b* darauf hin, daß für eine von der Politik gewollte

wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung der Lehre zusätzliche Finanzmittel erforderlich sind.

Studienberatung (§ 14)

Eine erweiterte Studienberatung kann den individuellen Studienablauf und die psychologische und soziale Situation der Studierenden verbessern. Sie setzt aber einerseits größere Bereitschaft, sich beraten zu lassen, und andererseits die entsprechende Beratungskompetenz durch geschultes Personal voraus. Bei der derzeitigen Überlast der Hochschulen kann das Problem nicht dadurch gelöst werden, daß Lehrende ihre Sprechzeiten erweitern. Es ist neben der fachinhaltlichen Beratung durch Lehrende die Bereitstellung zusätzlichen Personals erforderlich, um die oft komplexen Ordnungen und Regelungen für die Studierenden aufzubereiten. Hierzu gehören auch Informationen über Freischußregeln und Zwischenprüfungen.

Studienplatzvergabe (§§ 32 und 33)

Die Änderungen in der Studienplatzvergabe beziehen sich lediglich auf Studiengänge im bundesweiten Auswahlverfahren. Die Abitur-Durchschnittsnote bleibt das Hauptauswahlkriterium.

Selbstverwaltung und Freiheit von Lehre und Forschung (§ 37 i.V.m. § 4)

Der *h/b* bedauert die angestrebte Einschränkung des Kollegialprinzips und dessen Ersatz durch Einzelentscheidungen. Unserer Auffassung nach lassen sich Entscheidungen aufgrund der Beschlüsse legitimer Kollegialorgane reibungsloser in die Praxis umsetzen als aufgrund der Entscheidung einzelner. Es besteht die Gefahr willkürlicher und ermessensfehlerhafter Entscheidungen. Die Rechtssicherheit innerhalb der Fachbereiche nimmt ab, gerichtliche Klärungen werden an Umfang zunehmen. Die Hochschulpolitik setzt die Fachbereiche einer Zerreißprobe aus, wenn die Lehrenden an der Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben in Lehre, Forschung, Selbstverwaltung und Studienberatung gehindert werden.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Stimmen-Mehrheit der Gruppe der

Professoren in Fragen der Lehre abgeschafft wird, selbst wenn sie in Fragen der Forschung, Entwicklung und Berufung erhalten bleibt. Vorgaben zu den Grundprinzipien von Organisation und Verwaltung der Hochschulen entfallen durch die vorgesehene faktische Streichung des 4. Kapitels des HRG in seiner geltenden Fassung. Das bedeutet im Resultat den Rückzug des Bundes aus seiner Verantwortung für die Einheitlichkeit der Hochschulverfassung. Es zeichnet sich ab, daß die Länder durch den Rückzug der ministerialen Wissenschaftsverwaltung starke Einzelämter (Präsident, Dekan) als Kopie behördlicher Hierarchien schaffen werden. Dies widerspricht allen Erfahrungen, die die Wirtschaft in den letzten Jahren gesammelt hat. Teamarbeit innerhalb flacher Hierarchien ist gefragt und nicht einsame Einzelentscheidung in zusätzlichen starren Hierarchien.

Zeitprofessor (§ 46)

Die Gesetzesformulierung suggeriert den Zeitprofessor als Regelfall. Sie bietet für die Fachhochschulen keine geeignete Form des Dienstverhältnisses. Zeitprofessuren müssen die Ausnahme bleiben. Auf eine zeitlich befristete Stelle werden sich nur diejenigen bewerben, die entweder einen Anspruch auf Rückkehr in den zuvor ausgeübten Beruf oder das zuvor bekleidete Amt besitzen (öffentlicher Dienst) oder die z.B. aus sozialen Gründen auf die Annahme der Stelle angewiesen sind. Dieser Personenkreis ist nicht das Potential, das die Funktions- und Innovationsfähigkeit der Fachhochschulen festigt.

Wissenschaftliche Mitarbeiter (§ 53)

Der *h/b* lehnt es ab, wissenschaftlichen Mitarbeitern die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Lehre und Forschung zu ermöglichen. Allein die Professoren verfügen über die notwendige Kompetenz, insbesondere die wissenschaftliche Reife, das theoretische Wissen, aber auch die für das Profil der Fachhochschulen erforderliche Praxiserfahrung. Schließlich fehlt den wissenschaftlichen Mitarbeitern auch und vor allem die pädagogische Befähigung.

Professoren mit FH-Profil an Gesamthochschulen (Wegfall § 73 Abs.3)

Der *h/b* begrüßt die vorgesehene Regelung einer Gleichstellung der Mitwirkungsrechte.

Freistellung für Forschung (§ 43)

Die Möglichkeit zu vollständiger Freistellung auch für die Wahrnehmung von Vorhaben angewandter Forschung ist positiv.

Aufgaben der Hochschulen (§ 2)

Der *h/b* begrüßt es, daß die Hochschulen dazu verpflichtet werden sollen, Wissens- und Technologietransfer durchzuführen. Transfer in die Praxis ist regelmäßiger Bestandteil der Arbeit an den Fachhochschulen. Der *h/b* erwartet, daß durch die Normierung im HRG ein Normenzwang in den Ländern insofern eintritt, als für die Durchführung dieser Aufgabe flächendeckend Personalstellen zugewiesen werden.

Finanzierung (§ 5)

Die staatliche Hochschulfinanzierung soll sich zukünftig an den Leistungen in Forschung und Lehre sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses orientieren. In welchem Umfang sich Bund und Länder an der Finanzierung beteiligen, bleibt ebenso offen wie die Sicherstellung einer annähernd gleichen finanziellen Ausstattung der Hochschulen in allen Ländern.

Der *h/b* begrüßt es, daß für eine Hochschulfinanzierung, die nach historisch überkommenen Absprachen festgelegt wurde, nun nach Ausrichtung an objektiv meßbaren Kriterien gesucht werden muß. Die Fachhochschulen erwarten im Zuge der Einführung einer leistungsbezogenen Hochschulfinanzierung auch die Überprüfung der nach Hochschularten unterschiedlichen Stellenzahl und insbesondere Stellenkegel.

Es wäre allerdings fatal, die Mittelzuweisung allein nach der Absolventenzahl zu bemessen und damit einen unerwünschten Druck auf die Qualität der Prüfungsanforderungen auszuüben. Das Fachhochschul-Diplom hat einen hohen Grad an Anerkennung erreicht. Dieses Niveau muß unbedingt gehalten werden.

Bewirtschaftung von Drittmitteln (§ 25 Abs. 4)

Der Hochschullehrerbund begrüßt es, wenn in Zukunft zumindest Forschungsmittel privater Drittmittelgeber nach deren Bedingungen bewirtschaftet werden können. Eine Flexibilisierung

der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel wäre wünschenswert.

Kosten der öffentlichen Haushalte (Vorblatt)

Im Gegensatz zur Aussage des Entwurfes werden an den Hochschulen Kosten für folgende zusätzliche Aufgaben entstehen.

Evaluierung: Erfahrungen in Niedersachsen belegen einen Personalaufwand im Umfang von bis zu einer Vollzeitkraft im Zeitraum eines halben Jahres (ein halbes Mannjahr). Über die Höhe der Sachkosten liegen keine Angaben vor.

Studienberatung: Die Studienberatung wird Kosten verursachen. Sie ist nur dann erfolgreich durchzuführen, wenn auch die psycho-soziale Situation der Studierenden einbezogen wird. Hierzu ist es erforderlich, entsprechend geschultes Personal einzubeziehen. Es ist kaum vorstellbar, daß die Studienberatung an den Fachhochschulen von den Professoren zusätzlich zur vorgegebenen Lehrverpflichtung - 18 Wochenstunden über eine im Vergleich zu den Universitäten hohe jährliche Wochenzahl - durchgeführt werden kann.

Bewerbersauswahl: Die Berücksichtigung des Heimatortes und die Selbstauswahl der Studienbewerber durch die Hochschulen wird zusätzliche Kosten verursachen, auch wenn im wesentlichen allein die Qualifikation nach Zeugnisnoten zugrunde gelegt wird.

Leistungsorientierte Hochschulfinanzierung: Es ist davon auszugehen, daß durch die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung mit Globalhaushalten (Aufgabenverlagerung) sowie den verstärkten Einsatz der EDV zusätzlich Personal- und Sachkosten entstehen werden.

Konsequenz: Innovationen lassen sich nicht allein auf dem Verordnungswege einführen. Bund und Länder müssen auch finanziell in die Hochschulen investieren, wollen sie einen Modernisierungsschub initiieren.

Verwaltungsfachhochschulen (§ 73 Abs. 2)

Es ist an der Zeit, die Verwaltungsfachhochschulen zu öffnen bzw. ihre Studiengänge an allgemeine Fachhochschulen zu überführen.

Bonn, den 4. September 1997
Prof. Werner Kuntze, Präsident
Dr. Hubert Mücke, Geschäftsführer

**Hochschulrahmengesetz:
Hintergründiges**

Am 18. August einigten sich Bund und Länder, Regierung und Opposition auf die Eckdaten eines geänderten Hochschulrahmengesetzes. Am 22. August lag dem hIb der Gesetzentwurf vor. Am 24. September wurde der Referentenentwurf vom Bundeskabinett als Gesetzentwurf verabschiedet. Der Bundesrat hat nun bis zum 17. Oktober Zeit, Stellung zu nehmen. Danach beginnt die Lesung im Bundestag und die Überweisung an die zuständigen Ausschüsse. Der Bundesrat soll den Gesetzentwurf - als Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens - am 6. März 1998 abschließend beraten.

Am 4. September führte das BMBF eine Anhörung der Verbände durch. Präsident Kuntze hat während der Anhörung im BMBF nachdrücklich und wiederholt eine Korrektur der geplanten Regelung von BA-/MA-Studiengängen angemahnt. Es ist geplant, allein den Universitäten zu gestatten, das Diplom als einen auf einem BA aufbauenden zweiten akademischen Grad zu verleihen. Fachhochschul-Studierende müßten dann bis zum MA weiterstudieren. Sie müßten sich damit vor Aufnahme eines Studiums endgültig für den anglo-amerikanischen Abschluß oder das deutsche Diplom entscheiden. Der Vertreter der Bundes wies darauf hin, daß die vorgesehene Unterscheidung auf den Wunsch der Mehrheit der Länder getroffen wurde.

hIb-Präsident Kuntze wurde bei seiner Kritik von der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden unterstützt. Allein der Wissenschaftsrat hat sich für nach Hochschularten differenzierte Abschlüsse ausgesprochen. Sein Vertreter sah große Probleme bei der Einführung von Bachelor-Studiengängen an Fachhochschulen. Aber werden denn nicht gerade die Universitäten große Probleme haben, ein Studium so zu strukturieren, daß nach sechs Semestern ein Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluß vergeben werden kann? Die Zweifel sind wohl angebracht, wenn man die vorhandene Studienintensität und die Qualifikation des Lehrpersonals zugrundelegt. Der VDI hatte noch im Frühjahr diesen Jahres die Einführung von BA-/MA-Studiengängen abgelehnt. Sein Vertreter sprach sich nun aber doch für deren Einführung aus. Er schlug darüber hinaus vor, das Fachhochschul-Diplom sollte zum Master weiterentwickelt werden.

Die HRK begrüßte den Entwurf, „da Entscheidungen dorthin verlagert werden, wo sie tatsächlich zu treffen sind“, so HRK-Generalsekretär Lange. Hierbei bezieht sich die HRK offensichtlich auf die Begründung zu § 4 „Freiheit von Forschung und Lehre“, auf die Streichung von § 38 „Mitwirkung“ und die faktische Streichung des 4. Kapitels des geltenden HRG, in dem der Bund Vorgaben für die Organisation und Verwaltung der Hochschulen macht. Durch die entsprechenden Streichungen erhal-

ten die Länder die Möglichkeit, die Entscheidungsprozesse innerhalb der Hochschulen neu zu organisieren und Managementstrukturen einzuziehen (Hochschulleitung und Fachbereichsleitungen mit Weisungsbefugnis). Der Vertreter des BMBF stellte klar, daß er die Übertragung eines aus der Wirtschaft entlehnten Vorstands- und Abteilungsmodells als rechtswidrig ansähe.

Hubert Mücke

Bachelor / Master

Mit Schreiben vom 12. September 1997 wandte sich Professor Werner Kuntze, Präsident des hIb, an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Professor Rolf Wernstedt, und die Wissenschaftsminister der Länder anläßlich des Vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes:

Sehr geehrter Herr Kollege Wernstedt, der Hochschullehrerbund (hIb), dem Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen an Gesamthochschulen angehören, begrüßt die 4. Novelle zur Änderung des HRG wegen ihrer einheitlichen Regelungen für alle Hochschularten. Der Verband hält die Formulierungen in einem Punkt aber für höchst bedenklich und kontraproduktiv.

In § 19 Abs. 3 des Entwurfes wurde folgende Bestimmung aufgenommen: „Aufgrund von Prüfungen, mit denen ein weiterer berufsqualifizierender Abschluß erworben wird, kann die Hochschule einen Master-/Magistergrad, an dessen Stelle in anderen als Fachhochschulstudiengängen auch einen Diplomgrad verleihen. Die Regelstudienzeit beträgt mindestens ein Jahr und höchstens zwei Jahre.“

Wenn neben dem Diplom an allen deutschen Hochschulen die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ermöglicht werden soll, dann ist es für die internationale Anerkennung notwendig, daß weltweite Standards, die sich oft am amerikanischen System orientieren, eingehalten werden. Dieser Grundsatz muß für alle Hochschularten in gleicher Weise gelten. Unsere Forderung fand während der Anhörung zum Referentenentwurf am 4. September 1997 Unterstützung durch die Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Ein Abweichen von diesem Grundsatz müßte im Ausland auf Unverständnis stoßen, so die einhellige Meinung der Anwesenden.

**Beamte sparen:
13,9 Milliarden seit 1990**

Die öffentliche Meinung hat sich auf die Beamten eingeschossen: Argumente zählen wenig, wenn Vorurteile Bestätigung finden sollen. Und doch, einen Vorwurf hat die Bundesregierung kürzlich widerlegt. Die Beamten haben ihren Beitrag zur Standortsicherung und Konsolidierung der Staatsfinanzen geleistet. Die Frage des Abgeordneten Dietmar Schlee (CDU/CSU), welche Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst die Bundesregierung seit 1990 getroffen habe, beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Eduard Lintner, mit folgender Aufstellung (Drucksache 13/7217 Frage 49): Folgende Sparmaßnahmen für den öffentlichen Dienst sind in den vergangenen Jahren (seit 1990) wirksam geworden:

1.	Verschiebungen der Bezügeanpassungen in den Jahren 1991, 1993, 1994 und 1997	4,4 Mrd. DM
2.	Niveaubabsenkung der jährlichen Sonderzuwendungen (sog. Weihnachtsgeld) durch Festschreibung auf dem Stand 1993	2,7 Mrd. DM*)
3.	Änderungen im Versorgungsrecht	3,0 Mrd. DM
4.	Änderungen im Beihilferecht (Angaben nur für Bundesbereich, da nur insoweit Regelungskompetenz)	0,5 Mrd. DM
5.	Stellenabbau um 1. bzw. 1,5 vom Hundert im Bundesbereich in den Jahren 1993 bis 1996	3,3 Mrd. DM
Einsparvolumen insgesamt		13,9 Mrd. DM

*) einschl. 1997

Auszug aus: Deutscher Bundestag - 13. Wahlperiode - 165. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 19. März 1997

Unserer Auffassung nach müssen neben den bewährten Diplomstudiengängen an allen Hochschularten neue Studiengänge konzipiert werden, die angesichts ihres Anspruchs, der durch die zu vergebenden Titel deutlich wird, international ausgerichtet sein sollten. Hierzu gehören zwingend Sprachkompetenz und Auslandserfahrung an ausländischen Hochschulen und in der Arbeits- und Berufswelt.

Ein Studienanfänger, der vor der Entscheidung „Universität oder Fachhochschule“ steht, wird folgende Überlegung anstellen: Bei Studienbeginn an der Fachhochschule muß er sich zwischen Diplom oder Bachelor/Master entscheiden. Ein späterer Wechsel wird schwierig sein. An einer Universität beginnt er zunächst den Bachelor-Studiengang mit der Aussicht auf einen frühen ersten berufsqualifizierenden Abschluß. Nach Abschluß des Bachelor-Studiengangs steht ihm zusätzlich ein Studium offen, das entweder mit einem Diplom oder Master abschließt, ja dessen Zeugnis wahlweise das Diplom oder den Master als Abschluß ausweist. Wer würde sich bei dieser Option noch für die Fachhochschule entscheiden? Das von der Wissenschaftspolitik gesetzte Ziel eines Umlenkens der Studierenden an die Fachhochschulen würde in sein Gegenteil verkehrt.

Aus Sicht des *h/b* bieten sich zwei Lösungsmöglichkeiten für alle Hochschularten an

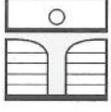
1. Getrennte Diplom- oder Bachelor-/Master-Studiengänge mit eingeschränkter Durchlässigkeit oder
2. Der Bachelor als erster Abschluß und darauf aufbauend das Diplom oder der Master als zweiter Abschluß.

Der *h/b* neigt der ersten Lösung zu, weil es den Studierenden sowohl an einer Universität als auch an einer Fachhochschule vor Aufnahme des Studiums zuzumuten ist, sich auch bei begrenzter Durchlässigkeit für einen der beiden Wege zu entscheiden. Der zweite Vorschlag löst das Problem zwar auch, könnte aber zu Schwierigkeiten bei Abgrenzung bzw. Abstimmung des Fächerkanons und zu Unklarheiten bei der Wertigkeit der Diplom- und Masterabschlüsse führen.

Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte Sie daher dringend bitten, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, damit nicht, wie bei der Einstufung der Fachhochschulabsolventen in die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes, ein schwer zu korrigierender Fehler unterläuft.

Mit freundlichen Grüßen,
Werner Kuntze

Unser Ausbildungsprofil
 Technik • Soziales • Wirtschaft • Umwelt



HOCHSCHULE
FÜR TECHNIK,
WIRTSCHAFT
UND SOZIALWESEN (FH)
ZITTAU/GÖRLITZ

Th.-Körner-Allee 16
 02763 ZITTAU
 Rektoratsbüro/Öffentlichkeitsarbeit
 Telefon 03583 / 61 15 05
 Fax 03583 / 51 06 26

- Architektur
- Bauingenieurwesen
- Betriebswirtschaft
- Chemie
- Elektrotechnik*
- Energie- und Umwelttechnik*
- Informatik
- Kommunikationspsychologie
- Kultur und Management
- Maschinenbau*
- Mechatronik

- Ökologie und Umweltschutz
- Sozialwesen
- Tourismus
- Übersetzen Englisch/Tschechisch
- Ver- und Entsorgungstechnik
- Verfahrenstechnik*
- Wirtschaftsmathematik
- Wirtschaftswissenschaften
- Wohnungs- und Immobilienwirtschaft

Studieren im Grenzbereich

 an der Hochschule in der Oberlausitz

* auch als Studium mit integrierter Berufsausbildung



MBA



Master in Business Administration

NIMBAS

Associate Institute der

University of Bradford (GB)

bietet

in Bonn und in Mainz

ein berufsbegleitendes zweijähriges MBA-Studium mit dem
MBA-Abschluß der University of Bradford an

- eine internationale, praxis- und zukunftsorientierte Management-Ausbildung in englischer Sprache
- Unterricht durch internationale Experten
- Ausbildung in kleinen Gruppen, offen für Führungs(nachwuchs)kräfte mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluß

Der University of Bradford MBA-Degree ist von der Kultusministerkonferenz anerkannt
 NIMBAS ist von AMBA (Association of MBAs) in London anerkannt
 NIMBAS arbeitet mit der Bundesstadt Bonn und der Fachhochschule Mainz zusammen

NIMBAS GRADUATE SCHOOL OF MANAGEMENT

NIMBAS-Germany Head Office, im Rathaus Bad Godesberg
 Kurfürstenallee 2-3, 53177 Bonn
 Telefon: (02 28) 36 37 26 Telefax: (02 28) 36 37 27
 E-Mail: NIMBAS_D@compuserve.com

h/b Die neue Hochschule 4 • 5/97 9

Kooperative Studiengänge an Fachhochschulen - Wozu?

Hohe Akzeptanz bei den Wirtschaftsunternehmen

Kooperative Studiengänge ermöglichen den Unternehmen die gezielte Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte.

Prof. Dr. Jürgen Schneider
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Fachbereich Arbeitsverwaltung
Seckenheimer Landstr. 8-10
68163 Mannheim



1. Grundformen der kooperativen Ausbildung

Jahrhundertlang vollzog sich die Ausbildung in Deutschland im handwerklichen, gewerblichen und im kaufmännischen Bereich in Betrieben, vor allem in der Form der Meisterlehre (Lehrling - Geselle - Meister), im akademischen Bereich seit 1348 in schulischer Form an wissenschaftlichen Hochschulen, die sich seit dem 14. Jahrhundert auch als Universitäten bezeichneten (lat. universitas magistrorum et scholarium = Gesamtheit der Lehrenden und Lernenden). Zur Förderung der Volksbildung richteten die großen Glaubensgemeinschaften Sonntagsschulen ein. Aus ihnen entstanden im 19. Jahrhundert Fortbildungsschulen, die in einigen deutschen Ländern kraft Gesetzes zu Pflichtschulen für die gewerbliche und kaufmännische Ausbildung im Anschluß an den Volksschulbesuch erhoben wurden. Sie heißen heute Berufsschulen und dienen vornehmlich der Ergänzung der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen zwischen dem 15. und 18. Lebensjahr.¹⁾ Da sich die Wissensvermittlung an den beiden Lernorten Betrieb für den praktischen Teil und Berufsschule für den theoretischen Teil der Berufsausbildung vollzieht, spricht man von einer dualen Ausbildung.

Auch im Hochschulbereich wurde allmählich die Forderung nach einer praxisbezogenen Ausbildung lauter. Sie mündete 1968 in die Weiterentwicklung der Bau- und Ingenieurschulen zu Fachhochschulen, die Studiengänge besonders in Technik, Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung, Landwirtschaft und Architektur anbieten und eine anwendungsbezogene, auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage beruhende Ausbildung vermitteln. Dagegen legten die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung von Anfang an großen Wert auf den Wechsel zwischen Theorie am Lernort Fachhochschule und Praxis am Lernort Behörde.

2. Vorteile kooperativer Studiengänge

Nach einem Bericht des Ausschusses „Bildungsplanung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung über alternative Ausbildungsmöglichkeiten für Hochschulzugangsberechtigte aus dem Jahr 1994 finden die besonderen Studiengänge der Wirtschaft bei den Schulabgängern mit Fachhochschulreife und Hochschulreife so starken Anklang, daß die Nachfrage die Ausbildungsmöglichkeiten übertrifft. Allerdings bemerkt das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln in diesem Zusammenhang, daß das Stellenangebot in diesem Bereich stark von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung abhängt. Zwar beteiligen sich von Jahr zu Jahr mehr Betriebe an dieser Ausbildungsform, doch geht damit keine Zunahme der Zahl der insgesamt angebotenen Plätze einher.

Bei der Evaluierung der Berufsakademien in Baden-Württemberg wies der Wissenschaftsrat nach, welche großen Vorteile die enge Verzahnung von betriebsbezogener Praxis und wissenschaftsorientierter Theorie aufweisen. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß diese Ausbildungsform von den folgenden Merkmalen geprägt sei:

- Aktive Beteiligung der Betriebe an der Qualifizierung ihrer künftigen Mitarbeiter
- aktive Mitwirkung der Wirtschaftsunternehmen an der Ausgestaltung des Qualifizierungsprofils
- bedarfsgerechte Ausbildung
- schnelle Reaktion auf die Anforderungen der Praxis
- kurze Ausbildungsdauer
- günstige Kosten-Nutzen-Rechnung bei Berücksichtigung des ersten Berufsjahrs.

Hier stellt sich die Frage, ob die Ausweitung dieses alternativen Ausbildungsangebots eigenständige Ausbildungsträger wie Berufs- und Wirtschaftsakademien erfordert, oder ob nicht rascher und billiger vergleichbare kooperative Bildungsgänge von den Fachhochschulen angeboten werden sollten. Diese Lösung käme auch jenen Bundesländern entgegen, die keine eigenen Berufsakademien einrichten und sich auch nicht an bereits bestehenden beteiligen wollen wie z. B. Rheinland-Pfalz oder Thüringen.²⁾

3. Organisationsformen kooperativer Studiengänge

Da der Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft Berufsfelder erforderlich macht, die von flexiblen, breit angeleg-

ten Berufsprofilen geprägt sind, welche rasch auf Veränderungen reagieren können, die sich aus der immer schneller werdenden technischen Entwicklung und den wechselnden Formen der Arbeitsorganisation ergeben, müssen sich die kooperativen Studiengänge auf diese Erfordernisse einstellen. Sie müssen auch berücksichtigen, daß die Absolventen solcher Studiengänge nicht nur ein breites Fachwissen auf hohem Stand, sondern auch Schlüsselqualifikationen aufweisen müssen wie z. B. die Fähigkeiten, in der Gruppe zu arbeiten, Anpassungsfähigkeit zu zeigen, Eigenverantwortung zu übernehmen und das eigene Fachwissen ständig auf dem laufenden zu halten.

Kooperative Studiengänge an Fachhochschulen könnten auch der zu befürchtenden Auseinanderentwicklung des Bildungs- und Beschäftigungssystems in qualitativer und quantitativer Hinsicht entgegenwirken. Auch wären sie sicher attraktiv für Praktiker, die den neuerdings vereinfachten Fachhochschulzugang für diesen Personenkreis (Stichwort: Zugang für Meister an Fachhochschulen)³⁾ als Möglichkeit zum beruflichen Aufstieg nutzen wollen. Daher sind Formen der Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Wirtschaftsunternehmen auszubauen, die bundesweit auf eine fest institutionalisierte Struktur der Anbieter setzen, durch eine enge Verzahnung Synergieeffekte zwischen Theorie und Praxis nutzen und mit Blick auf den EU-weiten Binnenmarkt europaweit anerkannte Studienabschlüsse anbieten.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag sowie der Fachhochschulrektorenkonferenz zwei Modellkonzepte für einen Bildungsverbund von Wirtschaft und Fachhochschulen vorgelegt.

Beim ersten Modell wird der Lehrplan für die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit dem einer anschließenden beruflichen Fortbildung verzahnt. Die beiden Bildungsphasen werden dabei stark verkürzt - die Ausbildung auf zwei, die Fortbildung auf ein Jahr - und sowohl mit einem Ausbildungsabschluß als auch mit einer darauf aufbauenden Fortbildungsprüfung vor einem Ausschuß der zuständigen Industrie- und Handelskammer abgeschlossen. Während der Fortbildung werden parallel dazu fachrichtungsübergreifende Lehrinhalte eines Fachhochschul-Grundstudiums vermittelt. Diese Phase wird mit dem Vordiplom abgeschlossen. Danach folgt das Hauptstudium an der Fachhochschule.

Diese Vernetzung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und des Fachhochschul-Grundstudiums im Blockverbund würde eine Gesamtbildungsdauer von fünfeinhalb Jahren erforderlich machen.

Beim zweiten Modell, dem Studium im Praxisverbund, ist eine betriebliche Ausbildung mit einem Studium von in der Regel sieben Semestern an einer Fachhochschule verbunden. Da Theorie und Praxis eng aufeinander abgestimmt werden und die Lehrinhalte sowohl fortwährend als auch in Form von Blöcken oder Bausteinen vermittelt werden können, ist hier eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen Fachhochschule und Ausbildungsbetrieb dringend geboten. Dieses Modell, bei dem ein Prüfungszeugnis von der Industrie- und Handelskammer sowie ein Fachhochschul-Diplom erworben werden, eignet sich besonders für jene Schüler mit Fachhochschul- und Hochschulreife, die zunächst eine Erstausbildung abschließen wollen, aber auch für Berufstätige ohne Hochschulzugangsberechtigung, die nach der beruflichen Aus- und Fortbildung sich eine weitere berufliche Perspektive erschließen möchten.⁴⁾

4. Kennzeichen kooperativer Studiengänge

Die Wissensvermittlung in Form von kooperativen Studiengängen weist eine Reihe von Vorteilen auf:

- Das Lernen in der beruflichen Ausbildung und dem Studium wird aufeinander abgestimmt und praktische und theoretische Anforderungen werden unter Beibehaltung der jeweils eigenen Prüfungsabschlüsse miteinander verbunden
- das Lernen im Verbundsystem Betrieb/Fachhochschule erfolgt konzentrierter und zeitsparender
- Methodenkompetenz und Fachwissen werden praxisnah erworben
- der Studienabschluß wird im Sinne der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Hochschuldiplomen⁵⁾ EU-weit anerkannt
- die Auszubildenden/Studierenden werden in der Fachhochschule und im Betrieb eingehend beraten und betreut und erhalten in den Unternehmen einen Ausbildungsvertrag
- die Unternehmen erhalten gute Hinweise für ihre Personalentwicklung
- die Lernenden erhalten frühzeitige und ständige Unternehmenskontakte, die ihnen gute Chancen für ihre Berufs- und Karriereplanung eröffnen
- die bundesweit staatlich anerkannten Abschlüsse ermöglichen es den Absol-

venten kooperativer Studiengänge, auch außerhalb der Ausbildungsbetriebe eine Stelle zu finden

- wegen des hohen Praxisanteils des Studiums können Studienabbrecher mit einer guten Verwertbarkeit eines Teilstudiums rechnen
- der Personalaustausch zwischen der Wirtschaft und den Fachhochschulen wird reger
- betriebliche Kapazitäten für die Aus- und Fortbildung können auch von den Fachhochschulen genutzt werden
- die gute Sachausstattung der Fachhochschulen erspart der Wirtschaft durch eine gezielte Teilzeitznutzung hohe Investitionskosten
- über die Arbeitsteilung wird die Fachhochschule finanziell und kapazitätsmäßig entlastet
- die Nähe der Fachhochschulen zu den modernen Entwicklungen im Arbeitsprozeß wirkt sich günstig auf Forschung und Lehre aus
- die Wirtschaft unterstützt die Fachhochschulen verstärkt bei der Entwicklung neuer Studiengänge. □

1. Wilhelm Hehlmann: Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 1964, S. 51 u. 53 (Kröners Taschenausgabe, Bd. 94).
2. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung-Sitzung am 27. Juni 1994, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit (ibv) 38, 1994, S.3114.
3. Manfred Schneider: Mit Meisterbrief zur Hochschule, in: ibv 8, 1996, S. 391 - 399.
4. Wirtschaft und Fachhochschulen im Bildungsverbund. Ein Modellkonzept mit Zukunft, in: ibv 38, 1994, S. 3109.
5. Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG).

Menschen, die durch Kriege oder Naturkatastrophen in Not geraten, brauchen unsere Unterstützung.



ÄRZTE OHNE GRENZEN
Für Menschen in Not.
Weltweit. Seit 25 Jahren.

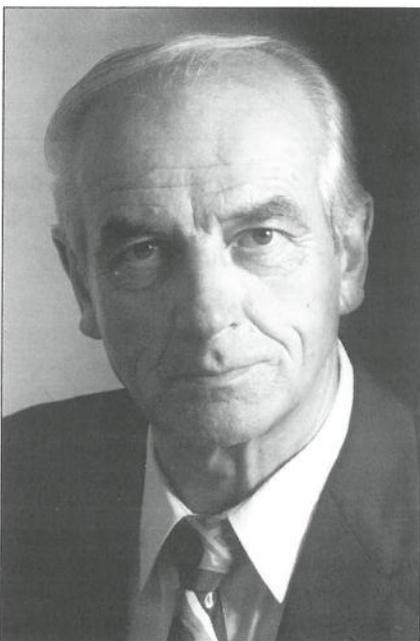
Ärzte ohne Grenzen e.V.
Adenauerallee 50, 53113 Bonn
Spendenkonto 97097
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

„Wir brauchen eine andere Wertschätzung der Naturwissenschaften“

Interview mit Dr. Jochen F. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen

Die unternehmerische Wirtschaft plädiert für eine Qualitätsoffensive im Schulwesen und für eine grundlegende Hochschulreform.

**Text: Dr. Jochen F. Kirchhoff,
Präsident der Landesvereinigung der
Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58-62,
40474 Düsseldorf**



hlb: Herr Dr. Kirchhoff, Sie mahnen seit Jahren Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Können wir im internationalen Wettbewerb mithalten?

Dr. Kirchhoff: Die Unternehmer waren in der Tat seit Jahren vor einer zunehmenden Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Im internationalen Kostenwettbewerb verschlechtert sich unsere Position zusehends. Meine Hauptsorge und die meiner Unternehmerkollegen gilt der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Bedrückend ist mittlerweile nicht nur das Ausmaß, sondern auch das Tempo des Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Die gesamte Dramatik ist der Politik offensichtlich nicht gegenwärtig. Um so wichtiger werden für uns in Zukunft wissenschaftliches Wissen und seine Umsetzung als Wettbewerbs- und Leistungsfaktoren in den Betrieben sein. Mit diesen Standortvorteilen, die wir noch haben, können wir die zahlreichen Standortnachteile jedoch nicht ausgleichen.

Fachhochschulen als Standortfaktor

hlb: Wie „positionieren“ sich vor diesem Hintergrund die Fachhochschulen im internationalen Standortwettbewerb der unternehmerischen Wirtschaft?

Dr. Kirchhoff: Die Fachhochschule fügt sich mit ihren wirtschaftsnahen Studiengängen sehr gut in das Anforderungsprofil einer modernen Industriegesellschaft ein. Das Attribut „modern“ bedeutet zweierlei: Die Industrie steht mit an vorderster Front des technischen Fortschritts und ist eng mit dem Informationssektor und dem Dienstleistungssektor verwoben. Der frühere Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. D. Simon, hat die Fachhochschule treffend als „Hochschule der modernen Industriegesellschaft“ bezeichnet. Da wir uns nicht von der Industriegesellschaft zugunsten einer Dienst-

leistungsgesellschaft mit nur sehr geringem Industrieanteil - gemessen an den Beschäftigten - verabschieden wollen, brauchen wir die Fachhochschule nötiger denn je. Wir können in der internationalen Arbeitsteilung einen Industrieanteil halten, der wesentlich höher ist als in den wichtigen Konkurrenzländern. Wir müssen dies nur ernsthaft wollen.

hlb: Das ist eine sehr optimistische Sicht. Hat die Industrie auch genügend Arbeitsplätze für Fachhochschulabsolventen?

Dr. Kirchhoff: Die Grenzen zwischen Optimismus und Realismus sind fließend. Ohne diese Leitidee einer modernen Industriegesellschaft können wir von den jungen Menschen kaum erwarten, einen Arbeitsplatz in der Industrie zu suchen. Mit einer solchen Leitidee wollen wir den Strukturwandel vorantreiben und attraktive berufliche Perspektiven eröffnen. Mittelfristig sehe ich für Ingenieure in der Industrie, ob Fachhochschul- oder Universitätsabsolventen, keine Arbeitsmarktschwierigkeiten. Dies liegt nun an dem allseits bekannten Phänomen, daß die Studienanfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften in den letzten Jahren drastisch gesunken sind und wir in der Tat in einigen Jahren mit einem Ingenieurmangel rechnen müssen. Ein Ingenieurmangel wird unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen. Ich kann nur jedem empfehlen, der sich für ein Ingenieurstudium stark genug fühlt, ein solches aufzunehmen.

Gesellschaftliche Wertschätzung der Naturwissenschaften

hlb: Woran liegt es, daß die Anfängerzahlen so drastisch gesunken sind? Der alleinige Grund kann doch nicht die Situation auf dem Arbeitsmarkt sein. Geisteswissenschaftler haben sich in der Vergangenheit auch nicht abhalten lassen, Geisteswissenschaften trotz schlechter Beschäftigungsaussichten zu studieren.

Dr. Kirchhoff: Ich betrachte den Rückgang bei den Studienanfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften mit großer Beunruhigung. Die Studienwahlentscheidungen werden häufig nicht nach gründlicher Abwägung aller Argumente gefällt. Eine gewisse Kurzsichtigkeit ist darin zu erblicken, die heutige Arbeitsmarktsituation auf das Ende des Studiums nach vier oder fünf Jahren zu projizieren. Die unternehmerische Wirtschaft und die Arbeitgeberverbände werden deshalb weiterhin systematisch über diese Zusammenhänge aufklären, um vor einem Ingenieurmangel zu warnen. Woran es nun liegt, daß die Ent-

scheidungskriterien bei Studienwahlentscheidungen so unterschiedlich sind, kann ich mir auch nur schwer erklären. Dennoch darf ich aus der Sicht eines Ingenieurs die Vermutung äußern, daß von der Grundschule bis zum Abitur die Naturwissenschaften als wichtige Bezugswissenschaften für den späteren Ingenieurberuf nicht dieselbe hohe Wertschätzung genießen wie andere Fächer. So sind beispielsweise die Vorstellungen der achtzehnjährigen jungen Frauen und Männer vom Ingenieurberuf im Maschinenbau bei weitem nicht so konkret wie die Vorstellungen von anderen Berufen, etwa vom Lehrerberuf. Das spielt bei Studienwahlentscheidungen auch eine Rolle.

Mathematisch-naturwissenschaftliches Fähigkeitsniveau in der Schule

In diesen Zusammenhang gehören, so meine ich, auch Ergebnisse der vielbeachteten TIMSS-Studie, die Schulleistungen in der ganzen Welt vergleicht. Danach schneiden deutsche Schülerinnen und Schüler im Verhältnis zu den Mädchen und Jungen in asiatischen Ländern in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften schlecht ab. In diesen Ländern wird ein mathematisch-naturwissenschaftliches Fähigkeitsniveau erreicht, das für die Bundesrepublik in unerreichbarer Höhe liegt. Deshalb plädiere ich ganz entschieden für eine Offensive in der Bildungspolitik, um diese Differenzen zu verkleinern. Ich kann mir vorstellen, daß bei einem höheren Fähigkeitsniveau in den Naturwissenschaften Studienwahlentscheidungen anders ausfallen würden.

hlb: Ist es sinnvoll, bei zurückgehenden Studienanfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften und bei einem Industriesektor, der um seinen Beschäftigtenanteil hart kämpfen muß, die Fachhochschulen auszubauen? Politik und Wirtschaft plädieren seit Jahren für eine solchen Ausbau.

Dr. Kirchhoff: In der Vergangenheit galt der Ausbau des Hochschulsektors in erster Linie den Universitäten. Von daher spricht einiges für eine Kurskorrektur. Es ist jedoch Vorsicht geboten. Ein sprunghafter Anstieg der Studenten in den wirtschaftsnahen Studiengängen wird die Arbeitsmarktprobleme verschärfen. Für die Ingenieure sieht, wie gerade erwähnt, die Sache etwas anders aus. Ein Ausbau der Fachhochschule ist sinnvoll, wenn er die Chance nutzt, das Fächerspektrum weiterzuentwickeln und auszuweiten. Die wirtschaftsnahen Fächer sind offen für Innovationen.

Man denke in diesem Zusammenhang beispielsweise an das Fach Wirtschaftsrecht, das auch in Nordrhein-Westfalen an verschiedenen Fachhochschulen angeboten wird. Im vorhinein ist ein gesichertes Urteil über die Chancen der Absolventen dieser Studiengänge in der Wirtschaft nicht möglich. Ich bin überzeugt, daß diese Absolventen ihre Chance haben werden und diese auch ergreifen werden. Innovationen haben es immer schwer, sich am Markt durchzusetzen. Wer wüßte das nicht besser als ein Unternehmer.

Wettbewerbsfähigkeit und aktuelle Hochschulpolitik

hlb: Könnte die bevorstehende Novelle des Hochschulrahmengesetzes einen Beitrag dazu leisten, die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen zu steigern, um dadurch auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft positiv zu beeinflussen?

Dr. Kirchhoff: Eindeutig ja. Die unternehmerische Wirtschaft hat einen Katalog von Empfehlungen für eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vorgelegt, die in manchen Bundesländern zum Teil schon angegangen und umgesetzt sind. Die Hochschulen brauchen aus der Sicht der Wirtschaft eine Neuorientierung. Dazu gehört es, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu bejahren. Ich bin sicher, daß die Hochschulen den Leistungswettbewerb auch wollen. In der Forschung an Universitäten ist Wettbewerb ja nichts Neues. Wettbewerb fördert die Attraktivität der Studiengangprofile. Gute Studenten werden darauf mit entsprechenden Studienwahlentscheidungen reagieren. Die Hochschulen sollten dann auch das Recht erhalten, nach ihrem jeweiligen Profil Kriterien für den Hochschulzugang aufzustellen, um einen Teil ihrer Studenten selbst auszuwählen. Ein weiterer Hebel für Wettbewerb und Profilbildung ist ein effizientes Hochschulmanagement, das für den Großbetrieb „Hochschule“ unverzichtbar ist. Die Hochschulleitung trägt dann die Gesamtverantwortung. Sie benötigt hierzu umfassende Kompetenzen im Personal- und Finanzbereich. Den Hochschulen muß auch Finanzautonomie zugestanden werden. Finanzielle Zuweisungen des Staates sichern die Grundausrüstung. Leistungsbezogene Zuweisungen kommen hinzu. Außerdem Erträge, die aus Eigenleistungen erzielt werden. Dann werden sich auch die Begriffspaare Aufwand und Ertrag sowie Kosten und Leistungen „einbürgern“. Ein kontrovers diskutiertes Thema sind Kostenbeiträge für Studenten. Daran kommen wir vermut-

lich mittelfristig nicht vorbei. Ihre Finanzierung ist sozialverträglich zu gestalten. Hierfür kommen Darlehens- und Stipendienmodelle in Betracht. Last but not least ist die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft neu auszubauen. Kleine und mittlere Unternehmen sind dabei verstärkt einzubeziehen. Ich verspreche mir von diesen Empfehlungen, von denen hoffentlich auch die meisten umgesetzt werden, starke Impulse für die Erneuerung an den Hochschulen. Das sind kurz gefaßt die Empfehlungen der Wirtschaft.

Forschungsauftrag der Fachhochschulen

hlb: Herr Dr. Kirchhoff, Sie sind von der Märkischen Fachhochschule in Iserlohn zum Ehrensator der Märkischen Fachhochschule berufen worden. Dies ist eine große Ehre. Was ist ihr besonderer Wunsch, den Sie als Ehrensator an die Fachhochschule einerseits und an die Unternehmen andererseits richten?

Dr. Kirchhoff: Ich wünsche mir eine stärkere Kooperation zwischen der Fachhochschule und den Unternehmen im Bereich der betriebsnahen Forschung und praxisbezogenen Projektentwicklung. Fachhochschulen können auch im Bereich der Angewandten Forschung und Entwicklung hervorragende Partner der Unternehmen sein. Auch der Wissens- und Technologietransfer aus der Fachhochschule in die Unternehmen ist ein Standortfaktor für die regionale Wirtschaft. Ich bin der Auffassung, daß eine qualifizierte Fachhochschulausbildung in den wirtschaftsnahen Fächern auch mit den Erkenntnissen Schritt halten muß, die für die unternehmerische Realität wichtig sind und mit den Fortschritten in der Praxis selbst. Man darf nicht stehen bleiben. Deshalb ist eine ständige Aktualisierung der Studieninhalte vonnöten. Das gilt eben nicht nur für die Universitäten. Das Forschungspotential der Fachhochschulen wird von der unternehmerischen Wirtschaft zu wenig genutzt. Dies liegt sicherlich auch an den Unternehmen, die recht häufig die Potentiale der Fachhochschulen gar nicht kennen. Andererseits fehlen an manchen Fachhochschulen die Forschungsressourcen, die erst einmal aufgebaut werden müssen. Wie auch immer die Situation vor Ort aussieht, der Dialog zwischen der Fachhochschule und der Wirtschaft muß intensiviert werden.

hlb: Herr Dr. Kirchhoff, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

□

Dualität curricular umsetzen

Ansprüche, Probleme und Bedingungen im Modellversuch

Die wichtigste Bedingung für kooperative Studiengänge besteht darin, eine kontinuierlich funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule und den Ausbildungsbetrieben herzustellen und über die man sich auf ein gemeinsames Anforderungsmodell für den Studiengang verständigen kann.

Dr. Heidrun Jahn
Institut für Hochschulforschung
Wittenberg e.V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg
Collegienstraße 62
06886 Lutherstadt Wittenberg



I. Zwischen hochschulpolitischem Reagieren und alternativen Studienangeboten

Die Fachhochschulen zeigen ein wachsendes Interesse an der Einrichtung kooperativer Studiengänge. Es gibt verschiedene Beweggründe dafür, die entsprechend der konkreten Situation der jeweiligen Fachhochschule (Profil, Ausstattung) und ihres hochschulpolitischen und regionalen Umfeldes einen unterschiedlichen Stellenwert besitzen: ➤ Die Konkurrenzsituation zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien bei der Verteilung knapper Mittel im Tertiären Bereich hat sich verstärkt verglichen mit der Zeit der ersten Anfänge kooperativer Ausbildung in den 70er Jahren. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur weiteren Differenzierung des Tertiären Bereichs finden größere Resonanz als in früheren Jahren.

Angesichts der zunehmenden Tendenz von Universitäten, Kurzstudiengänge anzubieten, stellt sich die Frage nach deren Unterscheidung von gleichnamigen Fachhochschulstudiengängen. Vor allem dann, wenn man sogenannte Doppelangebote im Hochschulbereich vermeiden will. Weitgehend unumstritten ist dabei der Anspruch der Fachhochschulen an eine Profilierung, die in einer weiteren Ausprägung des Praxisbezuges gesehen wird. Kooperative Studiengänge sind ein möglicher Weg in diese Richtung.

➤ Hinzu kommt die wiederholte hochschulpolitische Aufforderung an die Fachhochschulen, mit ihren Studienangeboten mehr Studienberechtigte anzusprechen, die heute zuerst eine berufliche Ausbildung aufnehmen und danach evt. noch studieren oder die neben dem Studium berufstätig sind. Kooperative Studiengänge eröffnen die Möglichkeit, durch die Verbindung von Studium und beruflicher Tätigkeit sowohl eine Doppelqualifikation zu erwerben, als auch die Gesamtbildungszeit zu verkürzen. Darüber hinaus sind sie ein Beitrag zu mehr Vielfalt und Flexibilität in den Studiengangsstrukturen, womit besser dem zuneh-

mend differenzierten Nachfrageverhalten nach Hochschulbildung entsprochen werden kann, wie auch studienorganisatorische Lösungen aus dem Ausland zeigen.

➤ Es besteht die Chance, eine engere Verknüpfung von Theorie und Praxis zu erreichen und den Erwerb von „paßfähigeren“ Qualifikationen für Hochschulabsolventen zu ermöglichen. Unternehmensvertreter stellen in Befragungen immer wieder fest, daß die gegenwärtige Praxisferne der akademischen Ausbildung - nicht nur an Universitäten - das Haupthindernis bei der Rekrutierung von Hochschulabsolventen ist. Ein gelungener Praxisbezug ist ihrer Meinung nach gegeben, wenn Studierende schon im Hochschulstudium neben der notwendigen Fachkenntnis vor allem Schlüsselqualifikationen wie soziale Kompetenz (als Kommunikations- und Teamfähigkeit) und Transferfähigkeit erwerben.¹⁾ Die in kooperativen Studiengängen mögliche Verbindung von Hochschule und Betrieb scheint dafür besonders geeignet zu sein.

➤ Nicht zuletzt deshalb wird ein Grund für kooperative Hochschulausbildung auch darin gesehen, eine bessere Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu praktizieren. Es soll der Versuch unternommen werden, neue Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zu entwickeln, in denen die potentiellen Abnehmer von Hochschulabsolventen stärker zu Partnern in der Hochschulausbildung werden. Damit kann die Partnerschaft über eine gewünschte finanzielle Unterstützung der Hochschulen durch Unternehmen hinausgehen und zunehmend die gemeinsame Entwicklung kooperativer Studiengänge betreffen.

II. Anforderungen an die Studiengangsentwicklung

Die Realisierung des kooperativen Prinzips stellt sowohl hohe Anforderungen an die beiden Lernorte Hochschule und Betrieb als auch an deren organisatorische und inhaltliche Verknüpfung im Interesse zu erwerbender ganzheitlicher Qualifikationen, im besonderen der oben erwähnten Schlüsselqualifikationen.

Probleme gibt es gegenwärtig vor allem bezogen auf den Kooperationspartner Betrieb. Sie resultieren häufig aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Betriebe und zeigen sich hauptsächlich darin, daß die Unternehmen nicht genug qualifizierte Ausbildungsplätze längerfristig für kooperative Studiengänge zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus wird in solchen Studiengängen, die bereits an mehreren Fachhochschulen durchgeführt werden, die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen als noch nicht ausreichend eingeschätzt. Erfahrungen aus einer Analyse von 44 kooperativen Fachhochschulstudiengängen zeigen, daß eine deutliche inhaltliche Beziehung des Lernens in Hochschule und Betrieb eher die Ausnahme als die Regel ist und von den Studierenden weitgehend selbst hergestellt werden muß.

Erleichtert stellen die befragten Hochschulangehörigen fest, daß die Kooperation in diesen Studiengängen nicht, wie am Anfang befürchtet, zu einer Gefährdung der Hochschulautonomie geführt hat. Im Gegenteil, etwas mehr inhaltliches Engagement der beteiligten Unternehmen wird sogar gewünscht.²⁾

Welche Bedingungen sollten deshalb bei der Entwicklung kooperativer Studiengänge besondere Beachtung finden?

Die wichtigste Bedingung besteht darin, eine kontinuierlich funktionierende Kooperation zwischen der Fachhochschule und den Ausbildungsbetrieben herzustellen, in die jeder als Partner seine besonderen Interessen und Möglichkeiten einbringen und über die man sich auf ein gemeinsames Anforderungsmodell für den Studiengang verständigen kann. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß der Zugang zum Studium und die Auswahl der Ausbildungsinhalte nicht den ökonomischen Interessen der Betriebe überlassen werden und daß sowohl schnelle Einsatzfähigkeit als auch langfristige Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten für die Absolventen kooperativer Studiengänge beachtet werden. In den Studien- und Prüfungsordnungen müßte deshalb weiterhin der Erwerb von wissenschaftsbasierten Fähigkeiten - als Aufgabe eines Hochschulstudiums - im Mittelpunkt stehen. Damit werden Kriterien angesprochen, durch die sich kooperative Studiengänge an Fachhochschulen von Ausbildungsangeboten an Berufsakademien unterscheiden sollten.

Daraus ergeben sich besonders hohe Anforderungen an die Lehrkräfte in der Hochschule und die Ausbilder in den Betrieben. Denn sie entscheiden letztendlich darüber, welche inhaltlichen Akzente sowohl durch das Lehrangebot an der Hochschule als auch durch das Ausbildungsangebot im Betrieb gesetzt werden und welche Verknüpfungen beide ermöglichen, welchen Qualifikationsanforderungen über welche Lehrver-

anstaltungsformen und studentischen Tätigkeiten entsprochen werden soll. Den kooperativen Studienangeboten sollte eine weitgehend integrative Curriculumentwicklung zugrunde liegen, die im besonderen einen inhaltlich organisierten Praxisbezug und seine kritische Reflexion ermöglicht. Gerade die kritische Reflexion des Praxisbezuges auf der Grundlage des an der Hochschule angeeigneten theoretischen Wissens, aber auch die Einsicht in die grundsätzliche Differenz zwischen Wissen und Handeln durch frühzeitige Erfahrungen in der Unternehmenspraxis sind bedeutsam für den gewünschten Qualifikationserwerb.³⁾

Die dafür zu schaffenden curricularen Voraussetzungen beinhalten auch methodische Konsequenzen für Studium und Lehre. Sie betreffen vor allem die Entscheidung für Lehr- und Lernformen, die der Spezifik des Studienganges Rechnung tragen. Alternative Methoden, die einen hohen Anteil an selbständiger studentischer Tätigkeit gewährleisten, wie Plan- und Rollenspiele, Fallstudien und im besonderen fächerübergreifende Gemeinschaftsprojekte, können eine solche enge Verbindung von Theorie und Praxis ermöglichen.

III. Erprobung im Modellversuch

Das Land Sachsen-Anhalt fördert einen Modellversuch zur Konzeption und Entwicklung alternativer Fachhochschul-Kompaktstudiengänge Betriebswirtschaft und Technische Betriebswirtschaft, der im Wintersemester 97/98 an zwei Fachhochschulen des Landes beginnt. Der Modellversuch findet an der Fachhochschule Magdeburg im Studiengang „Betriebswirtschaft“ und an der Fachhochschule Merseburg im Studiengang „Technische Betriebswirtschaft“ statt.

Stellt man die Frage, warum diese Studiengangsentwicklungen in einem Modellversuch erprobt werden sollen - noch dazu, wo es bereits mindestens 44 unterschiedliche kooperative Studiengänge gibt - dann sind vor allem die folgenden Argumente bedeutsam:

► Die bisher erläuterten Probleme, die individuelle und gesellschaftliche Veränderungen in ihren Herausforderungen an Hochschulausbildung betreffen, sind in den neuen Bundesländern deutlich stärker ausgeprägt als in den alten. So wollen weniger Hochschulzugangsberechtigte in den neuen Ländern studieren. Ihr Wunsch, durch eine berufliche Ausbildung die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen, ist hingegen größer als in den alten Ländern. Das hat negative Konsequenzen für den Ausbau der

Hochschulen in den neuen Ländern. Auch diejenigen, die studieren, wünschen sich vor allem in den neuen Ländern den Erwerb bedarfsgerechter Qualifikationen mit guten Arbeitsmarktchancen. Bekanntlich ist aber die Situation des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes deutlich schlechter als in den alten Ländern.

► Die Erwartungen an die Hochschulen - speziell an die Fachhochschulen - bezüglich regionaler Entwicklungsimpulse und partnerschaftlicher Kooperation mit Unternehmen sind hingegen wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation größer als in den alten Ländern. Entwicklungsangebote der Hochschulen, mögliche Antworten z. B. auf Bedarfsprobleme werden aber von den Hochschulen in den neuen Ländern bisher nur vereinzelt gegeben. So befand sich z. B. unter den analysierten 44 kooperativen Fachhochschulangeboten lediglich die private Fachhochschule AKAD mit ihrem Standort Leipzig in den neuen Ländern²⁾. Es ist aber darauf aufmerksam zu machen, daß in den neuen Ländern häufig die Profilentwicklung der Fachhochschulen noch offen für moderne Lösungen ist. Auch der Diskussionsprozeß über das Für und Wider von Berufsakademien wird nicht zuletzt durch diesen Modellversuch in den neuen Ländern stimuliert.

► Das entscheidende Argument für eine Erprobung im Modellversuch ergibt sich aus der spezifischen Zielsetzung der geplanten Studiengänge. Das Ziel besteht darin, Studienangebote zu entwickeln, die sich sowohl durch einen besonders engen Praxisbezug in kooperativer Ausbildung (Wechsel Fachhochschule - Betrieb) und dadurch zu erwerbende Qualifikationen auszeichnen als auch als alternative Studiengänge an Fachhochschulen bereits nach dreijähriger Studiendauer gute Berufschancen eröffnen.

Die Realisierung des erstgenannten Teilziels verlangt im wesentlichen eine hochschul- und studiengangsspezifische Umsetzung der im Abschnitt II erläuterten Anforderungen an kooperative Studiengangsentwicklung, wobei die Erprobung der gewählten Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und ihre Möglichkeiten für „Verzahnung“ des in Hochschule und Betrieb Erworbenen im Mittelpunkt stehen.

Das weitere Teilziel erhöht die Anforderungen an die Curriculumentwicklung, indem erprobt werden soll, ob es möglich ist, in einer Gesamtausbildungszeit von drei Jahren einen berufsqualifizierenden Abschluß mit guten Beschäftigungsaussichten und sinnvollen Anschlußqualifikationen zu erwer-

ben. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Inhaltsauswahl, auch im Hinblick auf Übergangsmöglichkeiten zu nächst höheren Qualifikationsstufen, an die Strukturierung des Studiums und auch an Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Studierenden.

Nicht zuletzt deshalb ist für diesen Modellversuch eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen, die vom Institut für Hochschulforschung Wittenberg durchgeführt wird.⁴⁾

Interessante Ergebnisse, die die hochschulpolitische Diskussion bereichern können, werden im besonderen im Hinblick auf neue Abstimmungsmöglichkeiten zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, die Studierbarkeit kooperativer Kurzstudiengänge an Fachhochschulen und Wert und Anerkennung der erworbenen Abschlüsse erwartet. □

1) Konegen-Grenier, C.; Kramer, W. (Hrsg.): Studienführer duale Studiengänge. Hochschulausbildung mit integrierter Berufspraxis. Köln 1995

2) Holtkamp, R.: Duale Studienangebote der Fachhochschulen. HIS-GmbH. Hochschulplanung Bd. 115. Hannover 1996.

3) Konegen-Grenier, C.; Schläpke, W. (Hrsg.): Praxisbezug und soziale Kompetenz: Hochschule und Wirtschaft im Dialog. Köln 1994.

4) Das Gesamtkonzept der wissenschaftlichen Begleitung dieses Modellversuches kann über die Autorin angefordert werden.

Frauenstudium

Die FH Wilhelmshaven bietet als erste deutsche Fachhochschule einen Studiengang ausschließlich für Frauen an. Ab dem WS 1997/98 beginnt der Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen, dessen 40 Plätze ausschließlich Studentinnen vorbehalten sind. Soweit wie möglich werden die Lehrveranstaltungen von Dozentinnen abgehalten. Das Studium wird mit dem Titel Diplomwirtschaftsingenieurin abgeschlossen. Der auf sechs Jahre angelegte Modellversuch soll wirtschaftlich und technisch interessierten Frauen die Möglichkeit geben, ohne Rollenzwang zu studieren.

In Amerika gibt es 84 reine Frauenuniversitäten, deren Studentinnen überdurchschnittliche Leistungen erbringen sowie geringe Studienabbruchquoten und eine kurze Studiendauer aufweisen. Der Frauenanteil an der FH Wilhelmshaven beträgt derzeit etwa 22 %, wobei die meisten Frauen nichttechnische wirtschaftliche Studienfächer studieren.

FAZ v. 19.07.97, ls.

Doppelqualifikation - eine erfolgreiche Strategie?

Anmerkungen zu einer aktuellen bildungspolitischen Kontroverse

*HIS Hannover ver-
meinte, die Ergebnisse
einer Studie von
Büchel/Helberger wider-
legen zu können. Doch
die Kontroverse wird
voraussichtlich
ausgehen wie das Horn-
berger Schießen.*

Dr. rer. pol. Felix Büchel
Hochschulassistent
TU Berlin
Institut für VWL
Uhlandstr. 4-5
10623 Berlin



Hintergrund der Kontroverse¹⁾

Die Frage nach dem individuellen Nutzen einer vor dem Universitätsstudium absolvierten Berufsausbildung²⁾ steht im Mittelpunkt einer derzeit untypisch leidenschaftlich geführten bildungsökonomischen Kontroverse.

Obwohl dieser Ausbildungspfad von einer bildungsinstitutionellen Perspektive heraus betrachtet atypisch erscheint, hatte 1994 bereits jeder siebte Studienanfänger an westdeutschen Universitäten nach dem Abitur eine Berufsausbildung - meist in Form einer Lehre - durchlaufen und erfolgreich abgeschlossen. Bei dieser Größenordnung mag es erstaunen, daß sich die deutsche Bildungsforschung die Frage nach Motivation und Nutzen einer solchen Bildungsstrategie erst sehr spät gestellt hat.

In einer ersten einschlägigen Studie ermittelten *Büchel/Helberger*³⁾ (im folgenden: „Büchel/Helberger-Studie“) mit Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), daß Abiturienten, die sich zunächst für eine nicht-akademische Berufsausbildung entschieden, stark überdurchschnittlich oft aus „bildungsschwächeren“ Haushalten stammen. Abgeleitet aus der ökonomischen Theorie, die - über den Zusammenhang von Bildungsniveau und Einkommenserzielungsmöglichkeiten - Kapitalmarktrestriktionen auch im Bildungsbereich unterstellt, wurde bei vielen Abiturienten, die sich (zunächst) für eine Berufsausbildung entscheiden, als wichtiges handlungsbestimmendes Motiv eine Risikominimierung vermutet. Durch einen zuvor erworbenen Berufsabschluß „versichert“, können die finanziellen Folgen eines eventuellen späteren Scheiterns im (herkunftsuntypischen) Studium oder am Akademikerarbeitsmarkt gemildert werden, da nunmehr qualifizierte Alternativen verfügbar sind.

Der individuelle Nutzen der Strategie einer „Doppelqualifikation“ (Berufsausbildung nach dem Abitur plus Universitätsstudium) wurde von *Büchel/Helberger* anhand der Berufseinmündung nach dem Studium untersucht. Als er-

ster Erfolgsindikator wurde die Dynamik des Übergangs in Erwerbstätigkeit untersucht. Im Mittel anderthalb Jahre nach Studienabschluß waren Doppelqualifizierte unter den ausbildungsadäquat Erwerbstätigen signifikant seltener zu beobachten als Universitätsabsolventen ohne zusätzliche Berufsausbildung („Direktqualifizierte“). Als zweiter Indikator wurde das Starteinkommen betrachtet; dabei wurden keine signifikanten Unterschiede zwischen Doppelt- und Direktqualifizierten ermittelt. Abgeleitet aus diesen Ergebnissen und anderen Überlegungen wurde die Strategie einer Doppelqualifikation von Büchel/Helberger (1995) aus volkswirtschaftlicher Sicht betrachtet als tendenziell negativ bewertet.

Aufgrund der bildungspolitischen Brisanz dieser Einschätzung wurde eine Forschergruppe der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), Hannover, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) um eine Prüfung dieser Ergebnisse ersucht. Diese legte eine auf

„Was Büchel da geschrieben hat, ist alles Käse.“

K.-H. Minks, HIS,
laut SZ vom 11.1.97

eigenen Datenbeständen basierende umfangreiche Studie vor⁶⁾ (im folgenden: „HIS-Autoren“ bzw. „HIS-Studie“).

Diese Studie bestätigt die Ergebnisse der Büchel/Helberger-Studie in vielen Punkten. In einem wichtigen Einzelaspekt kommt sie jedoch zu einem abweichenden Ergebnis: Während die Büchel/Helberger-Studie hinsichtlich der Dynamik der Berufseinstimmung für Doppelqualifizierte größere Probleme ermittelt als für Direktqualifizierte, bewerten die HIS-Autoren den Übergang der Doppelqualifizierten in Erwerbstätigkeit als deutlich problemloser als denjenigen der Vergleichsgruppe.

Gestützt auf dieses Ergebnis verneinen nun die HIS-Autoren, die Aussagen der Büchel/Helberger-Studie entscheidend widerlegt zu haben und bemühen sich, diese Auffassung neben der Fachwelt auch der interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Schlagzeilen lauteten nun nicht mehr: „Eine Lehre vor dem Studium nutzt wenig“ (FAZ vom 22. Juli 1995 als Reaktion auf die Büchel/Helberger-Studie), sondern: „Doppelqualifikation zahlt sich aus“ (Tagesspiegel vom 27. Januar 1997 als Reaktion auf die HIS-Studie). Offensichtlich sehr überzeugt von der eigenen Forschungsleistung, wurden die Ergeb-

nisse der Vorläuferstudie im Kontakt mit Medienvertretern schlichtweg als falsch dargestellt (Zitat). Man verstieg sich gar zu der in Wissenschaftlerkreisen als ehrenrührig geltenden Behauptung, „Büchel mache unter dem Deckmantel der Wissenschaft Politik“ (K.-H. Minks, HIS, zit. in Süddeutsche Zeitung vom 11.1.97). Die zitierten Bewertungen wurden zwar mit der Bezeichnung demontiert, „weder wörtlich noch sinngemäß“ geäußert worden zu sein (Schreiben von Minks an Büchel vom 28.1.1997), nur hatte der betreffende HIS-Autor offensichtlich das Pech, in seiner Einschätzung der Büchel/Helberger-Studie vom Repräsentanten der Süddeutschen Zeitung gänzlich mißverstanden worden zu sein, und darüber hinaus, daß das renommierte Blatt die Äußerungen als „fit to print“ einschätzte.

Überprüfung der Ergebnisse beider Vorgängerstudien

Es ist nicht nur für die betroffenen Autoren von Interesse, ob die eingangs zitierte Einschätzung der Büchel/Helberger-Studie in der Substanz haltbar ist oder nicht. Zur Klärung dieser Frage wurden die Untersuchungsdesigns sowohl der Büchel/Helberger- als auch der HIS-Studie mit einem neuen Datensatz, der BIBB/IAB-Erhebung von 1991/92, möglichst vorbildgetreu repliziert, um somit die bisherigen Ergebnisse extern zu validieren.⁵⁾

Zunächst wurde der Erwerbsstatus der Doppelqualifizierten „unmittelbar“ nach Studienabschluß untersucht. Diese Auswertung replizierte tatsächlich die in der HIS-Studie präsentierten Ergebnisse⁶⁾: Doppelqualifizierte sind zu diesem Zeitpunkt häufiger in regulärer Erwerbstätigkeit zu finden als Direktqualifizierte. Es kann sogar das von HIS nicht untersuchte Phänomen belegt werden, daß Doppelqualifizierte unmittelbar nach Studienabschluß signifikant häufiger in ausbildungsadäquate Erwerbstätigkeit einmünden als Direktqualifizierte; dieses Ergebnis bleibt auch bestehen, wenn nur die zum Untersuchungszeitpunkt erwerbstätige Population betrachtet wird.

Läßt man jedoch eine - für Jungakademiker charakteristische - längere Orientierungsphase zu Beginn einer akademischen Berufslaufbahn zu (bei dem hier gewählten Untersuchungsdesign: im Mittel viereinhalb Jahre zwischen Studienabschluß und Beobachtungszeitpunkt), so läßt sich ein entgegengesetztes Bild beobachten, nämlich das in der Büchel/Helberger-Studie (dort für einen kürzeren Beobachtungszeitraum)⁷⁾

Studium mit integrierter Berufsausbildung an der HS Zittau/Görlitz (FH)

Die Strategie der „Doppelqualifizierung“ (Absolvierung einer Berufsausbildung nach dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife und vor Antritt des Studiums) wird in wachsendem Maße auch von Studenten ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge eingeschlagen. Ein Ingenieurstudium mit integrierter Berufsausbildung führt zu einer verkürzten Ausbildungszeit und kann hochmotivierten und besonders leistungsbereiten Jugendlichen eine sehr gute berufliche Perspektive bieten.

Mit kollegialer Unterstützung von Hochschullehrern und Mitarbeitern der Fachhochschule Niederrhein in Krefeld gelang es, im Zeitraum von nur einem dreiviertel Jahr, das Krefelder Modell der Kooperativen Ingenieurausbildung auf die Studiengänge Elektrotechnik, Maschinenbau sowie Energie- und Umwelttechnik zu übertragen.

Die Azubi-Studierenden haben die Möglichkeit, eine Berufsausbildung in einem Metall- oder Elektroberuf aufzunehmen und gleichzeitig Teile des Grundstudiums zu absolvieren. Sie wechseln während des normalen Studienbetriebes in wöchentlichem Abstand zwischen Ausbildungsbetrieb und Hochschule. In den semesterfreien Zeiten sind sie in den Ausbildungsstätten tätig. Nach zwei Jahren erfolgt die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer IHK. Die Regelstudienzeit beträgt 10 Semester (s. Übersicht).

Defizite, die durch den Wegfall der Berufsschule entstehen, werden durch einen modifizierten Studienplan und durch zusätzliche Lehrangebote ausgeglichen. Die curricularen Abstimmungen zwischen Hochschule und Unternehmen verlaufen häufig reibungslos als innerhalb der Hochschule. Der Vorbereitungsaufwand ist insgesamt nicht zu unterschätzen.

Während die IHK in Sachsen als Zulassungsvoraussetzung für das Studium mit integrierter Berufsausbildung in diesem Jahr den Abschluss eines beruflichen Gymnasiums für Technik fordert, läßt Brandenburg bereits Absolventen allgemeiner Gymnasien zu. Für das kommende Jahr wird die generelle Öffnung des Zugangs für Bewerber mit Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife erwartet. Zusätzlich ist eine vertragliche Vereinbarung mit einem Ausbildungsbetrieb, der gemeinsam mit unserer Hochschule das kooperative Studium realisiert, nachzuweisen. Die Unternehmen wählen die Azubis nach ihren bewährten Kriterien aus und empfehlen diese zum Studium mit integrierter Berufsausbildung. Wir beginnen im WS 97/98 gemeinsam mit Ausbildungsbetrieben der VEAG (Vereinigte Energiewerke AG). Für das nächste Jahr haben weitere Industrieunternehmen ihre Kooperation angekündigt.

Prof. Dr.-Ing. habil. Rudolf Förster
Prorektor Bildung
Hochschule Zittau/Görlitz

Ablauf Kooperative Ingenieurausbildung

1. Jahr	1. Teilzeitsemester 1. Fachsemester Hochschule 2. Teilzeitsemester Praktische Ausbildung (2/3)	Betrieb Studium (1/3)
2. Jahr	3. Teilzeitsemester 2. Fachsemester Hochschule 4. Teilzeitsemester Studium (1/3) Praktische Ausbildung (2/3)	Betrieb
<i>Berufsabschluss mit Prüfung vor der IHK oder der Handwerkskammer</i>		
3. Jahr	5. Hochschulsemester 3. Fachsemester Hochschule 6. Hochschulsemester 4. Fachsemester Vollzeitstudium	
<i>Diplom-Vorprüfung</i>		
4. Jahr	7. Hochschulsemester 5. Fachsemester Hochschule Hauptstudium 8. Hochschulsemester 6. Fachsemester Betrieb Praxissemester	
5. Jahr	9. Hochschulsemester 7. Fachsemester Hochschule Hauptstudium 10. Hochschulsemester 8. Fachsemester Hochschule/Betrieb Diplomsemester	
<i>Diplomprüfung</i>		

ermittelte: Nun sind Direktqualifizierte unter den Erwerbstätigen signifikant häufiger in ausbildungsadäquaten Positionen vertreten als Doppelqualifizierte, die entsprechend überproportional oft auf unterwertigen Arbeitsplätzen eingesetzt sind.

Diese auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinende Ergebnislage konnte sodann geklärt werden, indem Übergangsprozesse zwischen dem ersten Erwerbsstatus unmittelbar nach Studienabschluß und jenem, der im Mittel vereinhalb Jahre danach beobachtet werden kann, in einem geschlossenen Modell analysiert wurden. Dabei wurden die sich im Untersuchungszeitraum schneidenden Profile eines Übergangs in adäquate Erwerbstätigkeit für Doppel- und Direktqualifizierte bestätigt: Zum einen gelingt Direktqualifizierten relativ zu Doppelqualifizierten - nach einer etwas längeren Suchphase - häufiger ein Übergang von Nichterwerbstätigkeit direkt in eine ausbildungsadäquate Position, zum anderen haben Direkt- gegenüber Doppelqualifizierten signifikant bessere Chancen, einen unmittelbar nach Studienabschluß besetzten ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz über den Beobachtungszeitraum hinweg zu halten. Bemerkenswert erscheint, daß für Fachhochschulabsolventen ähnlich günstige Übergangsmuster beobachtet werden können wie für direktqualifizierte Universitätsabsolventen; sie stehen somit besser da als doppelqualifizierte Universitätsabsolventen.⁸⁾ Die Bestimmungsgründe dieser unterschiedlichen Übergangsprofile konnten mit dem verfügbaren Datenmaterial nicht eindeutig bestimmt werden. Als vorläufige Erklärungshypothese wurde die folgende Kausalkette formuliert: Doppelqualifizierte verfügen im Mittel (wie sowohl in der HIS- als auch in der Büchel/Helberger-Studie ermittelt) über eine bildungsschwächere Herkunft. Der daraus resultierende im Mittel schwächere finanzielle Hintergrund könnte zu einer geringeren Risikobereitschaft führen (in der Büchel/Helberger-Studie als Hypothese theoretisch abgeleitet, in der HIS-Studie empirisch belegt). In dieser Situation sind Doppelqualifizierte tendenziell einem stärkeren Suchdruck am Arbeitsmarkt ausgesetzt und könnten dazu tendieren, ein geringeres Job-Anspruchsniveau zu entwickeln als Direktqualifizierte. Dies könnte bei kürzeren Suchdauern dazu führen, daß bei Antritt der ersten Stelle eine schlechtere Übereinstimmung von Qualifikation und Job-Anforderungsniveau zustandekommt. In den Folgejahren kommt es zu einem „Sortierprozeß“, den Direktqualifizierte aufgrund

der erwähnten günstigeren Ausgangsposition für sich entscheiden.

Die ganze Kontroverse: Ein Sturm im Wasserglas?

Der von den HIS-Autoren unternommene Versuch, mit einer simplen zweidimensionalen deskriptiven Auswertung (die noch nicht einmal nach Geschlecht unterscheidet) die Ergebnisse der Büchel/Helberger-Studie zu widerlegen, ist offenkundig gescheitert: Die in der HIS-Studie und von Büchel/Helberger ermittelten unterschiedlichen Ergebnisse erweisen sich schlicht als Folge unterschiedlicher Meß- und Analysekonzepte. Es soll an dieser Stelle nicht über die Qualität von Validität, Reliabilität und Leistungsfähigkeit der verwendeten unterschiedlichen Daten und Methoden diskutiert werden. Entscheidend ist die triviale Feststellung, daß unterschiedliche Untersuchungsdesigns zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können, ohne daß die Gültigkeit des einen oder des anderen Ergebnismusters in Frage gestellt wird. Hätten sich die HIS-Autoren, wie in der Forschung allgemein üblich, bei der Entwicklung ihres Untersuchungsansatzes zunächst einmal an jenem der Vorgängerstudie orientiert, anstelle das Rad neu erfinden zu wollen, wäre ihnen das Mißgeschick vielleicht nicht passiert, die Ergebnisse der Vorläuferstudie in aller Öffentlichkeit pauschal als unglaubwürdig abzuqualifizieren - und diese Einschätzung hier zumindest in der Fachöffentlichkeit widerlegt zu sehen. Sicher erscheinen die ermittelten gegensätzlichen Ergebnisse auf einen ersten Blick als inkompatibel. Der gesunde Menschenverstand wird jedoch oft als größter Feind der Wissenschaft bezeichnet, und hier scheint sich dieses Wort wieder einmal zu bestätigen. Gerade von Wissenschaftlern muß erwartet werden können, daß sie scheinbare Widersprüche nicht unbesehen mit einer fehlerbehafteten Untersuchung assoziieren. Im Gegenteil ist es genuine Aufgabe der empirischen Forschung, vermeintliche Widersprüche durch zusätzliche Untersuchungsanstrengungen aufzuklären zu suchen.

Dies wurde in Büchel (1997), der Langfassung dieses Beitrages, geleistet mit dem Ergebnis, eine Interpretationsbrücke zwischen den kontroversen Teilergebnissen der Vorgängerstudien präsentieren zu können⁹⁾. Dieses „missing link“ konnte nur in seinem Wirkungsergebnis aufgezeigt werden. Die Ursachen für die während der ersten Phase nach Studienabschluß für Direkt- und Doppelqualifizierte unterschiedliche

Dynamik des Arbeitsmarktverhaltens sind noch näher zu erforschen. □

- 1) Eine Langfassung dieses Beitrags erscheint unter dem Titel „Berufseinmündung und erste Karrierephase von Akademikern mit einer beruflichen Zusatzqualifikation. Ein Beitrag zur bildungspolitischen Kontroverse „HIS versus Büchel/Helberger““ in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3/1997.
- 2) Auf den Fachhochschulbereich ist diese Fragestellung nicht unbesehen übertragbar, da dort eine Berufsausbildung vor dem Studium häufig als Praktikumsersatz durchlaufen wird. Im Mittelpunkt der hier diskutierten bildungspolitischen Kontroverse steht die Entscheidungssituation nach dem Abitur. Vgl. jedoch die Ergebnisse zu den Fachhochschulabsolventen mit Abitur unten im Text.
- 3) Büchel, Felix und Helberger, Christof (1995): Bildungsnachfrage als Versicherungsstrategie. Der Effekt eines zusätzlich erworbenen Lehrabschlusses auf die beruflichen Startchancen von Hochschulabsolventen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, S. 32 - 42.
- 4) Lewin, Karl, Minks, Karl-Heinz und Uhde, Sönke (1996): Abitur - Berufsausbildung - Studium. Zur Strategie der Doppelqualifizierung von Abiturienten. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3, S. 431 - 454.
- 5) Zum Untersuchungsdesign der Replikation sowie zur Ergebnisdokumentation vgl. die Langfassung dieses Beitrags (Büchel 1997, vgl. Fußnote 1).
- 6) (linker Rand des vierten Quadranten von Abb. 12, S. 441 der HIS-Studie)
- 7) Eine exakte Replikation des Untersuchungsdesigns der Büchel/Helberger-Studie, die eine anderthalbjährige Orientierungsphase zuließ, scheitert an Fallzahlproblemen.
- 8) Bei diesem Ergebnis ist allerdings zu berücksichtigen, daß nur Fachhochschulabsolventen mit Abitur betrachtet wurden.
- 9) Vgl. zu diesem Thema auch: Büchel, Felix und Bausch, Thomas (1997a): Karriereoptionen von Abiturienten. Eine Analyse der Verdienstmöglichkeiten in Abhängigkeit unterschiedlicher Ausbildungspfade. Beitrag für den geplanten Sammelband zu der vom Bundesinstitut für Berufsbildung veranstalteten Fachtagung „Berufsperspektiven mit Lehre?“ vom 20. November 1996 in Bonn, sowie: Büchel, Felix und Bausch, Thomas (1997b): Zum Einkommenseffekt einer vor dem Universitäts-Studium absolvierten Berufsausbildung. Diskussionspapier Nr. 1997/07, hg. von der wirtschaftswissenschaftlichen Dokumentation der TU Berlin.

Wir planen ein

Schwerpunktheft

● Arbeitsmarktchancen/

Existenzgründung

1/98

und

● Software/

Virtuelle Hochschule

voraussichtlich 2/98

Planung

Kooperative Studienangebote der Fachhochschulen

Wirtschaftliche Studiengänge

Betriebswirtschaftslehre

Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Berufsintegrierender Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Banken

Fachhochschule Bochum
Berufsbegleitendes Studium Betriebswirtschaft

Fachhochschule

Braunschweig/Wolfenbüttel

- Studiengang Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Bank- und Versicherungswirtschaft, Studienschwerpunkt European Business and Banking
- Betriebswirtschaftslehre mit der Studienrichtung Automobilwirtschaft (berufsbegleitend)
- Weiterbildender Fernstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen für Dipl.-Ingenieure
Immatrikulationsamt,
Tel. 05331/939 510

Fachhochschule Dortmund
Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre im Verbund
Robert Winkler, Tel. 0231/755 4902

Fachhochschule Düsseldorf
Dualer Studiengang Betriebswirtschaft
Prof. Dr. Ludwig G. Poth,
Dekan FB Wirtschaft,
Tel. 0211/811 43 73,
Fax 0211/811 43 69

Fachhochschule für Ökonomie und Management (FOM) Essen
Berufsbegleitender Studiengang Betriebswirtschaft
Dr. Harald Beschorner,
Tel. 0201/810 04 27

Hochschule für Bankwirtschaft (HfB)
Frankfurt/Main

- Ausbildungsintegrierendes Studium (AIS) der Betriebswirtschaft
- Berufsintegrierendes Studium (BIS) der Betriebswirtschaft

Fachhochschule Gelsenkirchen
Berufsintegrierender Studiengang Wirtschaft (BWL)

Fachhochschule für die Wirtschaft
Hannover

Betriebswirtschaft mit den Schwerpunkten Europäische Unternehmensführung, Mittelständische Wirtschaft und Finanzdienstleistungen
Prof. Dr. Karl Müller-Siebers,
Tel. 0511/28 48 371

Märkische Fachhochschule Iserlohn,
Standort Hagen

- Verbundstudiengang Technische Betriebswirtschaft
- Weiterbildender Verbundstudiengang Technische Betriebswirtschaft
- Verbundstudiengang Betriebswirtschaft, Studienrichtung Wirtschaftsrecht

Andrea Gossmann,
Tel. 02371/566 103,
Fax 02371/566 274

Fachhochschule Köln
Modellstudiengang
Kreditwirtschaft

Prof. Dr. rer. pol. Frank Gogoll,
Tel. 0221/827 534 40; Herr Keens,
Tel. 0221/8275 3180

AKAD Hochschule für Berufstätige (FH)
in Lahr,
Leipzig und Rendsburg
Berufsbegleitender oder ausbildungsintegrierender Studiengang Betriebswirtschaftslehre

Fachhochschule Ludwigshafen

- Internationale Betriebswirtschaft im Praxisverbund (BIP)
Kathrin Paul, Tel. 0621/520 31 13 oder 0621/591 85 10
- Berufsintegrierendes Studium Betriebswirtschaft (BIS)
Karin Zettler, 0621/520 31 27

Fachhochschule Mainz

- Berufsintegrierendes Studium Betriebswirtschaft (BIS)
Prof. Dr. Koeder, Tel. 06131/628 265;
Dagmar Lehr, Tel. 06131/628 169
- MBA-Studiengang General Management, part-time
Dagmar Lehr, Tel. 06131/628 169

Fachhochschule Niederrhein
(Mönchengladbach)
Externes Betriebswirtschaftsstudium mit Präsenzphase

Georg-Simon-Ohm Fachhochschule
Nürnberg
Berufsbegleitendes Studium Betriebswirtschaftslehre

Fachhochschule Osnabrück
Externer Kooperativer Studiengang
Wirtschaft und Verwaltung

Fachhochschule der Wirtschaft
(FHDW) Paderborn und
Bergisch-Gladbach
Dualer Studiengang Wirtschaft mit
Schwerpunktmöglichkeiten
Europäische Unternehmensführung,
Informationsmanagement, Steuer- und
Revisionswesen, Mittelständische
Wirtschaft, Touristik
Prof. Dr. Franz Wagner,
Tel. 05251/301 180

Nordakademie Pinneberg
Studiengang Betriebswirtschaft

Fachhochschule Regensburg
Ausbildungsintegrierender Studiengang
Betriebswirtschaftslehre

Wirtschaftsinformatik

Technische Fachhochschule Berlin
Dualer Studiengang Betriebswirtschaft
mit den Schwerpunkten
Wirtschaftsinformatik, Management,
Marketing und Finanzdienstleistungen

Fachhochschule Dortmund
Wirtschaftsinformatik berufsbegleitend

Fachhochschule für Ökonomie und
Management (FOM) Essen
Berufsbegleitender Studiengang
Wirtschaftsinformatik

Fachhochschule Köln
Wirtschaftsinformatik berufsbegleitend
Herr Keens, Tel. 0221/8275 3180

AKAD Hochschule für Berufstätige (FH)
in Lahr, Leipzig und Rendsburg
Berufsbegleitender oder ausbildungsintegrierender Studiengang

Wirtschaftsinformatik
Frau Janke (Rendsburg),
Tel. 04331/52 37

Fachhochschule der Wirtschaft
(FHDW) Paderborn
Dualer Studiengang Wirtschaftsinformatik

Prof. Dr. Franz Wagner,
Tel. 05251/301 180

Nordakademie Pinneberg
Studiengang Wirtschaftsinformatik

Wirtschaftsingenieur

Nordakademie Pinneberg
Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen

Fachhochschule Mainz
Berufsintegrierender Aufbaustudiengang
Wirtschaftsingenieurwesen (AS)
Prof. Dr. Wieth, Tel. 06131/628 177;
Dagmar Lehr, Tel. 06131/628 169

Technische Studiengänge

Energie- und Umwelttechnik

Hochschule für Technik, Wirtschaft und
Sozialwesen Zittau/Görlitz (FH)
Energie- und Umwelttechnik
Prof. Dr.-Ing. habil. Rudolf Förster,
Tel. 03583/61 13 97

Elektrotechnik

Fachhochschule Koblenz
Berufsintegrierendes Studium (BIS) All-
gemeine Elektrotechnik

Fachhochschule Landshut
Teilweise ausbildungsintegrierendes
Studium Elektrotechnik - Studium mit
vertiefter Praxis

Hochschule für Technik, Wirtschaft und
Sozialwesen Zittau/Görlitz (FH)
Elektrotechnik
Prof. Dr.-Ing. habil. Rudolf Förster,
Tel. 03583/61 13 97

Fahrzeugtechnik

Fachhochschule Köln
Studiengang Fahrzeugtechnik
Prof. Dr.-Ing. Karl-Heinz Schwarting,
Tel. 0221/827 523 01; Herr Keens,
Tel. 0221/8275 3180

Fertigungsinformatik

Fachhochschule Braunschweig /Wolfenbüttel,
Standort Wolfsburg
Studiengang Industrieinformatik im
Praxisverbund

Fachhochschule Hannover
Berufsbegleitender Studiengang
Fertigungsinformatik im Praxisverbund

Gebäudetechnik

Hochschule für Technik und Wirtschaft
Mittweida (FH)
Studiengang Gebäudetechnik mit
Doppelqualifizierung Diplom-Ingenieur (FH)
und Technischer Zeichner, Herr Kretzschmar,
Tel. 03727/581 225

Maschinenbau

Fachhochschule Bochum
Kooperative Ingenieurausbildung als
Studiengang des Maschinenbaus in den
Fachrichtungen Fertigungstechnik und
Konstruktionstechnik

Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel
Maschinenbau im Praxisverbund

Immatrikulationsamt,
Tel. 05331/939 510

Fachhochschule Hannover
Ausbildungsintegrierender Studiengang
Maschinenbau - Studium im Praxisverbund

Fachhochschule Niederrhein (Krefeld)
Kooperative Ingenieurausbildung in
den Fachrichtungen
Maschinenbau/Konstruktionstechnik/
Verfahrenstechnik/Chemieingenieurwesen

Fachhochschule Wiesbaden
Berufsintegriertes Studium Maschinenbau

Physik-/Mess-/Feinwerktechnik

Fachhochschule Hildesheim/
Holzminden
Studiengänge Physik-/Mess-/
Feinwerktechnik
- Studium im Praxisverbund

Produktionstechnik

Fachhochschule Osnabrück
Studiengang Produktionstechnik -
Studium im Praxisverbund
Prof. Dr.-Ing. Bernhard Adams,
Tel. 0541/969 30 22

Fachhochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel
Industrieinformatik
(auch als Fernstudienprojekt)
Immatrikulationsamt,
Tel. 05331/939 510

Kultur- und Sozialwissenschaften

Journalistik

Fachhochschule Kiel
Berufsbegleitendes Weiterbildungsstudium
zum geprüften AV-Journalisten
Prof. Dr. Urban Hellmuth,
Tel. 0431/210 1100

Krankenversicherung

Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel
Studiengang Krankenversicherungsmanagement
Gerold Niemeyer,
Tel. 05361/831 323
Fax 05361/831 302;
Immatrikulationsamt
Tel. 05331/939 510

Orthopädie /Rehatechnik

Fachhochschule Giessen-Friedberg
Orthopädie und Rehatechnik

Pflegemanagement / Pflegepädagogik

Katholische Fachhochschule Freiburg
• Studiengang Pflegedienstleitung/
Pflegemanagement
• Studiengang Pflegepädagogik
Prof. Dr. Ursula Geissner,
Tel. 0761/200 665

Katholische Fachhochschule Mainz
Studiengang Pflegedienstleitung/Pflegepädagogik

Sozialarbeit / Sozialpädagogik

Evangelische Fachhochschule Hannover
Berufsbegleitender Studiengang für
Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Katholische Fachhochschule
Norddeutschland, Standort Vechta
Berufsbegleitender Studiengang Sozialwesen

Produktionstechnik

Studium im Praxisverbund

Die zunehmende Automatisierung erfordert ein verstärkt praxisorientiertes Ausbildungsprofil der jungen Ingenieure.

Prof. Dr. Dimitris K. Maretis
 Fachbereich Maschinenbau
 Fachhochschule Osnabrück
 Caprivistr. 1
 49076 Osnabrück



Der vor zehn Jahren am Fachbereich Maschinenbau der Fachhochschule Osnabrück eingeführte kooperative Studiengang Produktionstechnik - Studium im Praxisverbund - berücksichtigt die veränderte Bedarfssituation im Produktionsbereich industrieller Unternehmen. Er verbindet das Fachhochschulstudium mit einer gewerblichen Ausbildung in einem viereinhalbjährigen Ausbildungsgang (9 Semester).

1. Konzeption des Studienganges

a. Grundstudium

Das Grundstudium umfaßt 6 Semester und schließt mit der Diplomvorprüfung ab. Parallel dazu findet eine gewerbliche Berufsausbildung in einem Industriebetrieb statt. Ausbildungsberufe sind z.Z. die industriellen Metallberufe. Diese Ausbildung wird mit der Facharbeiterprüfung vor einer Industrie- und Handelskammer (IHK) abgeschlossen.

Der Wochenablauf während des Grundstudiums sieht wie folgt aus:

- dreitägige betriebliche Ausbildung,
- anderthalbtägiges Hochschulstudium,
- halbtägiger Berufsschulunterricht.

b. Hauptstudium

Das Hauptstudium, das mit dem Hochschulgrad Dipl.-Ing. (FH) abgeschlossen wird, umfaßt 3 Semester und wird ausschließlich an der Fachhochschule absolviert. Während der vorlesungsfreien Zeiten arbeiten die Studenten an Projekten in ihren Ausbildungsbetrieben.

c. Betriebliche Ausbildung

Mit dem Berufsausbildungsvertrag verpflichten sich die Betriebe, nach den Bestimmungen des Bundesausbildungsgesetzes den Auszubildenden auf die Abschlußprüfung vor der IHK vorzubereiten.

Nach dieser Facharbeiterprüfung ist der Student nur in den vorlesungsfreien Zeiten in seinem Betrieb mit ingenieur-nahen Tätigkeiten beschäftigt. Nach individuellen betrieblichen Erfordernissen wird eine umfassende betriebliche Orientierungsphase und/oder eine Vertie-

fung im künftigen Einsatzbereich absolviert. Der Student erhält Einblicke in alle wichtigen, der Produktion zuarbeitenden Funktionen. Darüber hinaus lernt er auch andere Abteilungen, wie z.B. Einkauf, Marketing und Kundendienst, kennen.

Über die Bedingungen der betrieblichen Ausbildung nach Abschluß der Facharbeiterprüfung wird i.d.R. eine gesonderte Vereinbarung zum Ausbildungsvertrag geschlossen.

d. Zulassungsvoraussetzungen

Neben den schulischen Voraussetzungen ist der Abschluß eines mindestens zweijährigen Ausbildungsvertrages in einem industriellen Metallberuf oder im Maschinenbau nach dem Bundesausbildungsgesetz nachzuweisen. Liegt bereits eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung vor, wird die Zugangsvoraussetzung durch den Abschluß eines entsprechenden Praktikantenvertrages nachgewiesen. Vor Aufnahme des Studiums ist also kein Praktikum mehr erforderlich.

2. Erfahrungen mit dem Studiengang Produktionstechnik

a. Die Studenten

Die enge Verzahnung von Theorie und Praxis wird von den Studierenden als der größte Vorteil dieses Studienganges angesehen. Sie haben nämlich die Möglichkeit, das theoretisch Erlernte im Betrieb auszuprobieren bzw. in die Praxis umzusetzen. Dies ist ein großer Motivationsschub.

Ferner durchlaufen die Studierenden während ihres Studiums verschiedene Abteilungen, führen abwechslungsreiche Tätigkeiten aus und lernen den Betrieb gut kennen. Dadurch erhalten sie einen umfassenden Einblick in die berufliche Praxis. Die Diplomarbeit wird in der Regel im ausbildenden Betrieb angefertigt.

Für viele junge Menschen ist ein Studium mit integrierter Berufsausbildung besonders attraktiv. Der Studiengang Produktionstechnik bietet ihnen die Möglichkeit, beides in nur neun Semestern zu absolvieren und zusätzlich noch den Vorteil der finanziellen Absicherung durch die Ausbildungsvergütung.

Den größten Anreiz für die Studierenden bildet jedoch die erhöhte Wahrscheinlichkeit, nach Abschluß des Studiums vom Ausbildungsbetrieb übernommen zu werden. In den wenigen Fällen, wo es bisher für die Absolventen aus konjunkturellen Gründen keine Be-

schäftigungsmöglichkeit gab, wurden sie trotzdem für eine Übergangsperiode von mindestens 6 Monaten weiterbeschäftigt. Dies erleichterte ihnen den Berufseinstieg, da sie nicht mehr als Berufsanfänger galten.

b. Die Unternehmen

Die Erfahrungen der beteiligten Firmen mit dem Studiengang Produktionstechnik und den Absolventen sind durchaus positiv. Deswegen sind sie am Weiterbestehen des Studienganges interessiert und tragen mit konstruktiven Vorschlägen zu seiner Weiterentwicklung bei.

Die Gründe für die Zufriedenheit der Unternehmen sind vielfältig. Die Betriebe sind bei der Auswahl der Bewerber maßgeblich beteiligt. Sie können eine frühe Bindung guter Auszubildender an das Unternehmen erreichen und eine gezielte Personalentwicklung betreiben. Die von den Studierenden während des Hauptstudiums bearbeiteten Projekte sind betriebsinterne, praxisnahe Aufgaben, deren Lösung dem Unternehmen nutzen.

Bei einer Übernahme der Absolventen gehen die Firmen kein Risiko ein, da sie die zukünftigen Mitarbeiter bereits gut kennen. Sie bekommen qualifizierte Fachkräfte, die über eine langjährige Betriebserfahrung verfügen und fast alle Abteilungen des Betriebes durchlaufen haben. Die Absolventen des Studienganges können sofort in die betrieblichen Abläufe integriert werden. Somit entfällt die kostspielige Einarbeitungsphase.

3. Kritische Betrachtung

Der Studiengang Produktionstechnik - Studium im Praxisverbund - ist nach Meinung aller daran Beteiligten ein Erfolg. In den zehn Jahren seit seiner Einführung hat sich aber auch gezeigt, daß es einige Punkte gibt, die verbessert werden könnten.

So hat z.B. die Konzentration der Lehrveranstaltungen des Grundstudiums auf zwei unmittelbar aufeinander folgende Tage eine Reihe von organisatorischen Problemen zur Folge: Die Belastung für die Studierenden ist sehr hoch, die Einplanung der Veranstaltungen gestaltet sich schwierig und erfordert öfter das Angebot getrennter Lehrveranstaltungen für die Studierenden des Studienganges. In Zeiten knapper werdender Personalressourcen kann dies zu Kapazitätsproblemen führen.

Ferner ist der derzeitige kooperative Studiengang durch seine Ausrichtung auf Produktionstechnik hauptsächlich für metallverarbeitende Betriebe von In-

teresse. Die rasante Technologieentwicklung erfordert jedoch eine höhere Qualifikation auch in anderen gewerblichen Berufen. Der Bedarf an qualifizierten Diplom-Ingenieuren verschiedener Spezialisierungen in kleinen Unternehmen wächst ständig. Eine Öffnung des Hauptstudiums für alle Studienschwerpunkte aus dem Fachbereich Maschinenbau wäre deshalb wünschenswert.

Schließlich sollten neue Organisationsformen untersucht werden, die zu einer Verkürzung des Studiums auf die übliche Länge ohne Qualitätsverluste führen könnten.

4. Ausblick

Aus diesen Gründen ist der Fachbereich Maschinenbau seit einiger Zeit dabei, in enger Kooperation mit den beteiligten Betrieben das Studium der Produktionstechnik - Studium im Praxisverbund - den veränderten Anforderungen anzupassen. Geplant sind u.a.:

- eine Reorganisation des Studiumablaufs und teilweise Einführung einer „Sandwich“-Struktur,
- eine Öffnung des Studienganges auch für nicht metallverarbeitende Berufe,
- Erhöhung der Planungsflexibilität durch Blockung des Berufsschulunterrichts,
- Anpassung an veränderte Berufsanforderungen durch Einführung neuer Fächer. □

Ehegattenarbeitsverhältnis

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes sind Arbeitsverhältnisse zwischen Ehegatten steuerlich grundsätzlich unter der Voraussetzung anzuerkennen, daß sie erstnlich vereinbart und den Vereinbarungen entsprechend tatsächlich durchgeführt worden sind. Sie müssen dem sogenannten „Fremdvergleich“ standhalten, so muß sich der vereinbarten Stundenlohn an dem Marktüblichen orientieren. Der Stundenlohn kann sich auch aus dem Verhältnis von Monatslohn und Arbeitszeit ergeben. Der Inhalt der Tätigkeit sollte im Vertrag möglichst genau beschrieben sein. *Forschung & Lehre, H. Mücke*

Die Fachhochschulen in Bayern:

Forum der Lehre 1997 – Produkte, Projekte, Positionen am 19. Nov. 1997 (Fachhochschule Kempten)

Den Hochschulen in Deutschland, auch in Bayern, weht ein eisiger Wind entgegen: Mißtrauen herrscht allerorten, was die Leistungsbeurteilung der Professoren betrifft.

- Verkrustete Strukturen in Verwaltung, Forschung und Lehre werden in Tageszeitungen, Fachzeitschriften und populärwissenschaftlichen Büchern angeklagt.
- Zeitschriften wie Focus, Stern und Spiegel veröffentlichen dubiose Ranking-Listen, prüfen Forschungs- und Lehrtätigkeit, vergleichen mit dem Ausland, vor allem mit einigen Hochschulen in den USA.
- Politiker und Öffentlichkeit fordern Lehrberichte, Evaluation und mehr Kontrolle.

Auch wenn viele dieser Vorwürfe nicht zutreffen, so ist doch die Tatsache nicht zu leugnen, daß Universitäten und Fachhochschulen es nachhaltig versäumt haben, ihre Leistungen in Lehre, Forschung und Entwicklung in der Öffentlichkeit darzustellen. Die Bayerischen Fachhochschulen werden daher am 19. November 1997 im „Forum der Lehre 1997 – Produkte, Projekte, Positionen“ an der Fachhochschule Kempten das hohe Niveau der Lehre und der anwendungsorientierten Forschung präsentieren. Mit diesem Tag werden die Fachhochschulen in Bayern den nachhaltigen Beweis für ihre engagierte Lehre auf höchstem Niveau antreten.

Das „Forum der Lehre 97“ wird das breite Spektrum moderner Lehrmethoden an den Fachhochschulen anschaulich machen.

Dieser Tag wird über die zahlreichen Projekte und Praxiskontakte aller Fachbereiche der Fachhochschulen exemplarisch informieren.

In mehreren Fachforen wird über den hohen Stellenwert der neuen Medien und über den Einsatz multimedialer Lernsysteme in der Lehre berichtet.

Gäste aus dem Ausland (Österreich, Schweiz, Frankreich, Irland, Estland) werden durch Fachvorträge die internationalen Vernetzungen der bayerischen Fachhochschulen verdeutlichen.

Das „Forum der Lehre 97“ wird durch die bayerischen Fachhochschulen unter Federführung des „Zentrum für Hochschuldidaktik der bayerischen Fachhochschulen (DiZ)“ gestaltet und durchgeführt. Es wendet sich an Professorinnen und Professoren, an die nebenamtlichen Lehrkräfte, an Studierende aller Fachbereiche und an die interessierte Öffentlichkeit aus Industrie, Erwachsenenbildung und Politik.

Staatsminister *Hans Zehetmair* wird in einer grundsätzlichen Rede Profile und Positionen der Fachhochschulen in Bayern herausarbeiten. Das Hauptreferat von *Prof. Dr. Erich Leitner* (Universität Klagenfurt) lautet: „Die Hochschuldidaktik und die Qualität der Hochschullehre“. Neben einer Fachausstellung, in der Produkte, Projekte, Positionen vorgestellt werden, finden jeweils acht Foren zur allgemeinen Didaktik und zu fachdidaktischen Themen statt.

Weitere Informationen bei:
Zentrum für Hochschuldidaktik der bayerischen Fachhochschulen (DiZ), Immenstädter Str. 69, 87435 Kempten

Internationale Betriebswirtschaft im Praxisverbund (BIP)

Erste Erfahrungen mit einem innovativen Bildungsgang

Die intensive Abstimmung zwischen Fachhochschule, IHK, berufsbildender Schule und Unternehmen führt zu einem erfolgreichen Studiengang.

Karl-Heinz Beißner,
Studiengangleiter BIP
Kathrin Paul, Geschäftsführerin BIP
Fachhochschule Ludwigshafen
Fachbereich Betriebswirtschaft II
Internationale Betriebswirtschaft im
Praxisverbund (BIP)
Ernst-Boehe-Str. 4
67059 Ludwigshafen



1. Die Grundidee

„Zu alt, zu praxisfern studiert, zu immobil.“ Dieses Urteil über die Absolventen deutscher Hochschulen ist häufig zu hören. Auch wenn bezweifelt werden darf, daß dieses Urteil immer zutrifft, sollten sich die Hochschulen der Herausforderung stellen, den Studierenden ein Studienangebot zu machen, welches

- den Abschluß des Studiums in der Regelstudienzeit ermöglicht,
 - in Kooperation mit der Praxis durchgeführt wird und
 - eine internationale Ausrichtung hat.
- Die Fachhochschule in Ludwigshafen hat ein solches Angebot gemeinsam mit interessierten Unternehmen wie der BASF AG durch den Studiengang „Internationale Betriebswirtschaft im Praxisverbund (BIP)“ konzipiert. Aufgrund der Elemente des Bildungsganges wird das Vorhaben als Modellversuch vom Land Rheinland-Pfalz und dem Bund gefördert.

Mit den beteiligten Partnern - neben den Unternehmen sind dieses die IHK für die Pfalz und die Berufsbildende Schule Wirtschaft I in Ludwigshafen - ist der Bildungsgang im Sommer 1995 gestartet. Erste Erfahrungen liegen daher vor, über die berichtet werden soll.

2. Das Konzept

Bei dem neuen Studiengang „BIP“ handelt es sich um einen Bildungsgang, der Fachhochschulstudium, Berufsausbildung und berufliche Praxis verbindet. In nur 4 ½ Jahren können die Abschlüsse als Industriekaufmann/-kauffrau, Diplombetriebswirt/in (FH) erreicht werden. Die Studierenden sind vertraglich an ein Unternehmen gebunden, das sich verpflichtet, in der vorgelagerten Praxisphase und während des Studiums die Ziele des Bildungsganges zu unterstützen. Die Studierenden erhalten vom Unternehmen auf Basis ei-

nes Volontariatsvertrages eine monatliche Vergütung.

Jedes Jahr zum 1. August beginnen neue Studierende ihre vorgelagerte 8-monatige Praxisphase in den Unternehmen. Parallel dazu wird einmal in der Woche die Berufsschule besucht. Dort sind eigens für diesen Studiengang Klassen eingerichtet. Die Fachlehrer der Berufsschule und die Dozenten der Fachhochschule stimmen gemeinsam die Curricula ab, um die Unterrichts- bzw. Vorlesungszeit optimal nutzen zu können.

Im kommenden März beginnt das Studium an der Fachhochschule. In den 4 Semestern des Grundstudiums wird eine breit angelegte wirtschaftswissenschaftliche Grundausbildung vermittelt sowie fundierte Kenntnisse in zwei Wirtschaftsfremdsprachen - derzeit Englisch und Spanisch - erworben. Einer der Leistungsnachweise wird in Form einer praxisorientierten Fallstudie erbracht. Hierbei sollen Probleme aus den Unternehmen selbständig erkannt und wissenschaftlich beleuchtet werden.

In der vorlesungsfreien Zeit arbeiten die Studierenden in verschiedenen Funktionsbereichen des Kooperationsunternehmens (z.B. Einkauf, Logistik, Rechnungswesen, Vertrieb). Die praktische Ausbildung ist auf dieses Unternehmen ausgerichtet. Begleitend findet weiterhin der Berufsschulunterricht statt, der auf die IHK-Prüfung im 3. Semester vorbereitet. Diese Phase der Ausbildung wird mit der Kaufmannsgehilfenprüfung und der Diplom-Vorprüfung abgeschlossen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Hauptstudiums von ebenfalls 4 Semestern liegen im Internationalen Marketing Management, Human Resource Management und Controlling. Im praxisintegrierten Hauptseminar werden aktuelle betriebswirtschaftliche Fragestellungen aus den Unternehmen und der wissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen und anwendungsorientiert bearbeitet. Auch im Hauptstudium werden die beiden Fremdsprachen vertieft. Während des Auslandsaufenthalts im 6. Semester wird entweder ein Praxissemester in einem ausländischen Unternehmen absolviert und/oder an einer ausländischen Hochschule studiert. Das Studium schließt nach dem 8. Semester mit Diplomprüfung und Diplomarbeit. Abb. 1 zeigt den Aufbau des BIP-Studiums und läßt gleichzeitig den Zeitvorteil gegenüber einem klassischen Nacheinander der Ausbildungsschritte erkennen.

Durch die Praxisphase und den ausbildungsbegleitenden Einsatz im Unternehmen wird die Einarbeitungszeit

nach der Ausbildung stark reduziert. Der Zeitvorteil liegt bei fast 2 Jahren und entspricht damit einem Drittel der Gesamtzeit.

3. Zusammenarbeit der beteiligten Partner

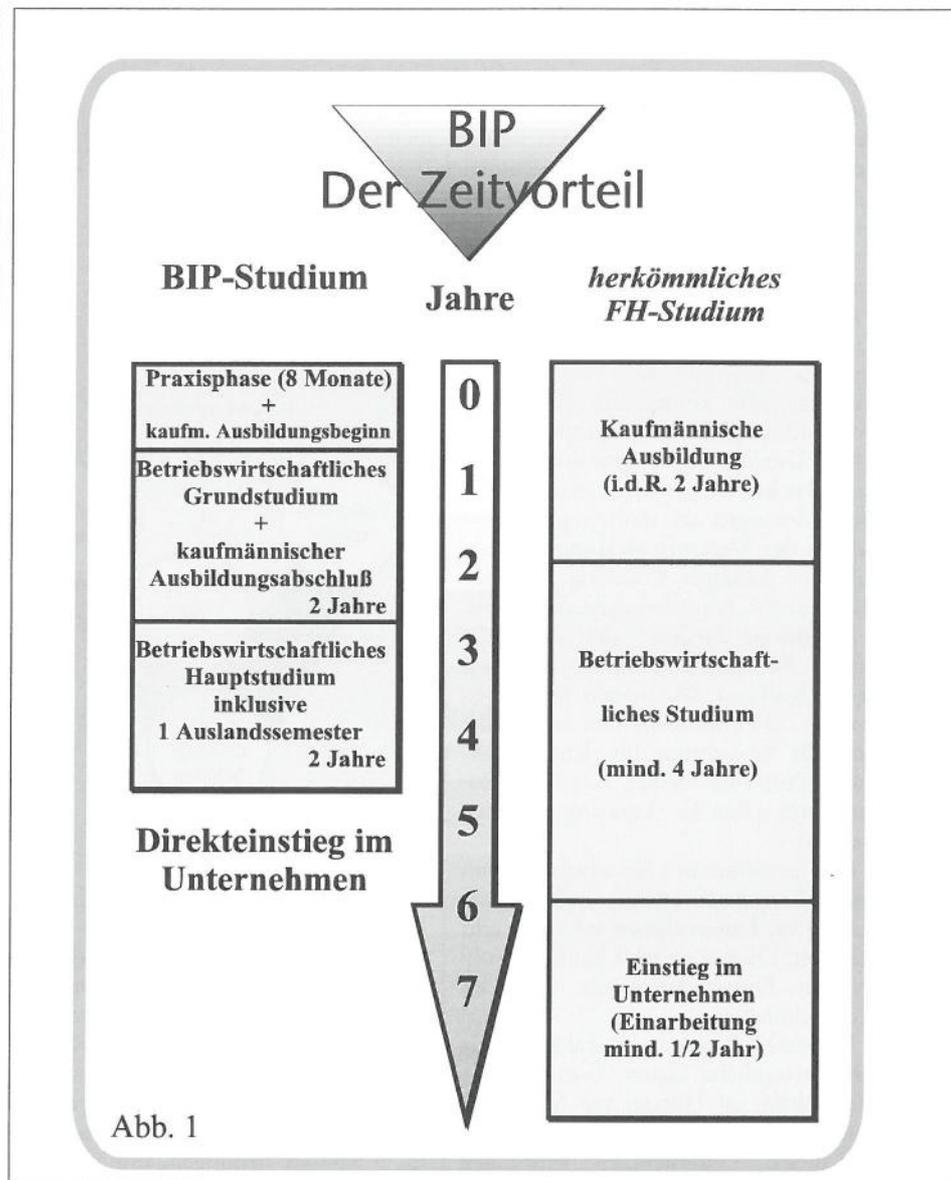
FH • BBS: Die berufsbildende Schule bereitet die Studierenden in erster Linie auf die Kaufmannsgehilfenprüfung der IHK vor. Der Lehrplan muß auf dieses Ziel ausgerichtet sein. Gleichzeitig soll aber die Doppelvermittlung von Inhalten vermieden werden, wie dieses bei einem auf die Ausbildung folgenden Studium nahezu unvermeidbar ist. Von den Studienanfängern in Ludwigshafen haben 70 bis 80% vor Studienbeginn eine Ausbildung absolviert. Ein verlässlicher einheitlicher Fundus ökonomischen Wissens existiert dort jedoch nicht. In den Vorlesungen muß wieder mit dem Basiswissen begonnen werden. Dieses vermeidet das BIP-Modell und hat dadurch Effizienzvorteile: Gleiches Wissen kann in einer kürzeren Zeit oder mehr Wissen in der gleichen Zeit angeeignet werden.

Dieses ist nur möglich, wenn zwischen berufsbildender Schule und Hochschule eine Verständigung über die Lehrinhalte erfolgt. An der BBS wird das Grundwissen, das als Basis für das Studium an der FH dient, aufgebaut. Aufbauen kann dabei auch bedeuten, daß ein bisher unter praktischen Gesichtspunkten dargestellter Sachverhalt nochmals in einen größeren theoretischen Rahmen gestellt wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen fällt die Abstimmung in Fachgebieten des Finanz- und Rechnungswesens (bspw. Jahresabschluß, Kosten- und Leistungsrechnung, betriebliche Steuerlehre) leichter als in anderen betriebswirtschaftlichen Gebieten wie Personalwirtschaft, Marketing oder Unternehmensführung.

Die Abstimmung ermöglicht aber auch, daß Fachgebiete an der BBS überhaupt nicht vermittelt werden, indem das erforderliche Wissen für die IHK-Prüfung durch FH-Vorlesungen abgedeckt wird. Ein Beispiel hierfür ist die Volkswirtschaftslehre.

FH • Unternehmen: Durch die Beteiligung der BASF AG als großem international tätigen Unternehmen an der Konzeption von BIP ist die Berücksichtigung der personalpolitischen Sichtweise der Unternehmen sichergestellt. Grundkonsens ist dabei, daß die FH mit BIP ein praxisorientiertes Studium auf wissenschaftlicher Basis anbietet, für dessen Inhalte die Hochschule verant-



wortlich ist. Die Unternehmen haben die Güte der Praxisentsätze zu gewährleisten. Wünsche der Partner für den jeweils anderen Bereich werden - soweit möglich - berücksichtigt. Diese Art der Zusammenarbeit hat sich im BIP bisher bewährt.

Die Kooperation fängt bereits beim Auswahlverfahren an. Anstelle eines zweistufigen Auswahlverfahrens (erst die Unternehmen, dann die Fachhochschule) regelt der Kooperationsvertrag die Abstimmung des Auswahlverfahrens im Unternehmen mit der FH. Professoren und Mitarbeiter im BIP-Programm haben die Möglichkeit, nach Absprache an Auswahlrunden teilzunehmen. Auch diese Vorgehensweise hat sich bisher bewährt.

Eine wichtige Vorgabe des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz für den Modellversuch ist, Wege einer Praxisorientierung des Studiums zu suchen, die über eine organisatorische Einbindung hinausgehen. Die inhaltliche Ver-

knüpfung von Theorie und Praxis muß das Ziel sein. Wie der Wissenschaftsrat bei der Evaluierung anderer kooperativer Bildungsangebote feststellte, ist diese Verknüpfung noch nicht ausreichend realisiert.

Im BIP sollen die praktischen Probleme auf verschiedenen Wegen in den Hörsaal hineingetragen werden:

Das Geschick des Dozenten ist gefordert, in seinen Lehrveranstaltungen die Erfahrungen der Studierenden aus ihren Praxisphasen einzubeziehen. Hierfür gibt es mehrere Wege: Lehrgespräch, Diskussionen oder Moderationstechnik bieten Ansatzpunkte. Die Studiengangleitung kann diesen Prozeß anregen, aber nur sehr bedingt beeinflussen.

Die Verbindung zwischen den Unternehmen und den im BIP lehrenden Professoren wird gefördert. BIP-Studierende betreuende Mitarbeiter des Unternehmens (meistens im Bereich Ausbildung / Personalentwicklung angesiedelt) übernehmen dabei eine Mittlerrolle zu den Fachabteilungen.

Die Studierenden haben im Grundstudium einen praxisorientierten Leistungsnachweis zu erbringen, der alternativ in verschiedenen Fächern erbracht werden kann. Die Studierenden haben ein Problem aus ihrem Unternehmen aufzugreifen, Lösungsansätze in der Literatur zu suchen, eine oder auch mehrere Alternativen auszuwählen und vor der Gruppe zur Diskussion zu stellen.

Mit Zustimmung des Ministeriums konnte eine halbe Professur als Praxisprofessur ausgeschrieben werden. Für diese Aufgabe konnte ein ehemaliges Vorstandsmitglied eines großen deutschen Unternehmens gewonnen werden. Das know how fließt nicht nur in die Vorlesungen ein, sondern gewährleistet bei der Weiterentwicklung des Modells ein ständiges Coaching im Hinblick auf die Anforderungen der Praxis.

Zu diesen Ansätzen der Theorie / Praxis - Verknüpfung können noch keine endgültigen Wertungen abgegeben werden. Die BIP-Dozenten halten die generelle Ausrichtung für richtig; praktische Probleme bleiben ständig zu lösen. Zwei sollen hier kurz angesprochen werden:

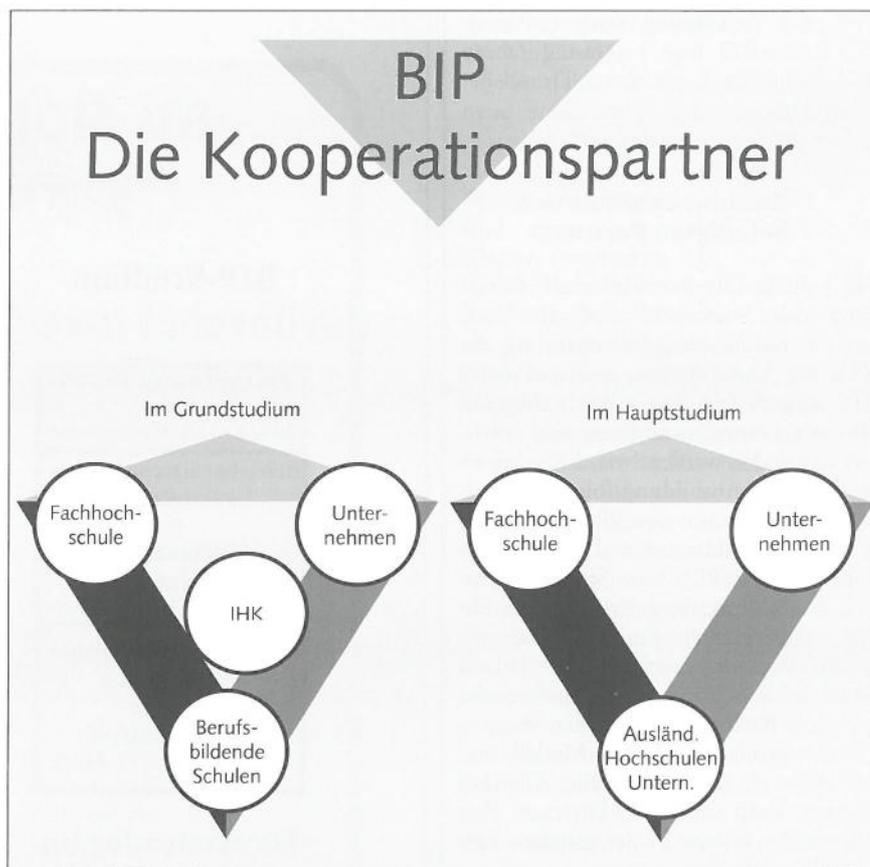
Die gemeinsame Ausarbeitung von Fallstudien durch Dozent und Fachabteilung im Unternehmen erfordert sehr viel Zeit. Diese Zeit fehlt häufig sowohl in den Unternehmen als auch im Hochschulalltag.

Praktische Probleme enthalten häufig sehr vertrauliche Daten. Inwieweit die Darstellung im Hörsaal vor Studierenden möglich ist, die im BIP mit verschiedenen Unternehmen verbunden sind, muß jeweils im Einzelfall entschieden werden.

FH Internationalität: Die Einbindung eines Auslandssemesters ist mittlerweile an vielen Hochschulen in entsprechenden Studiengängen realisiert. Insofern bietet BIP von der Grundkonzeption wenig Neues. In der Planung dieses Auslandsaufenthaltes wird allerdings angestrebt, das Studium an der ausländischen Hochschule ebenfalls mit Praktika in Unternehmen zu verbinden.

In Ludwigshafen lehren regelmäßig ausländische Professoren ihre Fachgebiete in ihrer Muttersprache. Der Schwerpunkt liegt im englischsprachigen Bereich. Nach unseren Erfahrungen ist es wichtig, daß die gelehrteten Fächer auch durch die ausländischen Kollegen geprüft werden. Dieses ist aus organisatorischer Sicht nicht immer leicht.

In einer Ergänzung des ursprünglichen Modells haben die BIP-Studierenden mittlerweile die Möglichkeit, zusätzlich den Master of Business Administration zu erwerben. Dieses geschieht durch eine entsprechende vertragliche



Vereinbarung mit der University of North Carolina in Greensboro (UNCG). Die Anerkennung einzelner Vorlesungen unseres Grundstudiums und Hauptstudiums als credits durch die UNCG und ein Aufenthalt während des Auslandssemesters in Greensboro führen dazu, daß die Studierenden nach ihrem Abschluß in Ludwigshafen noch ca. 3 Monate benötigen, um zusätzlich den MBA zu erwerben. Für Studierende, die eine internationale Karriere anstreben, ist dieses sicherlich eine sinnvolle Ergänzung. Darüber hinaus fördert die parallele Auseinandersetzung mit zwei unterschiedlichen Hochschulkulturen die im BIP besonders wichtige interkulturelle Kompetenz.

4. und last but not least: Die Studierenden

Wie ist das BIP-Modell aus der Sicht der beteiligten Studenten und Studentinnen zu bewerten?

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß alle Studierenden in einem festen vertraglichen Verhältnis zu einem Unternehmen stehen. Damit ist die Finanzierung des Studiums unabhängig von Bafög und Elternunterstützung gesichert.

Gesichertes Studium bedingt aber erfolgreiches Studium, oder anders formuliert: Üblicherweise haben die Studierenden zunächst nur einen Vertrag

mit dem Unternehmen für die Dauer des vorgelagerten 8-monatigen Praktikums und des 4-semesterigen Grundstudiums. Nach dieser Zeit muß ein neuer Vertrag geschlossen werden und dieses setzt das Erreichen von Mindestzielen voraus.

Es kann auch positiv ausgedrückt werden: Den Dauerstudenten kann es im BIP nicht geben. „Up or out“ könnte in Anlehnung an die Karriere in Top-Unternehmensberatungen formuliert werden.

Durch diese Situation entsteht ein besonderer Leistungsstress, mit dem die Studierenden erst umzugehen lernen müssen. Besondere Leistungen werden auch durch das kompakte Programm, die fremdsprachlichen Vorlesungen (inkl. Prüfungen) und den Wechsel zwischen FH und BBS verlangt. Anstelle der vorlesungsfreien Zeit von 3 - 4 Monaten im Jahr tritt der Jahresurlaub mit maximal 30 Tagen.

BIP- auch für andere Hochschulen ein Zukunftsmodell?

Für generelle Aussagen sind die Erfahrungen noch zu gering. Der bisherige Verlauf des Modellversuchs hat gezeigt, daß wichtige Elemente des Bildungsganges ein Erfolgspotential im Hinblick auf die eingangs formulierten Ziele besitzen. Über den weiteren Verlauf des Modelles wird daher zu berichten sein.

Qualität der Lehre

Benchmarks für die Qualitätsmessung erforderlich

Die gängigen Kriterien zur Messung der Lehrqualität können doppeldeutig interpretiert werden. Bisher fehlt es noch an eindeutigen Meßinstrumenten und -verfahren.

Prof. Werner Pepels
(Fachhochschule Gelsenkirchen)
Peter-Lauten-Str. 29
47803 Krefeld



Weitverbreitet ist die Forderung nach möglichst hoher Qualität der Lehre. Aber die Schwierigkeiten beginnen, wenn es darum geht, Merkmale zu bestimmen, an denen die Qualität der Lehre festgemacht werden kann. D.h. welche Indikatoren werden als geeignet erachtet, zuverlässige und gültige Anhaltspunkte für Lehrqualität zu liefern. Häufig in der Diskussion genannt werden im einzelnen folgende Ausprägungen:

Berufserfolg der Absolventen

Da die Lehre sinnvollerweise zur Berufsqualifizierung dient, kann man auf den Gedanken kommen, aus gutem Berufserfolg der Absolventen auf eine hohe Qualität der von ihnen genossenen Lehre zu schließen, die sie erst zu diesen Erfolgen befähigt hat. Problematisch ist dabei aber, daß für den Berufserfolg viele andere Faktoren neben der Lehrqualität von Bedeutung sind, so die Beförderungspraxis der Unternehmen, Persönlichkeitsmerkmale, räumliche Mobilität etc., die mitnichten etwas mit der Lehrqualität zu tun haben. Außerdem ist die Bewertung von Erfolg in der Berufstätigkeit schwierig, und zunehmend zahlreiche Absolventen mögen trotz guter Lehrqualität keiner ausschließlich beruflichen Fixierung in ihrer Lebensgestaltung mehr folgen. Weiterhin liegt diesem Maßstab ein Werturteil zugrunde, das man nicht unbedingt teilen muß, nämlich, daß Lehre als Vorbereitung auf den Beruf zu dienen, also eine primär praktische Dimension, hat (wie von Unternehmen verständlicherweise gefordert). Weithin wird diese Maxime jedoch bestritten und Lehre als theoretische Dimension betrachtet. Wahrscheinlich ergibt sich hier allein schon aus dem Hochschultyp die Notwendigkeit zur Differenzierung (Universität, Fachhochschule, Akademie etc.). Eine weitere Differenzierung ist wohl nach Studiengängen/Fachbereichen erforderlich.

Veröffentlichungen/Vorträge

Hier wird davon ausgegangen, daß hochqualifizierte Lehrende danach streben, ihr vorhandenes Wissen in Form

von Veröffentlichungen und/oder Vorträgen weiterzugeben. Dabei stellt sich die Frage der Bewertung, z.B. nach Form oder Quelle solcher Veröffentlichungen (auf die reine Anzahl kann es ja wohl nicht ankommen). Auch ist zu berücksichtigen, ob ein Praxisthema bewältigt wird, das dann mit der Lehrqualität eher weniger zu tun haben dürfte, oder ein Theoriethema, des weiteren, ob diese Aktivitäten allein oder mit anderen (Kollegen, Mitarbeitern etc.) gemeinsam betrieben werden. Vor allem aber ist fraglich, ob wirklich durchgängig der Drang zur Mitteilung von Wissen in der Öffentlichkeit unterstellt werden kann. Wenn dies nicht der Fall ist, ist auch dieser Indikator wenig aussagefähig. In den USA, wo dieser Indikator als relevant angesehen wird, führt dies etwa zu einer Inflationierung der Aktivitäten, die zu Lasten der Qualität nicht selten zu Aktionismus verkommen.

Praxiserfahrung der Lehrenden

Dabei wird unterstellt, daß, da Lehre zur Berufsqualifikation dienen soll, diejenigen Lehrenden eine höhere Qualität darstellen können, die selbst in der Praxis, für die gefordert wird, auszubilden, tätig waren oder noch sind. Dies scheint plausibel, ergibt sich doch daraus die Chance zum Kontakt zu aktuellen betrieblichen Entwicklungen und die Möglichkeit zu Diplomarbeiten, Praktika, Einstiegstellen etc. Fraglich ist jedoch, ob und inwieweit die Lehrenden diese Potentiale auch tatsächlich einbringen, denn nur dann bedeuten sie Qualität, oder ob sie den Praxiskontakt nicht eher für eigene Aktivitäten (Beratungsaufträge, interne Seminare etc.) ausnutzen. Dann ist der Effekt zumindest sehr indirekt (obgleich Gegenteiliges immer wieder behauptet wird.) Außerdem kommt es darauf an, welche berufspraktischen Erfahrungen erlangt worden und inwieweit diese relevant für die Lehre sind. Zugleich wird dabei unterstellt, daß es die besonders erfolgreichen Manager in den Hochschuldienst (Berufsbeamtentum) zieht, was zumindest zu erhärten wäre.

Studiendauer

Hinter diesem Merkmal steht die Hypothese, daß eine hohe Lehrqualität zu einem effektiveren Wissenstransfer führt und damit geeignet ist, eine gegebene Stofffülle in kürzerer Zeit zu vermitteln als dies bei vergleichsweise geringerer Lehrqualität der Fall ist. Dann wäre aber die Studiendauer ein Indikator für die Qualität der Lehre. Dem ist

FH-Trends

Orthopädie- und Rehathechnik, Gießen-Friedberg

Mit Orthopädie- und Rehathechnik startet an der FH Gießen-Friedberg zum Wintersemester 1997/98 ein neuer Studiengang, der bundesweit Modellcharakter hat. Bisher gab es in Deutschland eine handwerkliche, aber keine Hochschulausbildung für Orthopädie- und Rehathechnik. Der neue Studiengang an der FH in Gießen schließt diese Lücke und bietet die Möglichkeit, in acht Semestern beide Qualifikationen zu erwerben: den Abschluß als Diplom-Ingenieur und den Meisterbrief im Orthopädie- und Bandagisten-Handwerk. Dabei kooperiert die Fachhochschule mit der Bundesfachschule für Orthopädiertechnik (BuFa) in Dortmund. Nach einem zweisemestrigen Grundstudium in Gießen und den ingenieurwissenschaftlichen Grundlagenfächern des dritten Semesters absolvieren die Studierenden einen Teil des Hauptstudiums (Sem. 4 und 5) an der BuFa in Dortmund, wo der Praxisbezug vertieft wird. Danach kehren sie an die FH zurück und können dort während der letzten Phase (6. - 8.Sem.) als Studienrichtungen Technik oder Betriebswirtschaft wählen. So haben sie die Möglichkeit - je nach Interesse - den Schwerpunkt auf das Management oder technologisch-apparative Aspekte zu legen.

Eine weitere Besonderheit dieses Studienangebots besteht darin, daß hierbei eine staatliche Hochschule und ein privates Lehrinstitut zusammenarbeiten. Das Studium an der FH ist gebührenfrei, während die Ausbildung an der BuFa 19.000 DM pro Person und Jahr kostet. Diese Kosten übernimmt der Bundesinnungsverband für Orthopädiertechnik komplett, so daß die Studierenden die finanzielle Belastung nicht tragen müssen.

PM der FH Gießen-Friedberg v. 18.06.1997, Is.

Diplomstudiengang Chemie an der FH Rhein-Sieg

Die FH Rhein-Sieg bietet erstmal den Studiengang Chemie mit dem Abschluß Diplom-Chemikerin/Diplom-Chemiker (FH) an einer Fachhochschule in Deutschland an. Aufgrund der praxisnahen und anwendungsorientierten achtsemestrigen Ausbildung wird eine Brücke geschlagen zwischen einem stark forschungsorientierten Universitätsstudium und dem produktions- und verfahrenstechnisch orientierten Studium des Chemieingenieurs. Inhaltlich wird der streng modular in fest umrissenen Lehrheiten aufgebaute Studiengang Chemie eng mit dem Studiengang Werkstofftechnik verknüpft sein. 75 % der Lehrinhalte des Grundstudiums sind identische Studienmodule. Das Hauptstudium umschließt ein Praxissemester im In- oder Ausland und erlaubt eine Wahl zwischen den Studienschwerpunkten Werkstoffchemie, Pharmazeutische Chemie und Management, Recht, Sicherheit.

PM der FH Rhein-Sieg v. 15.07.97, Is.

jedoch offensichtlich nicht so, zumal Studierende angehalten werden sollten (oder zumindest nicht davon abgehalten werden können), auch einmal „rechts oder links„ des Curriculums Anregungen zur Persönlichkeitsentwicklung zu suchen, sei es durch Schnuppern in anderen Fachbereichen/Fakultäten, durch Praxissemester, Auslandsaufenthalte etc. Diese verlängern jedoch notgedrungen die Studiendauer, obgleich sie eher zu einer Verbesserung der Qualifikation der Absolventen führen dürften. Zudem kann eine kürzere Studiendauer auch von einer Limitierung der Lehrinhalte auf das Notwendigste herrühren oder eine längere Studiendauer durch die finanzielle Situation der Studierenden verursacht sein.

Vorlesungsinhalte

Dazu wird bei einem Screening der Vorlesungsinhalte angesetzt, um aus diesen auf die Lehrqualität zu schließen. Abgesehen davon, daß die Freiheit der Lehre hier eine große Bandbreite erschließt, ist auch die Bewertung von Vorlesungsinhalten kaum objektivierbar: Zudem kommt es nicht nur darauf an, was vermittelt wird, sondern vor allem, wie es vermittelt wird. Hier stößt auch die Praxisrelevanz der Lehrinhalte als Qualitätskriterium an enge Grenzen, denn die Praxis schlechthin gibt es nicht. Vielmehr werden die beruflichen Optionen immer vielfältiger, d.h. für jeden der Studierenden sieht seine Praxisrelevanz gänzlich anders aus. Insofern kann die Hochschule auch um so weniger auf die Praxis vorbereiten, je heterogener diese wird. Abstrahiert ein Lehrender daher von der Spezifika des Einzelfalls, bedeutet dies nicht eine mindere Lehrqualität, sondern vielleicht sogar eine höhere, weil die Vermittlung von Methoden- und Sozialkompetenz Studierende viel eher in die Lage versetzt, vielfältigen Praxisanforderungen gerecht zu werden als kasuistische Vertiefungen. Zumal Studierende oftmals nicht einmal wissen, welche Praxis sie einschlagen werden oder ob es sie im Laufe ihres Berufsweges in ganz andere Bereiche verschiebt als geplant.

Vorlesungsstil

Hier wird zumindest schon einmal beim Prozeß der Dienstleistung angesetzt, statt bei mittelbaren Ergebnissen. Eine Bewertung kann hier nur durch die „Kunden„, also Studierende, erfolgen. Dabei scheint es jedoch fraglich, ob Studierende wirklich im Sinne von Kunden zu betrachten sind (so wie die Hochschule keine Fabrik im betriebs-

wirtschaftlichen Sinne ist), denn generell ergibt sich allein aus ihrem Status, daß sie kaum in der Lage sind, angemessen zu beurteilen, was ihnen weiterhilft und was nicht. Insofern kommt es also nicht darauf an, den „Kundenanforderungen„ gerecht zu werden, sondern etwa den Anforderungen der Wirtschaft, die den Lehrenden eher bekannt sein dürften als den Studierenden. Von daher werden viele Aspekte, die Lehrqualität bedeuten, wie die Verarbeitung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, z.B. aus der sich schwieriger erschließenden amerikanischen Literatur, nicht als relevant erkannt und bei Erhebungen der Lehrqualität nicht erfaßt. Statt dessen werden viele Aspekte, die tatsächlich wenig für Lehrqualität sprechen, wie „mundgerecht„, aufbereitete Vorlesungsskripte, Berücksichtigung nur klausurrelevanter Stoffinhalte etc., von Studierenden interessengeleitet hoch geschätzt und damit bei Erhebung positiv vermerkt. Dies führt aber geradezu in die Irre.

Noten

Dies ist eine äußerst einfache Erhebungsbasis. Danach bedeutet eine höhere Anzahl guter Noten überdurchschnittliche Prüfungsleistungen, die wiederum auf hohe Lehrqualität zurückzuführen sind. Daß dem nicht so ist, ist offensichtlich, denn bessere Noten kommen auch aufgrund leichter bewältigbarer Prüfungsinhalte, wohlwollender Zensierung oder auch schon einmal hoher studentischer Begabung zustande. Zudem ist es dann für die „Dienstleister„, (also die Lehrenden) ganz einfach, die Beurteilung der Lehrqualität zu manipulieren, nämlich durch entsprechende Notenvergabe.

Anzahl Abschlußarbeiten

Dabei wird aus der Anzahl der bewältigten Diplomarbeiten auf Lehrqualität geschlossen, einerseits, weil dies auf viel Engagement schließen läßt, was ein wichtiger Indikator für Lehrqualität wäre, andererseits, weil bei freier Wahl des Betreuers eine hohe Präferenz für einen Lehrenden auf hohe Akzeptanz durch seine Studierenden schließen läßt, was ebenso ein Indikator für Lehrqualität ist. Aber viele Diplomarbeiten können auch ganz simpel auf Zweifel an der Betreuungsqualität schließen lassen, wenige Diplomarbeiten auf eine um so intensivere, bessere Betreuung. Zudem ist die Infrastruktur des Lehrstuhls (Mitarbeiter, Geldmittel, technische Ausstattung etc.) zumindest mitentscheidend für die Kapazitätsbeurteilung. Auch

werden Abschlußarbeiten zuweilen für die Verwertung in der professoralen Forschung instrumentalisiert, rühren also aus ganz anderen Motiven her als der Lehrqualität.

Forschungsaktivitäten

Diesem Kriterium liegt zugrunde, daß ein hohes Engagement in der Forschung ein mindestens gleichermaßen hohes Engagement in der Lehre vermuten läßt. Ebenso berechtigt wie diese Hypothese ist aber auch eine gegenteilige Hypothese, die besagt, daß Lehrende innerhalb einer gegebenen Kapazität ihren Aufwand notgedrungen zwischen Forschung und Lehre einteilen müssen. Das bedeutete aber, daß ein hoher Forschungsaufwand gerade auf einen geringen Lehraufwand deuten würde. Zudem ist durchaus die Qualität der Forschung ebenso zu hinterfragen wie die der Lehre. Weiterhin ist zu bedenken, inwieweit die Forschungsergebnisse tatsächlich in die Lehre eingebracht werden (können) oder inwieweit sie eher der Mehrung des Renommées des Lehrenden dienen.

Drittmittelförderung

Darunter versteht man die Akquisition von Geld- (oder Sach-)mitteln, die zu Aktivitäten der Hochschule führen, ohne daß ihr Aufwand aus deren Haushalt stammt. Da es sich dabei zumeist um Forschungsmittel handelt, gilt die gleiche Hypothese wie oben genannt. Erweiternd kommt hinzu, daß zu klären wäre, inwieweit der Lehrende persönlich in diese Forschung involviert ist, die Zielen außerhalb der Hochschule dient. Die gesetzlichen Bestimmungen sehen hier allerdings eine rigide Trennung zwischen beruflichen und privaten Vergünstigungen vor, gegen die zu verstoßen mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden ist.

Didaktik

Dabei wird versucht, die Lehrqualität aus der wahrgenommenen Didaktik der Veranstaltungen (Vorlesungen, Übungen, Seminare etc.) abzuleiten. Dies setzt naturgemäß einen Beurteiler voraus, der mit den didaktischen Grundregeln vertraut ist. In der Hochschulpraxis ist es jedoch häufig so, daß die didaktische Lehrqualität von Personen beurteilt wird, die sich die Materie eher intuitiv erschließen (das gilt für Studierende ebenso wie für Lehrkollegen etwa bei Probevorlesungen). Dann werden aber meist die eigenen und eben nicht fundierte didaktische Maßstäbe ange-

legt, so daß die Beurteilung der Lehrqualität fraglich bleibt. Zudem kommt es eben nicht allein auf Vortragsstil, Interaktion, Vorlagen etc. an, sondern ganz entscheidend darauf, was genau Inhalt dieser Lehre ist. Weiterhin ist für die Beurteilung durch Kollegen eine gewisse Solidarität der Lehrenden untereinander bzw. für Beurteilung durch Studierende eine gewisse Abhängigkeit ihrerseits zu beachten, die zu einer Wahrnehmungsverzerrung der Lehrqualität führen mag.

Ausbildungsstätte

Hierbei wird von der Provenienz der Lehre auf deren Qualität geschlossen, zu denken ist etwa an die weithin bewunderten Elite-Hochschulen in USA, Frankreich, Großbritannien oder, eingeschränkt, auch hierzulande. Eine Schlußfolgerung könnte sein, deren Lehre somit als hochqualitativ zu betrachten und deshalb als Maßstab auch auf andere Hochschulen zu übertragen. Dabei unterliegt man aber einem Zirkelschluß. Denn die Qualität der Lehre wird danach deshalb als hochwertig angesehen, weil es sich um führende Hochschulen handelt, diese Führungsposition haben sie aber eben nur erreicht, weil ihre Lehrqualität überdurchschnittlich ist.

Insofern bleiben zunächst die beiden wichtigsten Fragen der Qualität der Lehre offen, nämlich, was wird gemessen und wer mißt. Selbst wenn diese Fragen zufriedenstellend beantwortet werden können, bleibt das Problem der objektivierenden Vergleichsbarmachung von Qualitätsurteilen zwischen verschiedenen Lehrenden, zwischen verschiedenen Hochschulen und für beide Dimensionen im Zeitablauf. Ohne Benchmarks, was als gute Lehrqualität zu gelten hat und was nicht, besteht die Gefahr, daß als überdurchschnittlich erachtete Beurteilungen tatsächlich nur weniger schlechte Lehrqualität von schlechter Lehrqualität differenzieren - und umgekehrt. □

Forschungshandbuch

Die zweite Auflage des Forschungshandbuches - Hochschul- und wissenschaftsfördernde Institutionen und Programme ist erschienen. Es will die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für Forschungsprojekte erleichtern. Auf 371 Seiten wurde eine Fülle von Insiderwissen zusammengetragen. Der Preis des Buches beträgt 23,50 DM. Es kann bei Dr. Peter Großkreuz über e-mail grosskreuz@mbww.rpl.de bestellt werden.
Hubert Mücke

FH-Trends

Doppeldiplom im Studiengang

Europäisches Transportmanagement, Oldenburg

Zum WS 1997/98 kann der Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Oldenburg einen neuen Studiengang anbieten. Europäisches Transportmanagement (ETM) ist ein integrierter europäischer Studiengang, der von zur Zeit drei Hochschulen innerhalb der EU angeboten wird. Die FH Oldenburg hat ETM zusammen mit den verkehrswirtschaftlich renommierten Hochschulen in Southampton (GB) und Vlissingen (NL) auf der Basis ihrer internationalen Erfahrungen entwickelt. Das ETM Studium ist ein Fachhochschulstudium, das auf wissenschaftlicher Grundlage auf die Tätigkeit eines Diplom-Wirtschaftsingenieurs in der Verkehrswirtschaft vorbereitet. Das achtsemestrige Studium ist durch die Schwerpunkte Transportmanagement, Logistik und Transporttechnologie sowie Fremdsprachen gekennzeichnet. In das Hauptstudium (fünf Semester) sind zwei Auslandssemester und ein Praxis-/Diplomarbeitsemester eingebunden. Es schließt aufgrund der Integration von zwei Auslandssemestern mit einer „dual qualification“ ab: neben dem Diplom der Heimathochschule wird auch das der gewählten Partnerhochschule verliehen.

PM der FH Oldenburg v. 13.05.1997, Is.

Internationale Studienangebote

an der Abteilung Jülich der FH Aachen

Das gesamte deutschsprachige Angebot der FH Aachen am Standort Jülich wird in Zukunft für Ausländer ohne Deutschkenntnisse und interessierte Inländer von Anfang an in englischer Sprache angeboten. Möglich wurde dieses Angebot durch die Förderung des BMBF im Rahmen der Ausschreibung für „Auslandsorientierte Studiengänge an deutschen Hochschulen“. Wegen der erwarteten großen Nachfrage wird die Hochschule ihre Studierenden in einem gesonderten Verfahren für diese Studiengänge auswählen. Das Studium dauert vier Jahre und schließt mit dem jeweiligen Diplom der FH sowie der beteiligten Partneruniversität ab, an der jeweils ein Studienjahr stattfinden wird. Partnerhochschulen für dieses Programm sind bisher die Curtin University in Perth und die University of Technology in Sydney (beide Australien).

Journal der FH Aachen 2/97, S. 11, Is.

Internationaler Studiengang

Wirtschaftsingenieurwesen Bau

Ab dem Wintersemester 1996/97 bietet die Fachhochschule Lippe im Fachbereich Bauingenieurwesen der Abteilung Detmold den neuen international ausgerichteten Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen Bau (WIB) als grundständigen und damit in Nordrhein-Westfalen insoweit einzigartigen Studiengang an.

Das Ausbildungsangebot richtet sich vor allem an Studienanfänger, die an einer internationalen Bautätigkeit interessiert sind und berücksichtigt insbesondere das Training für den Einsatz auf Auslandsbaustellen.

Dr. (USA) Andrea Koblowski-Klee, FB Bauingenieurwesen/AAA, FH Lippe, Abteilung Detmold

Mathe schlecht - Bio gut

Die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) legt die dritte internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie (TIMSS) vor. „TIMSS“ untersucht Schülerinnen und Schüler in 41 Ländern aus drei Altersgruppen, die sich in jeweils unterschiedlichen Phasen ihrer Schul- und Bildungslaufbahn befinden, auf ihre Kenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften am Ende der 8. Jahrgangsstufe. Die Ergebnisse der dritten Studie liegen hiermit vor.

Hinsichtlich ihrer Mathematikkenntnisse liegen deutsche Schüler am Ende der 8. Jahrgangsstufe in einem breiten mittleren Leistungsbereich zusammen mit den angelsächsisch beeinflussten Ländern wie Australien, England und den USA. Besser schneidet eine Gruppe ab, die im wesentlichen von Ländern Nord-, Mittel- und Osteuropas gebildet wird. Die Spitzengruppe bilden Japan (Platz 3), Korea (Platz 2) und mit spürbarem Abstand Spitzenreiter Singapur. Im Mathematikunterricht dieser Länder wird ein Niveau des Verständnisses von mathematischen Konzepten und Verfahren realisiert, das in Ländern der breiten Mittelgruppe (wie Deutschland) nur eine kleine Minderheit der Schülerinnen und Schüler erreicht.

Die mittleren Mathematikleistungen der Schüler an deutschen Gymnasien liegen deutlich oberhalb der Werte, die von den drei übrigen Schulformen Haupt-, Real- und Gesamtschule erreicht werden. Die Leistungsunterschiede zwischen den Schulformen entsprechen den Lernfortschritten mehrerer Schuljahre. Allerdings ist die Leistungsstreuung auch am Gymnasium beträchtlich. Ein substantieller Teil der Gymnasiasten beherrscht am Ende der 8. Jahrgangsstufe gerade Routineverfahren.

Auffälligster Befund im naturwissenschaftlichen Bereich ist das Fehlen einer extrem leistungsfähigen Ländergruppe. Das Feld der untersuchten Länder liegt insgesamt näher zusammen. Das mittlere Leistungsniveau deutscher Schüler liegt höher als in Mathematik, wogegen Länder wie Dänemark, Frankreich, Hongkong und osteuropäische Länder schwächere Leistungen aufweisen als in Mathematik.

Quelle: *Mitteilungsblatt der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW* 162, September 1997

Interessenten fordern den vollständigen Text bei der h/b-Geschäftsstelle (Fax: 0228-354512) an.

Arbeitsmittel abzugsfähig

Die Finanzgerichte von Baden-Württemberg (Urteil vom 19.11.1996) und Schleswig-Holstein (Urteil vom 12.12.1996) haben entschieden, dass Arbeitsmittel von der Beschränkung des Abzugs von Arbeitszimmeraufwendungen und Ausstattungskosten auf 2400 DM ausgenommen sind. Arbeitsmittel sind als Werbungskosten voll abzugsfähig, wenn die Wirtschaftsgüter ausschließlich oder ganz überwiegend der Berufsausübung dienen, wie Fachbücher und Fachzeitschriften. Aufwendungen für ein Arbeitsmittel können auch dann Werbungskosten sein, wenn sie zwar ungewöhnlich hoch, aber bezogen auf die berufliche Stellung und die Höhe der Einnahmen nicht unangemessen sind.

Keine Umsatzsteuerbefreiung für An-Institute

Nach § 4 Nr. 21 UstG sind die Umsätze der staatlichen Hochschulen aus Forschungstätigkeit von der Umsatzsteuer befreit. Institute „an“ einer Hochschule, die privatrechtlich organisiert

sind, gehören nicht zum hoheitlichen Bereich einer Hochschule. Diese Institute können die Umsatzsteuerbefreiung daher nicht in Anspruch nehmen. Sie können aber unter bestimmten Umständen den ermäßigten Steuersatz gelten machen. Die hierfür zugrundezulegenden Vorschriften stellt Ihnen der *h/b* gerne zur Verfügung.

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen am 17. April 1997

Spielerisch lernen

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt seit einigen Jahren Computerspiele auf den Prüfstand. Nur wenige halten einer pädagogischen Beurteilung durch Experten und Anwender statt. Gut abgeschnitten hat der Spiele Klassiker SIMCITY 2000. In der Rolle des Städteplaners und Bürgermeisters gilt es, Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete anzulegen, Kraftwerke zu errichten, Eisenbahnen, Straßen, Brücken usw. zu erbauen. Entscheidend bei SIMCITY ist die hohe Komplexität, die sich dadurch ergibt, dass alle Elemente miteinander verknüpft sind. Senkt man z.B. die Steuern, verringern sich die Einnahmen der Kommune. Erhöht man die Steuern, führt dies zu allgemeiner Unzufriedenheit, so daß z.B. Unternehmen abwandern.

Gut beurteilt wurde auch die unterhaltsam und informativ gestaltete „Kurze Geschichte der Zeit“. Ein Spiel, das auf dem gleichnamigen Buch von Stephen W. Hawking aufbaut. Das Programm ist ein Versuch, komplexe Theorien über die Entstehung des Universums als multimediales „Infotainment“ zu präsentieren.

Lehrveranstaltungs-kritik

Die Lehrbeurteilung muss prinzipiell als Resultat meh-

rerer Faktoren konzipiert werden. Ihr Ergebnis ist die Summe von Dozentenverhalten, Studentenverhalten, Rahmenbedingungen und der Interaktion. Lediglich 31% des Beurteilungsergebnisses können dem dozentenengagement zugeschrieben werden. Der Großteil studentischer Beurteilung geht auf Dozentenunabhängige Faktoren, wie Thema und Lehrveranstaltungsart, zurück, so das Ergebnis einer von Heiner Rindermann, Universität München, vorgelegten umfassenden Auswertung vorhandener Daten von Evaluationen, die an verschiedenen Hochschulen durchgeführt wurden. Aufgrund einer Veranstaltungskritik könne kein zuverlässiges Urteil über die Lehrqualifikation eines Dozenten gefällt werden. Hierzu müssten mindestens vier bzw. neun Veranstaltungen herangezogen werden, um messgenau oder sehr messgenau Ergebnisse zu erhalten. Hierbei sei auf eine ausgewogene Repräsentanz der Veranstaltungsarten Vorlesung, Seminar, Übung aus Grund- und Hauptstudium zu achten.

Psychologie in Erziehung und Unterricht 1997

Determinanten der Studiendauer

Merkmale der Studien- und Prüfungsgestaltung bzw. -organisation determinieren fast vollständig die fachspezifische Studiendauer. Hierbei stehen Regelstudienzeit und Regelungsdichte als Einflußgrößen an erster und zweiter Stelle noch vor der Examensphase und der Organisation von Praktika ausserhalb der Hochschule, so das Ergebnis einer Untersuchung der HIS.

Allerdings treten fachspezifische Determinanten nicht allein und isoliert, sondern in Verbindung mit anderen Merkmalen auf. Studiengänge mit grossen Freiräumen in der Studiengestaltung sind häufig gleichzeitig durch schlechte Arbeitsmarktchan-

cen, grosse Studierendenzahlen und stark ausgeprägte Bildungsorientierung der Studierenden gekennzeichnet; in anderen Studiengängen, z.B. Wirtschaftswissenschaften tritt eine grössere Regelungsdichte zusammen mit einer geringen Bildungsorientierung und vergleichsweise guten Berufsaussichten auf. Als Gründe für ein Überschreiten der Planstudendauer gaben 26 % der befragten E-Technik Studenten an Fachhochschulen fachliche Probleme an, 28 % nannten persönliche Gründe und 26 % Erwerbstätigkeit und finanzielle Probleme. Ähnlich hoch lagen die entsprechenden Angaben der BWL-Studierenden und der Studierenden des Sozialwesens. Allerdings lag hier der Anteil der Studierenden mit fachlichen Problemen niedriger.

HIS Kurzinformationen A 1/97

Hohe Erfolgsquoten an den Fachhochschulen

Ihrer fächerspezifischen Prognose der deutschen Hochschulabsolventen bis 2002 legt die KMK folgende Erfolgsquoten zugrunde: Für das Jahr 1994 wurden Verbleibequoten in Höhe von 77% bei den Universitäten und 92% bei den Fachhochschulen ermittelt. Die Verbleibequoten geben an, wieviele Studienanfänger eines Jahrgangs das Hochschulsemester erreichen, das für das Ablegen des Exams notwendig ist. Aus den Verbleibequoten zuzüglich der Examenserfolgsquoten (Uni 93,3%, FH 96,5% in 1992) ergeben sich studienanfängerbezogene Erfolgsquoten von etwa 72% bei den Universitäten und etwa 89% bei den Fachhochschulen. Hiermit werden die niedrigen Schwund- und Abbrecherquoten der Fachhochschulen bestätigt. *KMK*

Führungskräfte mit FH-Diplom

Mittlerweile besitzen 21 % der Führungskräfte in der Wirtschaft einen FH-Abschluss. Bei den bis zu 39-jährigen allerdings sind die FH-Absolventen nur mit knapp 9% vertreten. Ihre Karriere verläuft im allgemeinen langsamer. Sie konkurrieren zunehmend mit promovierten Universitätsabsolventen, die allein 57% der Führungskräfte in der gleichen Altersgruppe bis 39 Jahre ausmachen.

Am stärksten sind FH-Absolventen in den Führungsetagen des Bergbaus (38% aller Führungskräfte), den Führungsetagen der Holzbranche (33% aller Führungskräfte), in den Metall- und Elektrounternehmen einschließlich Stahl (31% aller Führungskräfte), im Baubereich (32% aller Führungskräfte) und in den Führungsetagen des Handels (18% aller Führungskräfte) vertreten.

Union der Leitenden Angestellten, März 1997

Arbeitsmarkt

Trotz der gegenwärtigen Krise am Ingenieurarbeitsmarkt waren die Ingenieure auch im Jahr 1996 die meistgefragte Gruppe. 33% aller Stellenanzeigen suchten Ingenieure, 18% Wirtschaftswissenschaftler. Den grössten Zuwachs, nämlich 60%, konnten die Informatiker und Datenverarbeitungsspezialisten verbuchen. Neben Einbußen in den von der Baukonjunktur abhängigen Ingenieurfachrichtungen war eine leichte Erholung in den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik zu spüren. Während die Nachfrage nach Akademikern in den alten Ländern um 10% anstieg, sank sie in den neuen Bundesländern um 15%. Mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage nach Ingenieuren ist in den nächsten Jahren zu rechnen. Der Prozeß des lean managements ist

abgeschlossen. Insider sprechen davon, es habe sich „tot-ge-lean“.

Bundesanstalt für Arbeit

Niederlande setzen auf Internationalität

Die Niederlande stellen in den kommenden zwei Studienjahren weitere drei Millionen Gulden für Stipendien für Fachhochschul- und Universitätsstudenten bereit, die einen Teil ihres Studiums in einem anderen EU-Land absolvieren möchten. Voraussetzung ist, daß die Studienleistungen von der niederländischen Hochschule anerkannt werden. Überdies können mit Beginn des Studienjahres 98/99 eintausend Studenten mit staatlicher Ausbildungsförderung ein vollständiges Auslandsstudium durchlaufen. Darüber hinaus erhalten die Hochschulen 9,1 Millionen Gulden für die strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen in Europa unter der Bedingung, daß sie selbst für diesen Zweck einen Betrag in gleicher Höhe aufwenden.

Niederländisches Bildungsministerium, September 1997

Fachhochschulen droht Personalmangel

Der Ausschuß Bildungsplanung der Bund-Länder-Kommission hat einen Bericht zur „Langfristigen Personalentwicklung im Hochschulbereich der alten und neuen Länder“ vorgelegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2005 an den Universitäten der alten Länder ein Überhang von 3.700 bis 8.000 Stellen bestehen wird, in den neuen Ländern von 4.800 bis 5.800 Stellen.

An den Fachhochschulen in den alten Ländern ist mit einem Stellendefizit von 1.500 bis 2.100 Stellen zu rechnen. An den Fachhochschulen in den neuen Ländern wird ein Stellendefizit von 2.300 bis 2.900 erwartet.

BLK/HRK

Doppelqualifizierer

An den Fachhochschulen ist der Anteil der „Direktstudenten“, die mehr oder weniger unmittelbar nach Erwerb der Hochschul- oder Fachhochschulreife ein Studium an der Fachhochschule aufnehmen, stark rückläufig, so das Ergebnis einer HIS-Studie. Sowohl Studienbewerber mit allgemeiner Hochschulreife als auch Doppelqualifizierer mit beruflicher Ausbildung und Hochschulreife werden in Zukunft für die Fachhochschulen ein wachsendes Potential darstellen. Denn der „klassische“ Zugangsweg, der Bereich der beruflichen Bildung bzw. das duale Bildungssystem, gerät immer mehr in die Defensive. U.a. wird dies daran deutlich, daß die Fachoberschulen im Laufe der vergangenen 15 Jahre einen Rückgang der Schülerzahlen von 100 auf 69% verzeichnen, im Bereich Sozialwesen auf 58%, im technischen Bereich gar auf 48%. Die Doppelqualifizierer informieren sich gründlich über die Anforderungen des Studiums. Sie neigen weniger dazu, das Studienfach zu wechseln und beabsichtigen, das Studium in der Regelstudienzeit zu beenden. Auch studieren sie im Durchschnitt zügiger als Direktstudenten. Darüber hinaus orientieren sie die Wahl der Studienschwerpunkte in stärkerem Maße an Kriterien der beruflichen Verwertbarkeit.

HIS-Kurzinformation A 6/97

Die Meldungen stellte Hubert Mücke, hlb-Bonn, zusammen.

Kompetenz-Selbsteinschätzungen von Studenten

- ein Alternativvorschlag zur Evaluierung des Hochschulunterrichts

Im SS 97 wurde im Schwerpunkt Marketing und Vertrieb am Fachbereich Betriebswirtschaft der FH Landshut der Versuch unternommen, den „Erfolg“ des Hochschulunterrichts anhand einer berufsfeldorientierten Kompetenzeinschätzung der Absolventen zu messen.

Prof. Dr. Peter Winkelmann
 Fachhochschule Landshut
 Fachbereich Betriebswirtschaft
 Marketing und Vertrieb
 Am Lurzenhof 1
 84036 Landshut



Jüngst erschien eine, von einem gewissen Stolz geprägte Pressemeldung der Fachhochschule München, daß man sich dort nun in der Lehre „bewerten“ lasse.¹⁾ Dies möchte der Verfasser, der über viele Jahre in Mitarbeiter- und Leistungsbeurteilungen der Industriep Praxis engagiert war, zum Anlaß für ein paar Nachdenklichkeiten und einen eigenen Vorschlag nehmen.

Falls die Bildungsverantwortlichen

- ein großes Mißtrauen verspüren, daß Berufungsverfahren die richtigen Professoren an die Hochschule bringen,
- das Ziel verfolgen, die Lehre, eine nicht greifbare Dienstleistung und die darin agierenden Persönlichkeiten, zu normieren,
- eigene Verantwortungen zur Mitarbeiterführung an Dritte (= Studenten; zugegeben Betroffene) abwälzen wollen,
- sich unter Druck sehen, etwas aus USA „abzukupfern“, was dort hinter den Kulissen ominös läuft
- oder gar - so etwas könnte ja auch möglich sein - ein Auswahlinstrument wünschen, um besonders positiv bewerteten Professoren mehr Einkommen und bessere Ausstattung zu geben,
- dann könnte man die Intensität verstehen, mit der das Thema derzeit ausschließlich auf Dozenten fokussiert wird.

Geht es aber nicht vielmehr um die Hochschulabsolventen selbst, die hinsichtlich zukünftiger Berufsfeldanforderungen zu beurteilen wären. Wenn ein Student sich fachlich und persönlich kompetent und standfest ausgebildet sieht, ist es dann nicht völlig egal, ob der Dozent fröhlich oder langweilig, gradlinig oder weitschweifend, schulisch streng oder akademisch freizügig seinen Unterricht hält? Und die momentanen Evaluierungsüberlegungen werden stark auf derartige Persönlichkeitsmerkmale von Professoren hinauslaufen; auf vermeintliches Engagement, Wohlverhalten gegenüber Studenten und auch auf

studentenfreundliche Finessen im Unterricht. Um fachliche Professorenleistungen wird es eigentlich nicht gehen können. Denn die Studenten haben ja - gemäß dem Sinn ihrer Hochschulwesenheit - noch nicht das Wissen und die Vergleichsmöglichkeit, um die fachliche Eignung der Dozenten bewerten zu können.

Wie kann nun die alternative Überlegung verwirklicht werden, daß sich Studierende einer Evaluierung unterziehen. Ein Beispiel aus dem Marketing-/Vertrieb-Absolventenjahrgang des SS 97 soll dies aufzeigen.

Berufliche Herausforderungen

Zu Beginn des Semesters definierten die 21 Studierenden in Gruppenarbeit je 8 fachliche und 8 persönliche Berufsherausforderungen. Was würden sie als die schwersten Aufgaben ansehen, die in den ersten Wochen nach Berufseinstieg auf sie zukommen könnten („Absolventen-Horrorvisionen“)?

Prioritätensetzung

Nach einem Punktevergabeverfahren legten die Studenten dann für diese 16 Herausforderungen eine Rangfolge fest. In Landshut hat sich demgemäß ergeben:

A. Fachliche Herausforderungen:

1. eine Marketing-Konzeption gegen ein besseres Wettbewerbsprodukt erarbeiten (28 Punkte),
2. als Junior-PM eine „Produktnotie“ retten müssen (25 Punkte),
3. Absprung eines Key Account³⁾ persönlich verhindern (24 Punkte),
4. sich fachlich in ein kritisches Team mit extrem hohen Zielvorgaben einfinden (20 Punkte),
5. Verantwortung für den Aufbau eines Vertriebsbüros in Moskau übernehmen (19 Punkte),
6. gleich beim Berufsstart als Produktmanager (PM) Sanierungsverantwortung für ein niedergehendes Produkt übernehmen (17 Punkte),
7. eine total schief laufende Werbekampagne retten (14 Punkte),
8. wenige Wochen nach Berufsstart ein Audit durch die US-amerikanischen Muttergesellschaft koordinieren (13 Punkte).

B. Persönliche Herausforderungen:

1. Einen Mitarbeiter entlassen, mit dem man freundschaftlich verbunden ist (35 Punkte),
2. als Neuling auf unberechtigte Kritik des Chefs vor anderen reagieren (34 Punkte),

3. sich siegreich gegen Mobbing wehren (23 Punkte),
4. schon bei Berufsstart Führungsverantwortung für ältere Mitarbeiter übernehmen (22 Punkte),
5. nach einer gescheiterten Präsentation vor der Geschäftsleitung persönlich Haltung bewahren (20 Punkte),
6. sicheres Auftreten gegenüber Vorgesetzten und Großkunden zeigen (19 Punkte),
7. im Verkaufsgespräch persönliche Abneigung gegen den Gesprächspartner überwinden (19 Punkte),
8. einen Loyalitätskonflikt zwischen eigenen und firmenbezogenen Wertvorstellungen offen zur Sprache bringen (7 Punkte).

Um das Verfahren überschaubar zu halten, wurden dann nur jeweils die 4 Herausforderungen mit den meisten Prioritätspunkten weiterverfolgt.

Anfangs-Evaluierung

Im nächsten Schritt hat jeder Student persönlich und anonym Wertungen abgegeben, wie gut er/sie sich „here and now“ diesen Herausforderungen gewachsen fühlt. Hier stecken die Energien, die die Studenten im Einstellungs-gespräch an Personalverantwortliche überbringen und mit denen sie die bezeichneten Aufgaben in der Praxis auch anpacken würden. Die Wertungen lie-

gen in einer Spannweite zwischen 1 (würde mich der Aufgabe überhaupt nicht gewachsen sehen) und 10 (= 100%, würde mich der Aufgabe in vollem Umfang gewachsen sehen).

A-Auswertung

Die Beurteilungen der Studierenden ergaben dann das Bild gemäß den A-Werten der Abbildung 1 (A steht für Semesteranfang, E für Semesterende). Die größten fachlichen Probleme sehen die Studenten bei der Aufgabe, selbstverantwortlich als PM ein gefährdetes Produkt zu retten (Kompetenzgrad 44%). Persönlich würde sie eine (geschäftlich notwendige) Entlassung eines persönlich nahestehenden Mitarbeiters am stärksten belasten (Kompetenzgrad 45%). Am besten gewappnet fühlen sich die Studierenden in Bezug auf fachliche Mitarbeit in einem kritischen, d.h. unter hohen Zielsetzungen arbeitenden Team (A-Fachkompetenz 60%) und in Bezug auf eine Führung älterer Mitarbeiter (A-Sozialkompetenz 64%). Im Durchschnitt schätzen die Studenten zu Beginn des Semesters ihren fachlichen Kompetenzstand auf 53% und ihre Führungskompetenz auf 55% ein.

Die aufgezeigte Vorgehensweise verpflichtet den Dozenten zu persönlichkeitsbildenden und führungsbezogenen Ausbildungsinhalten. Aber dies ist ja

ohnehin ein Markenzeichen des Fachhochschulunterrichts.

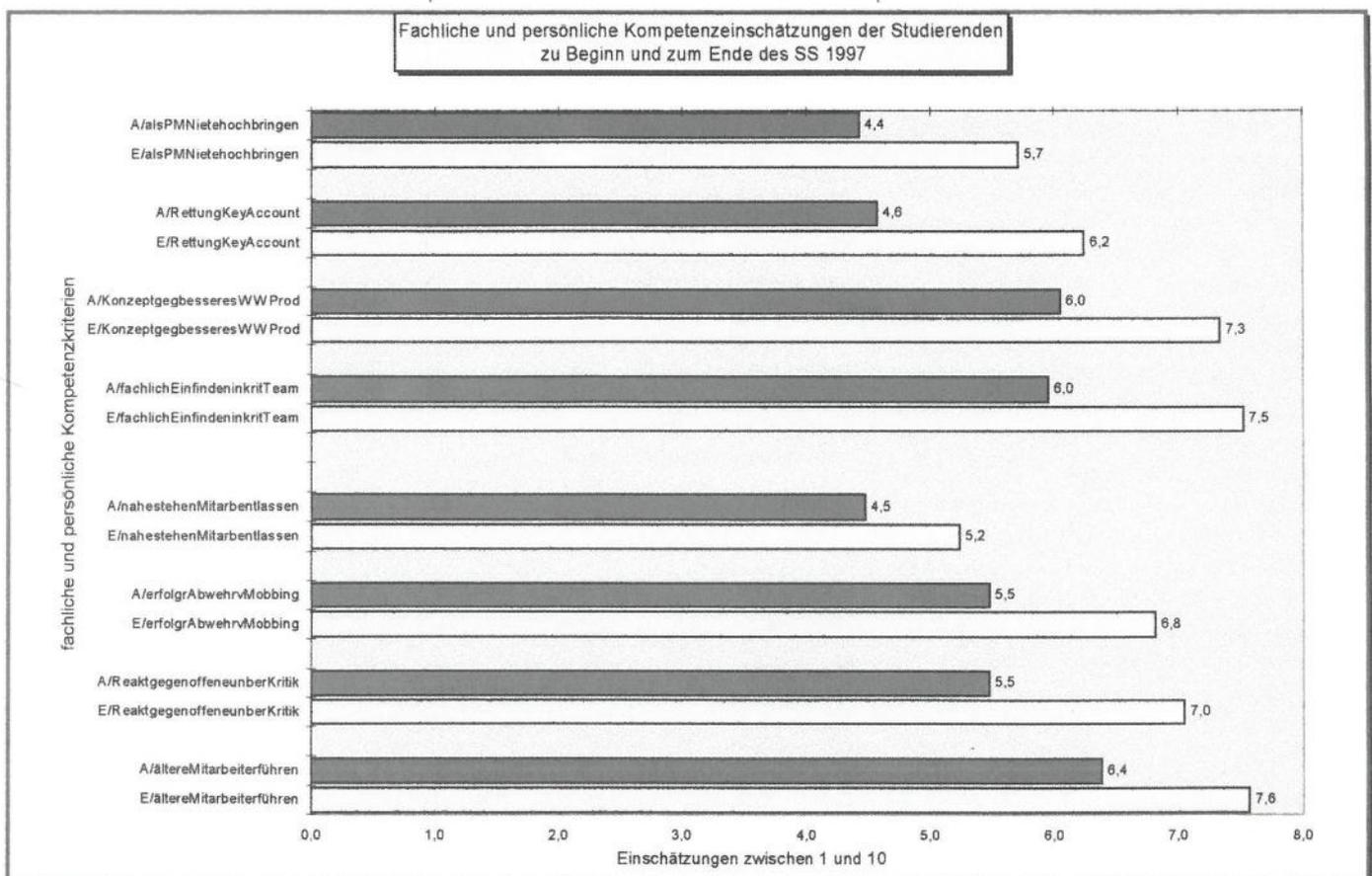
End-Evaluierung

Am Ende des Semesters wurden erneut die studentischen „Kompetenzeinschätzungen“ eingeholt. Es gelten die E-Werte der Abbildung 1. In welchem Maße sind die Studenten in ihrem Abschlußsemester fachlich und persönlich vorangekommen?

Veränderungsanalyse

Interessant ist jetzt die Analyse der relativen Kompetenzfortschritte im Abschlußsemester. Wo empfinden die Studenten, prozentual bezogen auf das Ausgangsniveau, die größten Entwicklungsfortschritte und wo die geringsten? Die Abbildung 2 beantwortet diese Frage tabellarisch.

Es ergeben sich mindestens 30%ige Kompetenzsteigerungen beim Key Accounting und beim Produktmanagement. Bezüglich ihrer Sozialkompetenz denken die Studierenden jetzt, sich signifikant „gestandener“ gegen unberechtigte Kritik von Vorgesetzenseite zur Wehr setzen zu können. Die geringsten Fortschritte sahen die StudentInnen bei höchst sensiblen Führungsaufgaben, wie der Führung älterer Mitarbeiter (+ 19%) und der Entlassung eines nahestehenden Mitarbeiters (+ 19%).



**Verbundstudiengang Wirtschaftsrecht
an der Märkischen Fachhochschule Iserlohn**

Schon seit dem vergangenen Wintersemester 1996/97 existiert an der Märkischen Fachhochschule Iserlohn, Abt. Hagen, ein neuartiger Studiengang, der mehrere Komponenten zu einem sog. Verbundstudiengang zusammenführt.

Erstens verbindet dieser grundständige Studiengang Selbststudienanteile und Präsenzstudienanteile derart, daß er sich in erster Linie an solche Studieninteressenten richtet, die einer Berufstätigkeit nachgehen. Diese Personengruppe hat damit in diesem Studiengang die Möglichkeit, Beruf - und ggf. auch Familie - und Studium miteinander in Einklang zu bringen. Gleichwohl handelt es sich nicht etwa um ein Weiterbildungsangebot, sondern um einen grundständigen Studiengang, der erstmals zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führt.

Die konventionellen Vorlesungen werden im Verbundstudium durch Studienbriefe ersetzt, die - in Lerneinheiten aufgeteilt - von den Studierenden im Selbststudium zu bearbeiten sind. In einem ungefähren Turnus von vierzehn Tagen finden sich die Studierenden sodann vorwiegend an Samstagen in der Hochschule ein, wo in Übungen, Seminaren und Praktika der im Selbststudium erarbeitete Lehrstoff unter Anleitung der Dozenten vertieft wird. Die Größe der studentischen Arbeitsgruppen beläuft sich auf ca. 20 Personen.

Zweitens verbindet dieser Studiengang, der interdisziplinär angelegt ist, verschiedene Fachgebiete miteinander zu einem neuartigen Studiengang: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftssprachen, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsmathematik.

Der Anteil der Rechtsfächer am Gesamtstudienvolumen beträgt - ebenso wie derjenige der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrgebiete - 40%. Die verbleibenden 20% werden durch sog. fächerübergreifende Qualifikationen (Sprachen, Informatik, Mathematik) abgedeckt.

Drittens steht das Verbundstudium auch für den Verbund verschiedener Fachhochschulen in NRW. Ab dem in den nächsten Wochen anlaufenden Wintersemester 1997/98 werden sich an diesem Verbundstudiengang neben der Märkischen Fachhochschule Iserlohn, Abt. Hagen, noch die Fachhochschulen Niederrhein, Abt. Mönchengladbach, und die Fachhochschule Bielefeld beteiligen.

Zur Koordinierung und logistischen Abwicklung des Verbundstudiums ist schon vor einigen Jahren das Institut für Verbundstudien als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Fachhochschulen in NRW mit Sitz in Hagen gegründet worden. Interessenten können von dort weitere Informationen beziehen:

Prof. Dr. Frank Hohmeister, Märkische Fachhochschule,
Haldener Straße 182, 58095 Hagen, Tel. 02331/987-4641.

henden Mitarbeiters. Hier sei angemerkt, daß diese Themen nicht explizit Gegenstand des Semesterstoffes waren.

Benchmarking

Wie sind diese Kompetenzfortschritte zu würdigen? Zwar fehlen Vergleichswerte - das Verfahren wurde im SS 97 erstmalig durchgeführt - doch sollte nach Ansicht des Autors eine Zielkompetenzmarke von 70 - 80 % erreicht werden. Den Schub des letzten Drittels muß bei derart kritischen Führungsaufgaben die Praxis selbst bringen - und eine 100%-Kompetenz (das hieße, eine Aufgabe könnte man so nebenbei erledigen; Unterforderungsverdacht) bleibt auch in der Praxis Illusion. Geht man also von einer 70%-Zielmarke aus, dann müßten Produkt-Management und Key Accounting - trotz der erreichten Fortschritte im Semester - noch verstärkt geschult werden.

Vorteile des Verfahrens

1. Das Wichtigste: es wird das bewertet, was für die Studierenden letztlich zählt: berufsfeldorientiertes Selbstbewußtsein und Kompetenz. Wenn das stimmt, sind dann die Eigenarten der Dozenten noch so wichtig?
2. Die Studierenden müssen sich mit sich selbst auseinandersetzen, ihre eigene berufliche und persönliche Position bestimmen und sich auf die Arbeit des Semesters einstimmen. Damit wäre eine Ernsthaftigkeit gesichert, für die bei einer Professorenbeurteilung eigentlich keine zwingende Gewähr besteht (denn die Studenten haben davon nichts; außer der „heimlichen Freude, einem ungeliebten Prof eins auswichen zu können“).
3. Den Fragebogen (Evaluierungskriterien) erarbeiten die Studierenden selbst.
4. Es wird interner Zwist unter den Dozenten vermieden, der infolge des Einflusses „geliebter“ und „ungeliebter“ Fächer (studentische Präferenzen)

auf die Evaluierungen nicht auszuschießen ist.

Nachteile

1. Es handelt sich um antizipierende Einschätzungen der Studenten. Was die Praxis nachher wirklich bringen wird, weiß niemand.
2. Bestimmte persönliche oder berufliche Herausforderungen werden schwerlich explizit Gegenstand der Lehre sein können (s. z.B. Entlassung eines Mitarbeiters).
3. Bei den Lehrinhalten kann es zu Abweichungen von der Prüfungsordnung kommen.
4. Der Semesterfortschritt ist sicher nicht allein auf die Arbeit eines Dozenten zurückzuführen. In die abschließenden Bewertungen gehen viele Einflüsse ein, denen der Studierende im Semester ausgesetzt ist; einschließlich ein Einfluß aus seinem persönlichen Reifeprozess.

Das dargestellte Verfahren könnte dennoch eine Alternative zur Hochschul-lehrerbewertung sein. Es gibt den Dozenten Ausbildungsziele auf und nicht eigene Unzulänglichkeiten, die letztlich jeder irgendwo in der Lehre (wie auch in jedem Beruf) hat. Das Verfahren ist einfach, nach vorn schauend, und nicht Grundlage für ein mögliches studentisches „Rabattmarkenverteilen“. Die Professoren können jungen Menschen gezielt helfen und brauchen nicht unter dem Druck arbeiten, von einer Klientel beurteilt zu werden, die man nicht ausgesucht hat und die die Ausbildungsleistungen umsonst bekommt. Im Falle von Studentenauswahlverfahren und Studiengebühren könnte der Autor vielleicht anders denken.³⁾ □

1) Vgl. O.V.: FH-Studenten bewerten Lehre, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.4.97
 2) Key Accounts sind Prioritätskunden (Schlüsselkunden), die für das Geschäft und insbesondere für die zukünftige Entwicklung eines Unternehmens eine hohe Wichtigkeit haben.
 3) Hierzu gibt es eine bemerkenswerte Stellungnahme von Prof. R. Lüst in der ZEIT, 1996. Hefnummer nicht präsent. Vgl. ferner: Müller-Böling, D.: Gebühren fürs Studieren, in: die ZEIT, 26.1.96, S. 33-34.

PROZENTUALE KOMPETENZVERÄNDERUNGEN IM SEMESTER	
Rettung eines Key Account	36%
als PM Produktniete hochbringen	29%
Reaktion gegen offene u.unberechtigte Kritik	29%
fachliches Einfinden in kritisches Team	26%
erfolgreiche Abwehr von Mobbing	24%
Konzept gegen besseres Wettbewerbsprodukt	21%
ältere Mitarbeiter führen	19%
nahestehenden Mitarbeiter entlassen	17%

Prüf den Prof - einmal anders

Wie 3159 Studenten aus 56 Semestern die Vorlesungen ihres Professors bewerteten

*Seit dem WS 69/70 ließ
der Autor regelmäßig
seine Lehrveranstaltung
von den Studierenden
bewerten und stellt hier
die zusammengefaßten
Ergebnisse zur Diskussi-
on.¹⁾*

Prof. Dr. Ottmar Kliem
Leiter der Interdisziplinären
Forschungsgruppe für Organisations-
probleme (INFO)
Fleischmannplatz 11
90419 Nürnberg



Die Diskussion um die Qualität der Ausbildung an deutschen Hochschulen und deren Bewertung ist in Deutschland nicht neu. Der Autor hatte bereits vor 23 Jahren in dieser Zeitschrift unter dem Titel „Kreativität als pädagogische Herausforderung“ einen Beitrag veröffentlicht, den er damals bewußt als programmatisch verstand und dessen Einfluß auf seine eigene Rolle als Professor er heute in den Grenzen einer vorläufigen Bilanz darstellt.

Um die erlebnisorientierten Wahrnehmungen unserer Lernpartner(Lpn) in vertretbaren Grenzen messen und bewerten zu können, haben wir uns vor 30 Jahren bewußt für eine methodologisch umstrittene Technik entschieden, die letztlich in der Tradition von Introspektion und Retrospektion steht. Ausgehend vom Unterrichts-Beurteilungsbogen zur Untersuchung von Lehrereigenschaften (cf. Ryans, 1960) und im Anschluß an die originären Entwicklungsarbeiten von Osgood (1957) und Hofstätter (1957,1966) wurden 15 Gegensatzpaare zusammengestellt, mit deren Hilfe die Studenten ihre Vorlesungseindrücke bewertend darstellen konnten. Wir haben uns - trotz methodologischer Bedenken - für die Technik Semantisches Differential entschieden, weil sie leicht zu handhaben ist und die gefühlsmäßige Beziehung des einzelnen Beurteilers zum Urteilsgegenstand bzw. den assoziativen Gehalt einer Interaktion hervorhebt.

Lernpartner

Seit dem Wintersemester 1969/70 legte der Autor dieses Beitrags regelmäßig am Ende eines jeden Semesters seinen Studenten und Studentinnen das Semantische Differential mit der gleichbleibenden Einladung vor: „Wie ich unsere gemeinsame Vorlesung mit Prof. Dr. Kliem persönlich erlebt habe“. Da es sich bei den Probanden fast ausschließlich um Prüfungssemester handelte, wurde strikte Anonymität vereinbart und auch eingehalten. Insgesamt beteiligten sich bis einschließlich Wintersemester 1996/97 3159 Studenten und

Studentinnen, die in betriebswirtschaftlichen, technikkwissenschaftlichen und pädagogischen Fachbereichen an vier Hochschulorten die Fächer Sozialwissenschaftliche Methodenlehre, Zeitgeschichte, Personalführung, Personalentwicklung, Psychologie und Persönlichkeits- und Kreativitätstraining belegt hatten und in 53 Gruppen zusammengefaßt waren. Die größte Gruppe bestand aus 112, die kleinste aus 17 Probanden. Alle hatten zusätzlich die Möglichkeit, kritische Anmerkungen niederzuschreiben.

Aussagen über unsere Zielgruppen („Lernpartner“) lassen jene Daten zu, die wir im Verlaufe des erwähnten Zeitraums mit Hilfe der sog. Möglichkeiten Instrumentierten Lernens (MIL) sammeln konnten. Bei diesen MIL handelt es sich um Techniken, die in den Grenzen von prüfungsorientierten Veranstaltungen „erlebnisorientierte Selbsterfahrung“ ermöglichen sollen. Dazu gehören Simulationen, Prüflisten, kritische Vorfälle, semantische Differentiale, projektive Techniken, ergebnisorientierte Teamarbeit, Synectics, Audio-Demos und andere aktivierende Lernhilfen.

In den letzten Jahren wurden diese MIL institutionell-organisatorisch als sog. Interaktiven Self Assessment Center (ISAC) integriert, dessen Lernzyklus sich am Vorbild der populären „Applied theory of experiential learning“ David Kolbs orientiert. Angesichts der Probleme auf dem Arbeitsmarkt im besonderen und der intendierten Einheit von Leben und Lehre ist die Nähe zum Personalauswahlverfahren Assessment Center (AC) nicht nur begrifflich gewollt. Inhaltlich - und dieser Hinweis sollte wegen der gebotenen Kürze genügen - ließen sich die Lernangebote des Autors als alltagsrelevante Führungsfertigkeiten, „Empowerment“ oder schlicht „Lebenstüchtigkeit“ begrifflich fassen.

Da sich die Zielgruppen wegen der Prüfungsausrichtung unserer Veranstaltungen relativ klar definieren ließen, fast alle Lernpartner an den abschließenden Prüfungen teilnahmen und auch in all den Jahren mehr als 70 Prozent der Teilnehmer ihre jeweilige Vorlesung bewerteten, lassen sich in diesen Grenzen einige auffällige Muster nachweisen, die als relativ gültig angesehen werden können.

Stabile Orientierungsmuster

Erstens, unsere Lernpartner (Lp) sammeln überzufällig ihre Informationen intuitiv und bewerten diese gefühlsbezogen. Im Vergleich des WS 1996/97 mit anderen Semestergruppen erscheint dieses Muster über Jahre hinweg als re-

lativ stabil ($t = -1.18$, $df = 257$, $p = 0.24$; $t = 1.24$, $df = 257$, $p = 0.22$).

Zweitens, unsere Lpn teilen überzufällig die Auffassung, daß sie selbst weitgehend ihr eigenes Verhalten beeinflussen bzw. steuern könnten. Diese im Sinne Julian Rotters deutliche Neigung zu internaler Kontrollüberzeugung verbindet sich mit einer ironischen Lebensphilosophie bei den meisten jungen Menschen ($N = 1533$).

Drittens, unsere Lpn wollen sich nach den Kriterien des Persönlichkeitskonstruktives Self Monitoring (Eindruckslenkung) mehr selbst treu bleiben denn als austauschbare Rollenspieler im Organisationsalltag erscheinen.

Viertens, unsere Lpn neigen überzufällig dazu, sich angesichts führungsrelevanter Situationen für Problemlösungen zu entscheiden, die sich prinzipiell aus einer demokratisch normativen Führungsphilosophie begründen lassen.

Fünftens, unsere Lpn verstehen sich überzufällig als „Sinn-Sucher“! Diese Daten wurden seit WS 1989/90 regelmäßig in der ersten Vorlesungsstunde gesammelt - also vor dem jeweiligen Lernangebot des Professors, und zwar mit Hilfe eines ausdrücklich dafür entwickelten Satzergänzungstests, der sich an einem salutogenetischen (also nicht-pathologischen) Verständnis von Persönlichkeit orientiert. Stichproben, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer gemeinschaftlichen Diplomarbeit einige Semester vorher bereits gezogen wurden, bestätigen das folgende Muster: In der Suche nach Sinngebung (Meaningfulness) unterscheidet sich die jeweils letzte Semestergruppe nicht von den vorangegangenen Gruppen ($t = -0.36$, $df = 535$, $p = 0.72$). In allen unseren Gruppen dominiert dieses Muster als Indikator für potentielle Persönlichkeitsstärke.

Diskussion und Perspektiven der Daten

Wenn man die sehr entfernten Stichproben WS 1969/70 und WS 1996/97 miteinander vergleicht ($p: 005$), werden über die knapp 30 Jahre Farbigkeit, Engagement, Beratung, Ideenreichtum und Wege/Horizonte als besonders typisch für die jeweilige Vorlesung erlebt. Diese Übereinstimmung in lediglich fünf Attributierungen ist dennoch bemerkenswert: Die erste Stichprobe bestand aus Lehrern; die letzte aus Technikstudenten; die ersten hatten bereits einen Beruf gelernt, die letztgenannten hatten meistens nur die Fachoberschule absolviert. Außerdem bewegte Ende der 60er Jahre ein anderer Zeitgeist als heute die Gemüter der jungen

Generation! Wie der interne Vergleich zwischen den beiden jüngsten Semestern zeigt, erweitert sich das ursprüngliche Erlebnismuster: Zu den erwähnten fünf Übereinstimmungen treten Wirklichkeitsnähe, geistige Offenheit, Ehrlichkeit, Fröhlichkeit, Entspannung, Faszination, Freundlichkeit, Optimismus, Sympathie und schließlich Vertrauen (letzteres knapp an der Grenze des festgelegten Alpha-Niveaus liegend).

Ein weiteres Mal fällt das stabile Muster bei den Studenten auf, mit der sie das Lernangebot des Autors wahrnehmen und bewerten. Ebenso stabil erscheint die Zuschreibung von Attributen, die in unserer Kultur als „positiv“, „funktional“ oder ähnlich verstanden werden (Die zusätzlichen Anmerkungen auf den Antwortbogen bestätigen bzw. vertiefen fast ausnahmslos dieses günstige Bild).

Auf den ersten Blick erinnert die Richtung der Attributierung an eine zentrale Dimension des weitverbreiteten Multifactor Leadership Questionnaire (MLQ) von Bernard Bass und Bruce J. Avolio (1989) - namentlich an die konstituierenden Items der Dimension „Transformational Leadership“ (zum Beispiel: Charisma, Inspiration, Intellectual stimulation und Individualized consideration). Diese Ähnlichkeit wird besonders deutlich, wenn man die anderen Dimensionen wie Contingent reward und Management by exception (beide stehen für Transactional leadership) und Laissez-faire (steht für Non-leadership) dagegenstellt.

Diese und weitere Studien von Bass, Hater bzw. Avolio, bzw. Conger und Kanungo weisen die Tendenz aus, daß charismatische bzw. inspirationsorientierte Führung noch vor den Typen „Eingehen auf das Individuum“ und „Intellektuelle Anregung“ mit gewünschten Ergebnissen überzufällig verbunden sind. Charismatische Führung wird bei ihnen zuerst als Phänomen einer Zuschreibung von Eigenschaften (attributional phenomenon) durch relevante Organisationsmitglieder verstanden. „Vorgesetzte“ werden von ihren Mitarbeitern als charismatisch attribuiert, wenn sie - und das ist besonders wichtig - eine „Vision“ (ein idealisiertes Ziel oder Muster) für eine nahe, gemeinsame Zukunft vermitteln können. Für dieses Ziel, das den Status quo transzendiert, müssen sich diese interessanten Menschen in persönliche Risiken begeben, ungewöhnlichen Aktivitäten nachgehen und/oder ungewöhnliche Methoden einsetzen usw. Sobald sie jedoch als Manager oder Verwalter arbeiten, verflüchtigt sich dieser Zauber des Ungewöhnlichen.²⁾

Fabula docet: Es besteht offensichtlich eine besondere persönliche, sich mit jedem neuen Semester wieder aufbauende Beziehung zwischen jungen Menschen, die sich selbst (oft unbewußt) als Sinn-Sucher fühlen sowie sich mehr oder weniger bewußt im Sinne der anderen hypothetischen Sample-Muster definieren, und ihrem Lehrer, der sich um die glaubwürdige Einheit von Lehre und Verhalten bemüht. Diese Beziehung enthält offensichtlich typische Elemente transformatorischer Führung, wobei Charisma als Schlüsselbegriff gilt. Ergebnisse wie diese sind immer schmeichelhaft für den „betroffenen“ Initiator. Aber ihre Nebenwirkungen sind - und das belegt nicht nur die internationale Führungsforschung - in besonderem Maße kostenpflichtig! Angesichts der zunehmenden Bürokratisierung in unseren Lern-Organisationen stellen solche Lehrer, Trainer und andere „führungsrelevante Persönlichkeiten“ oft ein anschaulich-leibhaftiges Ärgernis dar. Vielleicht sogar in dem Maße, in dem diese „Motivationskünstler“ ihre „Gemeinde“ kognitiv und affektiv stimulieren, ja: begeistern, fordern sie (ungewollt) jene zu Widerspruch und Ablehnung heraus, die diese „Sinn-Gemeinschaft“ aus unterschiedlichen Gründen nicht teilen können oder wollen. Dieser „Dysfunktionalität“ sollte sich ein Vorgesetzter, Lehrer oder Trainer mit ähnlich besetzten kollektiven Zuschreibungen stets bewußt sein.

Wenn der Autor die skizzierten Ergebnisse und Einsichten mit seiner programmatischen Skizze aus dem Jahre 1974 vergleicht, kann er als Lehrer zufrieden sein. Er hat seine Zielgruppen - und das an verschiedenen Hochschulen und Fachbereichen - sicherlich nicht verfehlt und vielleicht sogar ein, von vielen jungen Menschen geteiltes Verständnis von Persönlichkeit und Kultur angeregt.

Fazit und Ausblick

Fassen wir unsere Einsichten als Thesen zusammen:

Lernen ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Eine Vorlesung ist immer nur so gut, wie beide Partner es wollen und können. Lernen heißt Fragen stellen, Gefühle erleben, Mut zur Meinung beweisen, Niederlagen ertragen können, Erfolge genießen können. Oft sind Fragen wichtiger als Antworten. Lernen ist eine Chance zu persönlichem Wachstum und Empowerment. Individualisiertes Lernen ist auch in vergleichsweise großen Gruppen möglich. Vertrauen, Geduld und Toleranz sind dafür unabdingbar. Lernen ist Einsicht, Übung

und Anwendung zugleich. Lernen setzt sogenannte Theorie voraus. Diese ordnet, erklärt, bewertet und überschreitet Beobachtungen, Erlebnisse, Meinungen und Erfahrungen. Nichts ist praktischer als eine gute Theorie. Lernen heißt in Systemzusammenhängen denken und handeln lernen. Die Lösung eines Problems kann als ungewollte Nebenwirkung völlig neue Probleme in anderen Systemen auslösen.

Der Professor selbst sollte sich als Lehrer bekennen und erklären. Er sollte klarstellen, wie er Macht und Autorität handhaben will. Er sollte mutig sein, seine eigenen Lebenserfahrungen und die seiner Studenten in die Inhalte der Vorlesung einzubringen. Er sollte sie nicht nur als Lernpartner, sondern als Person annehmen - gleiches gilt für die Studenten. Wenn beide Seiten ehrlich und spontan agieren und reagieren, werden sie mehr gewinnen als herkömmlichen Lerntransfer. In einem solchen Dialog wächst im günstigsten Fall jede beteiligte Person über ihre bisher erkannten Grenzen hinaus.

Letztlich entscheidet über die Qualität des gemeinsamen Lernens die Haltung der Lernpartner. Sie ist dann im Sinne der intendierten Lernziele besonders „leistungswirksam“, wenn sie über den Horizont des gewählten oder bestimmten Arbeitsfeldes hinausgeht und sich an einer Einheit von Lernen und Leben orientiert. Und diese Haltung, die die aktuelle Diskussion um Lern-Organisation, New Leadership, Skill Training, Empowerment oder Tacid Knowledge transzendiert, wird nicht nur vom Professor und seinen Studenten in unseren, vielleicht besonders dafür „günstigen“ Fächern, sondern von anderen Kollegen in anderen Fächern eingefordert. Und sicherlich nicht selten eingelöst.

- 1) Diese Überlegungen sind Teil einer größeren Darstellung seines Verständnisses von anwendungsorientierter Lehre, die der Autor demnächst in Buchform und in englischer Sprache veröffentlicht.
- 2) Wir wollen und können aus verständlichen Gründen auf den augenblicklichen Stand der Diskussion um mögliche „Korrelate“ von Führung im allgemeinen und Transformational Leadership im besonderen nicht weiter eingehen. Interessant für uns sind diese Forschungsbelege vor allem als Hilfe und Perspektiven.

Forschungsprogramm Fachhochschulen - Bilanz der ersten fünf Jahre 1992 - 96

Im Jahr 1992 wurde das BMBF Programm „Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen,“ (aFuE) eingerichtet und im Bundeshaushalt verankert. Das Programm setzt an den bisher noch ungünstigen Voraussetzungen der Fachhochschulen für die Forschung an. Die Fördermittel des Bundes sind vorgesehen für:

- die Vorbereitung von Projekten, für die Drittmittel eingeworben werden sollen,
- die Freistellung von Fachhochschulprofessorinnen und -professoren, um mehr anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung betreiben zu können,
- Personal- und Sachmittel,
- die Vorbereitung und Durchführung des Wissens- und Personaltransfers.

Das Fachhochschulprogramm wird jährlich einmal ausgeschrieben; es hat zur Zeit ein Finanzvolumen von 10 Mio. DM; antragsberechtigt sind alle Fachhochschulen (staatliche und private) mit Ausnahme der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung.

Zahlen, Daten, Fakten 1992 - 1996

In den Jahren 1992 bis 1996 standen für das aFuE Programm im Haushalt des BMBF insgesamt 28,5 Mio. DM zur Verfügung. In den ersten fünf Antragsrunden von 1992 bis 1996 wurden insgesamt 2.220 Vorhaben eingereicht. Als Ergebnis der Begutachtung durch von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) benannte Fachgutachter zeigte sich, daß 1.460 Projektanträge der Fachhochschulen förderungswürdig waren.

Davon konnten bisher ca. 270 Projekte bewilligt werden.

Fast zwei Drittel aller Anträge (mehr als 1.400) kamen aus den ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen. Über 100 Anträge beschäftigten sich mit Umweltechnik und technischem Umweltschutz in den Bereichen Luft, Abfall, Boden und Wasser.

In den nichttechnischen/naturwissenschaftlichen Fachgebieten kamen die meisten Anträge aus der Wirtschaft und dem Sozialwesen. Niedrige Antragszahlen gibt es auch in den Fachbereichen Design und Sprachen; diese Beispiele zeigen, daß diese Fachrichtungen an Fachhochschulen noch zuwenig vertreten sind.

Bei der unterschiedlichen Größe der Bundesländer und Zahl der Fachhochschulen je Land verteilten sich auch die Anträge ungleichmäßig auf die Länder. Aus den Hochschulen des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen stammen die meisten Anträge (21 %), aber an zweiter Stelle erscheint bereits Sachsen mit ca. 16 % der Anträge. Damit liegt Sachsen deutlich vor den nach Bevölkerungszahl etwa doppelt so großen Ländern Baden Württemberg und Bayern.

Ein wesentliches Indiz für den Anwendungsbezug von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen ist die Bereitschaft von kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Durchführung der Vorhaben mit diesen Fachhochschulen zusammenzuarbeiten. Der Anteil der Anträge, in denen ein oder mehrere Kooperationspartner gemeldet worden sind, liegt z.B. in den Jahren 1995 und 1996 bei fast 19 %. Hiermit hat sich

gezeigt, daß Fachhochschulen und kleine und mittlere Unternehmen Schaltstellen für Technologietransfer und Innovation sein können. Außerdem ist es ein deutliches Anzeichen für die gestiegene Drittmittelfähigkeit der Fachhochschulen. Eigenbeiträge der Kooperationspartner z.B. in Form von Finanzmitteln, Sachausstattung oder Personal zeigen nicht nur ein erhebliches Interesse an der Forschung an Fachhochschulen, sondern auch Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Hochschule. Die Zahlen und Fakten zeigen, daß das aFuE Programm sehr gut läuft und vorrangige politische Zielsetzungen wie z.B. schnelle Umsetzung von Forschung, Transfer und Kooperation in der Region erfüllt.

Erste Ergebnisse der Ausschreibung 1997

Auf Rekordhöhe ist die Zahl der Antragsteller zur 1997er Ausschreibung des Programms gestiegen: es sind 642 Anträge. Hinsichtlich der Schwerpunktthemen unter Beteiligung der Wirtschaft wurden die Ergebnisse aus den vorigen Runden bestätigt. Diesmal kommen allerdings die meisten Antragsteller aus Nordrhein-Westfalen (136), gefolgt von Bayern mit 80 Anträgen, an dritter Stelle liegt Sachsen mit 68 Vorhaben. Bei den Fachhochschulen führen Aachen und Wildau mit je 33 Anträgen, gefolgt von Kiel (26) und Zittau (22).

Die Anträge sind im Juni begutachtet und ausgewertet worden. Ca. 60 Fachhochschulprojekte können in diesem Jahr gefördert werden.

Neben dem hier geschilderten aFuE Programm hat das BMBF aus Fachprogrammen für die Forschung an Fachhochschulen im Berichtszeitraum insgesamt rd. 85 Mio. DM vergeben; davon erhielten die Fachhochschulen mehr als 74 Mio. DM direkt. Die Fachprogramme des BMBF haben zum Ziel, in ausgewählten Technologiegebieten einen hohen Leistungsstandard von Forschung und Entwicklung zu fördern. Deshalb werden die Anträge aus dem Fachhochschulprogramm, die als förderungswürdig begutachtet wurden, teilweise in den Fachprogrammen untergebracht; wenn deren Zweckbestimmung es zuläßt.

Bilanz

Der bisherige Erfolg des Programms für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen kann sich durchaus sehen lassen. Die Fachhochschulen werden darin bestärkt, ihre Forschungsanstrengungen fortzuführen und zu steigern; mögliche Partner, vor allem der regionalen Wirtschaft werden auf die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen hingewiesen.

Die Industrie wird außerdem angeregt, mit Forschungs- und Entwicklungsproblemen auf die Fachhochschulen zuzugehen.

Der Erfolg des Programms schlägt sich nicht nur in Forschungsergebnissen, Produktentwicklungen und anderen anwendungsnahen Problemlösungen nieder, sondern auch in einer verbesserten Qualifikation der Fachhochschulabsolventen.

Eine ausführliche Informationsschrift mit einer kommentierten Bilanz der ersten fünf Jahre des aFuE Programms ist im Referat Öffentlichkeitsarbeit des BMBF erhältlich.

Hans Rainer Friedrich



Baden-
Württemberg

3. Forschungstag der Fachhochschulen

Von der angewandten Forschung bis zum fertigen Produkt - am 24. und 25. Juni präsentierten die Fachhochschulen Baden-Württembergs zusammen mit ihren Industriepartnern Forschungsergebnisse und Resultate des Technologietransfers an der Hochschule für Technik in Karlsruhe.

Mehr als 80 Projekte wurden ausgestellt, die in eindrucksvoller Weise das Potential der Fachhochschulen für innovative Forschung und Technologietransfer dokumentierten. So zeigte beispielsweise das Institut für angewandte Forschung an der FH Reutlingen ein Projekt zur dreidimensionalen Bilddarstellung in der Endoskopie, das sowohl in der minimal invasiven Chirurgie als auch in der industriellen Qualitätssicherung und -kontrolle mit Erfolg eingesetzt werden kann. Durch das Endoskop lassen sich ansonsten unzugängliche Stellen wie Innenräume von Motoren und Flugzeugturbinen durch dreidimensionale Bilderzeugung auf Verschleiß und technische Defekte untersuchen und vermessen. Für solche automatisierten Inspektionsgeräte wird aus der Industrie ein stark steigender Bedarf signalisiert. In einer zweiten Phase des Projekts soll die Technologie in die endoskopische Chirurgie übertragen werden.

Der erste Kongreßtag stand unter dem Motto „Schneller, besser, kostengünstiger - Innovationen als Treibstoff der Wirtschaft“, der zweite hatte als Überschrift „Fit für den globalen Wettbewerb.“ Nach der Eröffnung durch den baden-württembergischen Wissenschaftsminister Klaus von Trotha fanden nachmittags

sowie am zweiten Kongreßtag Fachvorträge zu den Themen Energietechnik, Innovative Methoden in der Automatisierungs- und Fertigungstechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Innovative Techniken für die Medizin, Mechatronik, Mikrosysteme, Nachhaltige Energiewirtschaft, Produktdesign, Sensorsysteme und Verfahrens- und Umwelttechnik statt. Ergänzt wurde das Programm durch ein Existenzgründer-Forum, eine Multimedia-Galerie, ein Innovationszentrum und ein Internet-Café.

Die Ausstellung sowie die Fachvorträge hatten zum Ziel, einen Überblick über die aktuellen Forschungsschwerpunkte und Projekte im Technologietransfer an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg zu geben, innovative Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Forscher der Region anzusprechen und den anwesenden Kollegen als Kommunikationsforum zu dienen. Durch die gleichzeitige Präsentation neuer Entwicklungen von Industriefirmen ergab sich ein reger Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Hochschul- und den industriellen Forschern und Entwicklern. Die intensive Vernetzung der Fachhochschulforschung mit der industriellen Forschung des Landes zeigt die Tatsache, daß 1996 erstmals über 10 Millionen DM Drittmittel für Projekte der angewandten Forschung an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg eingeworben wurden. Damit übersteigen die Drittmittel die direkte Förderung aus dem Schwerpunktprogramm für die Fachhochschulen (ca. 5 Mio DM jährlich) bereits um das Doppelte.

PM der FH Karlsruhe v.
16.06.97, ls.



Bayern

Bayerisches Hochschulgesetz vor der Reform

Die vom bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst *Johann Zebetmair* Ende Januar des Jahres ex officio angekündigte Reform des aus dem Jahre stammenden und letztmalig vor vier Jahren aktualisierte Bayerische Hochschulgesetzes ist einen Schritt weitergekommen. Der Änderungsentwurf in der Fassung vom 27. Juni ist den Hochschulen zugegangen. Sie hatten bis Ende Juli Ihre Stellungnahme dazu abgegeben. Auch der Vorstand des bayerischen *hib*-Landesverbands, der Verband der Hochschullehrer an den Fachhochschulen in Bayern, ist fleißig gewesen und hat für die rd. 1000 VHB-Mitglieder seine Stellungnahme bereits am 30. Juli am Münchener Salvatorplatz und im Maximilianeum deponiert.

Für die Basis der Hochschulen, für die Fachbereiche als die eigentlichen Leistungserbringer enthält der Entwurf drei strukturelle Änderungsabsichten, von denen die ersten beiden die Fachhochschulen nicht betreffen (juristische Zwischenprüfung und Klinikum). Auch der dritte Punkt gilt dem VHB als bei den Fachhochschulen schon realisiert, denn die Aufgabe Sicherung der Lehre des zukünftigen Studiendekans werden von Dekan und Prodekan i.d.R. wirklich wahrgenommen. Der VHB spricht sich dagegen aus, Evaluierungsverfahren vom Studiendekan in alleiniger Verantwortung entwickeln zu lassen. Dies ist nach Meinung des VHB Sache des Fachbereichsrates. Die meisten Vorschläge des Entwurfs vom 27.06.1997 betreffen die Hochschulleitungsstruktur.

Das ohnehin auf Grundsatzentscheidungen zur Hochschulordnung und auf die Rektorwahl begrenzte Hochschulparlament Versammlung soll verkleinert werden und auch nicht mehr befugt sein, die Berichte der Rektoren/Präsidenten zu hören und zu diskutieren. Der VHB? Klar dagegen.

Die Senate als Stimme der Fachbereiche werden von ihrer Verantwortung für operative Entscheidungen über Personen und Ressourcen entlastet, also entmachtet. VHB? Dagegen.

Als neues Gremium erscheint ein Hochschulrat. Fünf hochschulexterne Personen aus Wirtschaft und Kunst werden vom amtierenden Rektor dem Staatsminister zur Ernennung vorgeschlagen. Die Externen werden anstelle der Versammlung vom Rektor informiert. Sie nehmen mit der Hochschulleitung bisherige Staatskompetenzen wahr. Der VHB? Er wünscht den Hochschulrat als beratendes Gremium. Seine Mitglieder sollten dem Staatsminister aber vom Senat vorgeschlagen werden.

Unklar ist die zukünftige Verfassungswirklichkeit der Hochschul-Spitze. Mit dem Leitungsgremium scheinen die Weichen zur kollegialen Hochschulleitung gestellt zu werden, allerdings in Bayern bisher nicht nach Paritäten: Leitungsgremium sind Rektor/Prorektoren (Präsident/Vizepräsidenten) und der Kanzler. Der VHB wünscht, das Leitungsgremium habe anstelle des Staatsministers über die interne Gliederung einer Hochschule zu entscheiden. Andererseits sollten Rektoren/Präsidenten kein Durchgriffsrecht in die Fachbereiche bekommen und nicht an den Dekanen vorbei dirigieren können.

Prof. Dr. Dietrich Grille
Vorsitzender des VHB
Georg-Simon-Ohm-FH Nürnberg
Bogenstr. 11
90459 Nürnberg
<http://www/th.muenchen/guests/vhb>



Brandenburg

Rückwärtsentwicklung im Hochschulbereich

Die Fachhochschulen Berlin-Brandenburgs beschließen verstärkte Zusammenarbeit.

Die Rektoren/Rektorinnen und Präsidenten der Fachhochschulen in Berlin und Brandenburg haben am 15. Mai 1997 in der FHW festgestellt:

1. Mit Bestürzung wird zur Kenntnis genommen, daß nunmehr auch in Brandenburg eine massive Rückwärtsentwicklung im Hochschulbereich droht.

2. In Berlin sind die schlechten finanziellen Grunddaten für die meisten Hochschulen inzwischen fixiert worden. Die Rektoren/Rektorinnen und Präsidenten kritisieren, daß die notwendigen Strukturveränderungen in Richtung Fachhochschulen (Studienplatzverteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen) auch nicht im Ansatz versucht werden.

3. Ziel ist, die Leistungsfähigkeit und die eigenständige Profilbildung der Hochschulen in gegenseitiger Abstimmung zu stärken.

4. Mit diesem Ziel wurden konkrete Kooperationen in folgenden Fachgebieten vereinbart:

- Wirtschaft (Federführung FHW Berlin)
- Maschinenbau (Federführung RFH Wildau)
- Informatik (Federführung TFH Berlin)
- Elektrotechnik (Federführung FHTW Berlin)
- Biotechnologie (Federführung TFH Berlin)
- Physikalische Ingenieurwissenschaften (Federführung FH Brandenburg)

PM der FH Brandenburg v. 15.05.1997.



Hessen

Neues Hessisches Hochschulgesetz: hlb bleibt am Ball

In Hessen wird der Referentenentwurf zum neuen Hessischen Hochschulgesetz inzwischen intensiv diskutiert. Ende Mai wurde vom Ministerium eine überarbeitete Version des Gesetzentwurfes verbreitet. Der Vorsitzende des hlb Hessen, Prof. Dr. Jürgen Wiese, hat die Stellungnahme des hlb Hessen zum Stichtag am 30. Juni in schriftlicher Form im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst übergeben. Eine Delegation des Vorstandes wurde bereits am 03. Juli von der Ministerin empfangen und hatte zwei Stunden lang Gelegenheit, mit Frau Dr. Hohmann-Dennhardt über die kritischen Punkte des Entwurfes zu diskutieren. Das Gespräch hat aus unserer Sicht einige erfreuliche Klarstellungen zu den Themen Evaluierung, Mentorentätigkeit, Erreichbarkeit und Nebentätigkeiten erbracht.

Die Ministerin hat erläutert, daß im Gesetzentwurf zwei verschiedene Evaluierungsbegriffe benutzt werden. Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lehre heißt es im Gesetzentwurf: „Die Hochschule hat die Aufgabe, Qualität und Erfolg der Lehre zu ermitteln und zu bewerten (Evaluierung). ... Bei der Umsetzung sind die Studierenden zu beteiligen“. Wir haben angeregt, daß im Gesetzestext dann auch aufgenommen werden solle, daß die Professorinnen und Professoren zu beteiligen sind. Die Ministerin stellte daraufhin klar, daß die Evaluation der Lehre von den Professorinnen und Professoren ausgeht: „Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wer soll es denn sonst machen, wenn nicht Sie.“

Ein anderer Evaluierungsbegriff steht hinter der Vorstellung des Gesetzentwurfes, auf welcher Basis den einzelnen Hochschulen vom Ministerium Mittel zugewiesen werden sollen. Im Entwurf heißt es: „Bei der Verteilung der Mittel sind die Leistungen in Lehre und Forschung fächerspezifisch gewichtet zu berücksichtigen“. Als konkrete Kriterien werden z.B. die Zahl der Studierenden innerhalb der Regelstudien-

zeit und die Zahl der Studienabschlüsse genannt. Hier handelt es sich also um eine Evaluierung der gesamten Hochschule aufgrund von globalen qualitativen und quantitativen Kriterien, etwa nach der Vorstellung, daß „gute Lehre“ zu kurzen Studienzeiten führt und eine Hochschule, die viele Studierende zu Abschlüssen führt, mehr Mittel benötigt als eine Hochschule mit geringerem „output“.

Der hlb hat den Eindruck, daß sich die Verantwortlichen die Folgen ihrer auf den ersten Blick populären Vorstellungen zur Evaluierung noch nicht in letzter Konsequenz klargemacht haben. Beispielsweise müssen Studierende, die bei der Evaluierung der Lehre beteiligt und z.B. über die Qualität der Präsentation in einer Vorlesung befragt werden, ihrerseits darüber Auskunft geben, wie oft sie an der Vorlesung teilgenommen haben, damit das Gewicht ihrer Aussage festgestellt werden kann. Entsprechend muß die Zahl der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit unter dem Aspekt bewertet werden, welcher Anteil der Studierenden sich mit vollem Zeiteinsatz dem Studium widmet. Wie können diese Daten so ermittelt werden,



Der Vorsitzende des hlb Hessen, Prof. Dr. Jürgen Wiese, übergibt Frau Dr. Hohmann-Dennhardt, Hessische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, die Stellungnahme zum Referentenentwurf des Hessischen Hochschulgesetzes

daß sie auch kritischen Nachprüfungen Stand halten? Evaluierung ist nur möglich, wenn Klarheit und Konsens über die Ziele besteht, die verfolgt werden sollen. Diese Zieldiskussion steht nach Auffassung des *hIb* an vielen Hochschulen noch aus. Der *hIb* wird weiterhin darauf dringen, daß im Gesetz die Ergebnisse einer Diskussion über Ziele und Methoden der Evaluierung nicht vorweggenommen werden.

Der *hIb* hatte eine weitere Erhöhung der Lehrverpflichtung durch Mentorentätigkeit, das ist die kontinuierliche Beratung von Studierenden im Grundstudium durch fest zugeordnete Professoren, im Umfang von 2 Stunden in der Woche befürchtet. Wir haben von der Ministerin die Klarstellung erhalten, daß die Mentorentätigkeit an Fachhochschulen nicht erforderlich sei, weil dort bereits andere Formen der Beratung etabliert und wirksam sind. Die Formulierung in § 26, Absatz 2 des Entwurfes ist so und nicht anders gemeint.

Klare Äußerungen gab es auch zum Thema Erreichbarkeit: § 85 Absatz 2 des Entwurfes stellt nämlich fest, daß Lehrende während der Vorlesungszeit „... an vier Tagen in der Woche ... an der Hochschule für Studierende erreichbar sein ...“ müssen. In der Diskussion über den Entwurf haben viele Gruppen diesen Passus so interpretiert, als sei damit eine Anwesenheitspflicht von Professoren in der Hochschule festgeschrieben. Die Ministerin hat uns explizit erläutert, daß dies nicht der Fall ist. „Erreichbarkeit an der Hochschule für Studierende“ bedeute, daß Studierende ihren Professoren über die Hochschule eine Nachricht zukommen lassen können, z.B. indem sie im Sekretariat eine schriftliche Notiz hinterlassen, eine E-Mail schicken, den entsprechenden Professor vor oder nach einer Lehrveranstaltung ansprechen, ihn anrufen können usw., so daß darauf

hin individuelle Gesprächstermine in der Hochschule vereinbart werden können. Diese Kontaktmöglichkeiten erscheinen uns so selbstverständlich, insbesondere bei einer Lehrverpflichtung von 18 Stunden in der Woche, daß wir auch nach dem Gespräch noch nicht verstehen, warum solche organisatorischen Detailregelungen ins Gesetz geschrieben werden sollen. Auch der *hIb* hatte in seiner schriftlichen Stellungnahme deutlich sein Befremden zu diesem Passus zum Ausdruck gebracht. Kollegen von der GH Kassel hatten in diesem Zusammenhang das Schlagwort „akademischer Schalterbeamter“ geprägt. Wir sind froh, daß mit den Erläuterungen der Ministerin gegenüber dem *hIb* dieser Mißklang beseitigt ist.

Für Nebentätigkeiten sieht der Entwurf pauschal vor: „Zehn von Hundert des Entgelts für eine wissenschaftliche Nebentätigkeit sind an die Hochschule abzuführen“. Dies soll, wie die Ministerin auf Nachfragen bestätigte, auch dann gelten, wenn im Rahmen der Nebentätigkeit gar keine Einrichtungen der Hochschule benutzt wurden. Das bisher gültige Nebentätigkeitsrecht sieht vor, daß der Aufwand für die Nutzung von Einrichtungen, Personal und Räumen der Hochschule abgegolten wird. Es gibt aus Sicht des *hIb* keine Sachargumente dafür, von dieser Regelung abzurücken. Eine pauschale Abgeltung auch dann, wenn keine Einrichtungen in Anspruch genommen wurden, ist aus Sicht des *hIb* sachlich und juristisch problematisch, beispielsweise wenn ein Kollege außerhalb der Dienstverpflichtungen am häuslichen Arbeitsplatz ein Buch schreibt oder eine Patentanmeldung erarbeitet, die ohne Nutzung von Ressourcen der Hochschule entsteht. Auch das Entgelt als Berechnungsbasis ist fragwürdig. Schon steuerlich können bei Nebentätigkeiten die Aufwendungen gegengerechnet werden. Der *hIb* wird im Laufe

des Gesetzgebungsverfahrens die Regelungen zur Nebentätigkeit in der Diskussion halten und auf eine sachlich angemessene Ausformulierung im Gesetz dringen. Wir hoffen, daß wir in unserem Gespräch mit der Ministerin wenigstens die Problematik in die Überlegungen zum Gesetzentwurf eingebracht haben.

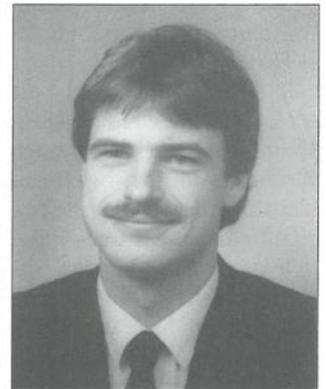
Auch wenn an manchen Punkten massive Kritik angebracht ist: der Gesetzentwurf enthält aus Sicht des *hIb* viele positive Elemente. Er umfaßt alle Hochschultypen in einem Gesetz, hebt die Bedeutung der Lehre an allen Hochschulen hervor, schreibt den Forschungsauftrag der Fachhochschulen fest, bekräftigt die Stellung der Fachbereiche als organisatorische Grundeinheit, legalisiert das Teilzeitstudium und sieht eine klare Regelung für die Promotionsmöglichkeiten von FH-Absolventen an Universitäten vor. Zentrale Forderungen, die der *hIb* seit Jahren erhebt, sind damit berücksichtigt. Der *hIb* Hessen konnte sich frühzeitig in die politische Meinungsbildung über den Gesetzentwurf einschalten. Bisher haben wir den Eindruck, daß eine sachorientierte Diskussion geführt wird und Änderungen am Gesetzentwurf auf der Basis von Sachargumenten möglich sind. Wir sind im Kontakt mit Vertretern der Landtagsfraktionen und werden die Interessen der Fachhochschulprofessoren auch gegenüber den hochschulpolitischen Sprechern der Parteien offensiv vertreten.



Schleswig-Holstein

Vorgestellt: Der Vorstand des *hIb*-Schleswig-Holstein

Im Sommer 1997 wurde der Landesvorstand in Schleswig-Holstein neu gewählt. Er besteht nun aus Prof. Dr.-Ing. Helmut Offermann (Vorsitzender), Prof. Dipl.-Ing. Harald Reise (2. Vorsitzender), Prof. Dr. habil. Walter Koch (Schatzmeister) und Prof. Dr.-Ing. Bernhard Altbiker (Schriftführer).



Helmut Offermann (geb. 1958) erwarb 1983 in Essen sein Diplom als Bauingenieur. Danach war er als Bauleiter tätig und promovierte 1988. Bis 1994 war er im Technologietransfer und in einem betriebswirtschaftlichen Institut u.a. mit Umweltfragen beschäftigt. Seitdem vertritt er an der FH Kiel im Fachbereich Bauwesen (Eckernförde) das Fach Baubetrieb.

Harald Reise wurde 1940 in Innsbruck geboren. In den Jahren 1963 bis 1968



Das Gespräch mit der Ministerin führten Prof. Dr. Wiese, Vorsitzender des *hIb* Hessen, sein Amtsvorgänger Prof. Dr. Hartmut Schmidt, und Prof. Dr. Heckenkamp, Schriftführer des *hIb* Hessen.

studierte er Konstruktiven Ingenieurbau an der TU Braunschweig. Von 1968 bis 1988 war er bei der Dyckerhoff & Widmann AG Hamburg beschäftigt. Unter anderem war er in den Jahren 1974 bis 1985 verantwortlich für den konstruktiven Fertigteilbau der norddeutschen Werke dieser Firma. 1979 erfolgte die Ernennung zum Oberingenieur und zum Leitenden Angestellten. Viele anspruchsvolle Bauwerke im Hoch- u. Ingenieurbau sind unter seiner Mitwirkung entstanden. Im Februar 1988 wurde er zum Professor für die Fächer Baubetrieb und Baukonstruktionen und EDV an die FH Lübeck berufen. Seit 1990 ist er Vorsitzender des *h/b* - Ortsverbandes Lübeck. In der Zeit von 1993 bis 1996 hat er die Aufgaben des Prorektors der FH Lübeck wahrgenommen.

Walter A.S. Koch (geb. 1943) studierte Volkswirtschaftslehre. Nach dem Diplom (1967) erfolgten Pro-



motion (1971) und Habilitation (1979). Seit 1985 ist Koch Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der FH Flensburg. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Öffentliche Finanzwirtschaft, Entwicklungspolitik, Umweltpolitik.

Die Adresse der Geschäftsstelle lautet

Geschwister-Scholl-Straße 31
24340 Eckernförde
Telefon (04351) 82941



Thüringen

Errichtung der Fachhochschule Nordhausen beschlossen

Der Thüringer Landtag hat in Erfurt das Gesetz über die Errichtung der Fachhochschule Nordhausen beschlossen. Derzeit hat Thüringen drei Fachhochschulen in Erfurt, Jena und Schmalkalden. Etwa ein Viertel der insgesamt 28370 Studenten Thüringens studiert an einer Fachhochschule. Wissenschaftsminister Schuchardt will die Fachhochschulen ausbauen. Er beabsichtigt die Errichtung einer weiteren Fachhochschule in Ostthüringen. Bis 2005 sollen 9.800 Studienplätze an Fachhochschulen geschaffen werden. An der Fachhochschule Nordhausen, die sich gegen den Standort Mühlhausen durchgesetzt hat, soll der Lehrbetrieb im WS 98/99 aufgenommen werden. Angeboten werden Ingenieur- und Sozialwissenschaften. Thüringen beabsichtigt, an den Fachhochschulen vermehrt innovative Studiengänge mit modularem, fächerübergreifenden Aufbau einzurichten und berufs begleitende Studiengänge zu fördern.

FAZ v. 17.07.97, Is.

Empfehlungen des Fachbereichstages Maschinenbau

In der 42. Sitzung des Länderausschusses, die an der FH Anhalt/Köthen am 5./6. Juni 1997 stattfand und die sich insbesondere mit der derzeit kritischen Bewerbersituation für Maschinenbaustudiengänge, der Technikakzeptanz der jungen Generation, und der personellen und qualitativen Erhaltung notwendiger Ausbildungskapazitäten an Fachhochschulen befaßte, wurden folgende

Feststellungen getroffen und Empfehlungen vereinbart:

- Öffentliche Diskussionen über die Zukunftsprobleme des deutschen Maschinenbaus zeigen deutlich, daß das Maschinenbaustudium einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Ingenieure leisten muß.
- Eine Analyse des Fachbereichstages Maschinenbau zur Studierfähigkeit von Studienbewerbern des Maschinenbaues weist auf erhebliche Defizite des Studieneingangswissens in der naturwissenschaftlich/technischen Ausbildung bis zur allgemeinen Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife hin. Diese beziehen sich auf Grundlagenkenntnisse in den Fächern Mathematik, Physik, (Mechanik, Elektrizitätslehre, Wärmelehre), Technisches Zeichnen und auf Branchenkenntnisse (einschlägiges Vorpraktikum).
- Die durchgängige Verbesserung der Studieneingangsbedingungen ist zur Erhöhung der Studienbewerberzahlen für Technikstudiengänge dringend erforderlich.
- Das Studium des Maschinenbaus gilt als vergleichsweise anspruchsvolles Ingenieurstudium. Zur Verbesserung der Studierbarkeit und Erhöhung der Praxisrelevanz der Ausbildung ist die Stoffvermittlung und -anwendung in kleinen Gruppen erforderlich.
- Mit optimalen Studienplänen ist ein erfolgreicher Studienabschluß in der Regelstudienzeit von 8 Semestern mit gutem Breitenprofil realisierbar.
- Strategisch orientiertes Berufungs- und Ressourcendenken zur Erhaltung momentan nicht vollständig nutzbarer Ausbildungskapazitäten von Maschinenbaustudiengängen unter Beachtung der Entwicklungseinrichtungen der Branche ist zwingend erforderlich.
- Das Tätigkeitsfeld der Maschinenbauingenieure um-

faßt Dienstleistungen in nahezu allen Industriezweigen, d.h. Planung, Entwicklung, Konstruktion, Entwicklung, Vertrieb und Instandhaltung von Maschinen, Apparaten und Anlagen. Die derzeitige Studienbewerbermotivation ist noch nicht ausreichend. Es ist zu befürchten, daß bei Anwachsen der Konjunktur bald die Nachfrage nach Ingenieurabsolventen die tatsächliche Absolventenzahl übertroffen wird. Bewerber erwarten vielseitige und interessante berufliche Einsatzgebiete.

- Eine wesentliche Perspektive der FH-Maschinenbaustudiengänge liegt in der internationalen Ausrichtung des Absolventenprofils mit der Blickrichtung auf Europa. Im Maschinenbau sollten an Fachhochschulen in Kürze auch internationale Studienabschlüsse wie Bachelor und Master neben dem deutschen Diplom angeboten werden.
- Die Neueinrichtung von Maschinenbaustudiengängen an neuen Standorten ist unter den gegenwärtigen Konjunkturbedingungen des Maschinen-Apparate- und Anlagenbaus nicht sinnvoll.

Berufsintegrierendes Studium (BIS) Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein

Die Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein, Hochschule für Wirtschaft, bietet seit dem Wintersemester 1988/89 ein duales Studium in Form des Berufsintegrierenden Studiums (BIS) Betriebswirtschaft an, welches eine in jeder Hinsicht gleichwertige Alternative zum herkömmlichen Vollzeitstudium darstellt. Organisatorisch ist es so aufgebaut, daß Berufstätige unter Beibehaltung des Arbeitsplatzes ihr Studium absolvieren und damit

FHDW b.i.b.

FACHHOCHSCHULEN
FÜR DIE WIRTSCHAFT



Die Fachhochschulen für die Wirtschaft sind private, staatlich anerkannte Fachhochschulen. Ihre Besonderheit ist das **Duale Studium**. Im Wechsel von wissenschaftlicher Lehre und betrieblicher Praxis führen Sie unsere Fachhochschulen in einem **dreijährigen Studium** zu den Abschlüssen:

Diplom-Betriebswirt (FH)

[in Hannover: Diplom-Kauffrau (FH)/-Kaufmann (FH)]

Europäische Unternehmensführung
Informationsmanagement
Steuer- und Revisionswesen
Finanzdienstleistungen
Touristik
Mittelständische Wirtschaft

Diplom-Informatiker (FH)

Wirtschaftsinformatik

Das FHDW-Studium führt Sie mit hervorragenden Einstiegsmöglichkeiten **auf direktem Weg in den Beruf**. FHDW-Absolventen können jedoch auch an Partnerhochschulen den Weg zum **MBA** oder zur **Promotion** einschlagen. Nächster Studienbeginn: Oktober '97 und Januar '98.

FACHHOCHSCHULEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

33102 Paderborn · Fürstenallee 3-5 · 0 52 51/3 01-02
51465 Bergisch Gladbach · Hauptstraße 2 · 0 22 02/95 27 02
30173 Hannover · Freundallee 15 · 05 11/2 84 83 70

<http://www.fhdw.bib.de>

email:sek@fhdw.bib.de

den Hochschulgrad Diplom-Betriebswirt/-in (FH) erwerben können.

Neben den gewohnten Zulassungsvoraussetzungen, wie Fachhochschulreife bzw. Abitur und Praktikum müssen Bewerber für BIS zusätzlich vor Beginn des Studiums eine kaufmännische Ausbildung erfolgreich beendet haben oder zumindest mehrjährige kaufmännische Praxis aufzeigen können. Zusätzlich muß ein Kooperationsvertrag geschlossen werden, in dem sich das Unternehmen verpflichtet, dem Studienbewerber für die Dauer des Studiums eine studienrelevante Tätigkeit unter Berücksichtigung der betrieblichen Gegebenheiten zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus soll den Studierenden die Möglichkeit zur Teilnahme an den Lehrveranstaltungen und Prüfungen gegeben werden. Kooperationspartner kann jedes Unternehmen sein, welches bereit ist, für die/den jeweilige/n Mitarbeiter/-in einen Kooperationsvertrag abzuschließen. Die Studierenden stammen aus allen Branchenbereichen (Industrie, Handel oder Dienstleistungen genauso wie öffentliche Verwaltungen, etc.), unabhängig von der Anzahl der Mitarbeiter oder des Jahresumsatzes des Unternehmens. Wir finden kleine mittelständische Unternehmen unter unseren Kooperationspartnern ebenso wie Unternehmen von weltweiter Bedeutung. Oft sind

es aber die am Studium interessierten selber, die sich die Informationen über BIS besorgen und dann ihr Unternehmen zum Abschluß eines Kooperationsvertrages bewegen. Manchmal ist dabei auch Widerstand zu überwinden. BIS wird leider immer noch viel zu selten als kostengünstige Personalentwicklungsmaßnahme von den Unternehmen verstanden, obwohl mittlerweile ca. 125 Kooperationsunternehmen (ohne Filialen oder Niederlassungen) zu den Partnern der Fachhochschule Ludwigshafen gehören. Es entstehen pro Semester nur die üblichen Rückmeldegebühren von z. Zt. 84,- DM.

Das Studium gilt nach Auffassung des zuständigen Ministeriums in Rheinland-Pfalz als zur Grundausbildung gehörend und wird damit nach dem Bildungsfreistellungsgesetz nicht als Weiterbildungstudiengang anerkannt. Daher sind Studiengebühren nicht vorgesehen. Die individuelle Regelbarkeit des Arbeitsvertrages bleibt dem Verhandlungsgeschick der jeweiligen Mitarbeiter überlassen. Die Freistellung des Mitarbeiters für die Lehrveranstaltungen unter Fortzahlung des Gehaltes stellt immer noch die Ausnahme dar. Üblicherweise läßt sich der für die Lehrveranstaltungen erforderliche Zeitaufwand im Rahmen der normalen Gleitzeitregelung planen. Die Lehrveranstaltungen finden im 6-Stunden-Block an einem Nachmittag in der Woche (von 14.15 - 19.15 Uhr) und am Samstagvormittag (von 8.15 - 13.15 Uhr) statt. Die Vorlesungen laufen das ganze Jahr über, so daß sich die semesterfreie Zeit gegenüber dem Vollzeitstudium auf acht Wochen minimiert, wodurch die Disposition des Jahresurlaubs ermöglicht wird.

Studiendauer

Das Studium dauert, einschließlich eines Prüfungssemesters, zehn Semester. Im

Grundstudium wird sowohl eine breite betriebswirtschaftliche Grundausbildung vermittelt als auch auf Spezialfragen eingegangen, die das Fundament für eine erfolgreiche Tätigkeit als Betriebswirt bilden. In Veranstaltungen, wie z. B. dem Berufsintegrierenden Pro- und Hauptseminar werden verstärkt die Verbindungen zwischen der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie und der beruflichen Praxis herausgearbeitet. Im Vordergrund stehen hierbei u. a. die Darlegung der Verzahnung der einzelnen Arbeits- und Funktionsbereiche sowie das Aufzeigen von Sachproblemen, die bei der Erfüllung der beruflichen Aufgaben auftreten. Die Spezialisierung im Hauptstudium erstreckt sich über vier Schwerpunkte. Dies sind Marketing, Personal- und Ausbildungswesen, Controlling und Management. Ziel ist es, bei den Studierenden, die aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen kommen, die vorhandenen Fachkenntnisse zu vertiefen und durch die Vermittlung wissenschaftlicher Methoden die Fähigkeit zu selbständiger Problemlösung weiter zu entwickeln.

Nach sechs Semestern Grundstudium, in denen vierzehn Leistungsscheine und vier Teilnahmenachweise erworben werden müssen, findet die Vorprüfung statt. Das Bestehen der Prüfung setzt das anschließende Weiterstudium im 3-semesterigen Hauptstudium voraus. Die Diplomarbeit, die häufig eine durch das Unternehmen unterstützte Praxisarbeit darstellt, wird in der Regel nach der schriftlichen und mündlichen Abschlußprüfung angefertigt. Viele der Diplomarbeiten entstehen aber auch unabhängig von den jeweiligen Arbeitgebern. Ein Auslandssemester ist nicht vorgesehen, da die Studierenden im Rahmen ihrer Berufstätigkeit immer häufiger die Chance zu einem Auslandsaufenthalt z. B. in der vorlesungsfreien Zeit nutzen können.

nen. Sollte dieser Zeitraum nicht ausreichen bzw. dringende betriebliche Gründe dagegen sprechen, hat der Studierende die Möglichkeit ein Urlaubssemester zu beantragen.

Studienerfolg

Trotz hoher zeitlicher Belastung ist die Abbrecher- und Durchfallquote bei den Klausuren mit knapp 5% meist niedriger als bei den Vollzeitstudiengängen. Dies kann nicht auf geringere Anforderungen zurückgeführt werden. Viele der Professorinnen und Professoren halten inhaltlich genau die gleiche Vorlesung im Vollzeitstudium wie im Berufsintegrierenden Studium. Ein Grund hierfür ist wohl die außerordentlich hohe Motivation der Studierenden ihr Studium in der Regelzeit zu beenden. Etwa die Hälfte der Studienanfänger schließt das Studium nach 10 Semestern ab, die anderen, oft bedingt durch längere Auslandsaufenthalte, nach 11 Semestern.

Es hat sich als vorteilhaft erwiesen, den Studierenden dauerhaft eine Kontaktstelle einzurichten. Dies wurde durch eine Geschäftsführerin realisiert, die für die organisatorische Abwicklung des Studiengangs im laufenden Lehrbetrieb zuständig ist.

Die Aufnahme findet, bis auf weiteres, nur einmal jährlich zum Wintersemester statt, wobei zwischen 35 und 40 Studienplätze vergeben werden. Auf einen Studienplatz entfallen derzeit etwa 2,5 Bewerbungen.

Dipl.-Betriebswirtin (FH)

Karin Zettler

Geschäftsführerin BIS

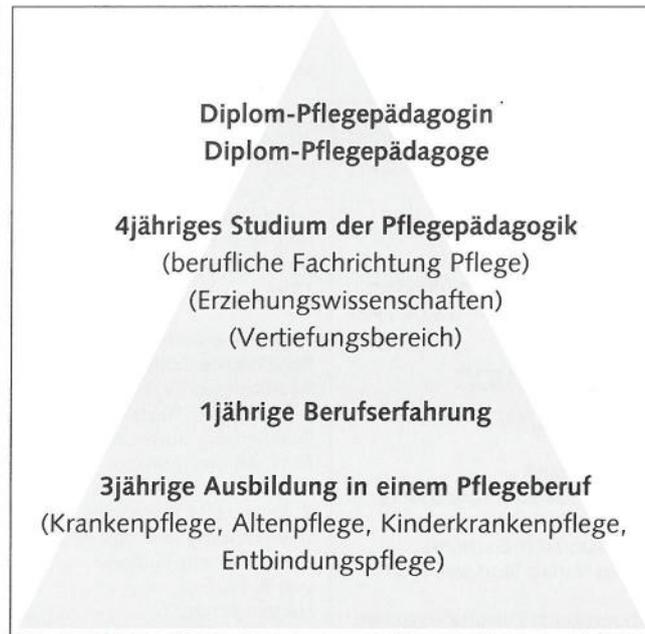
Fritz Unger

Allgemeine BWL

und Marketing, BIS

Studium der Pflegepädagogik an der Fachhochschule Bielefeld

Die Berufsausbildung in den Pflegeberufen vollzieht sich außerhalb des Berufsbil-



dungsgesetzes. Für den schulischen Teil der Ausbildung sind in der Regel nicht öffentliche Schulen, sondern spezielle - meist sehr kleine - Ausbildungsstätten zuständig. Die hauptberuflichen Lehrkräfte an diesen Ausbildungsstätten haben ihre Qualifikation bislang nicht, wie sonst bei Lehrkräften für berufliche Schulen üblich, durch ein Studium, sondern durch eine Weiterbildung erworben, jedenfalls in den alten Bundesländern. Seit kurzem werden nun auch dort entsprechende Studiengänge angeboten.

Der zum Wintersemester 96/97 eingerichtete Studiengang Pflegepädagogik an der Fachhochschule Bielefeld sieht folgenden Ausbildungsgang vor:

Es handelt sich dabei um eine einphasige Lehrerausbildung mit integriertem Praxissemester, das an einer Ausbildungseinrichtung für Pflegeberufe absolviert wird. Weitere Praktika sind im 1. Semester ein Pflege-Ergänzungspraktikum, vor dem 3. Semester ein pädagogisches Orientierungspraktikum und im 6. Semester ein Praktikum in der inner- oder überbetrieblichen Fort- und Weiterbildung. Der Studiengang bereitet so, auf praktischer Tätigkeit in einem Pflegeberuf systematisch aufbauend, auf die Übernahme pädagogischer Aufgaben in

der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Pflegeberufen vor.

Aufgenommen werden jährlich 30 Studierende zum Wintersemester. Pflegepädagogik ist Numerus-Clausus-Fach. Die ausführliche Evaluation wird vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert.

Prof. Dr. Beate Rennen-Allhoff

Fachbereich Pflege und

Gesundheit

Fachhochschule Bielefeld

Am Stadtholz 24

33609 Bielefeld

Berufsbegleitende Studiengänge an der FH Mainz

An der FH Mainz bestehen derzeit drei berufsbegleitende Studiengänge mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung:

- **Berufsintegrierendes Studium (BIS):** Die Studierenden dieses Studiengangs stehen während des gesamten Studiums in einem Arbeitsverhältnis mit kaufmännisch verwaltenden Tätigkeiten. Studiert wird an zwei halben Tagen in der Woche (dienstags nachmittags und samstags vormittags) über eine Zeitdauer von rd. 10 Semestern. Voraussetzung für die Teilnahme an diesem betriebswirtschaftlichen Studium ist neben der Hochschulreife/Fachhoch-

schulreife eine abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung, alternativ mehrere Jahre Berufspraxis sowie ein Kooperationsvertrag mit dem Beschäftigungsunternehmen und der Hochschule. Kennzeichen dieses Studiums ist u.a. die Ergänzung der Lern- und Erfahrungsorte Hochschule und Unternehmen, die zu einer koordinierten Integration der im Beruf und im Studium zu gewinnenden Kenntnisse und Fähigkeiten beitragen soll.

- **Aufbaustudium für Ingenieure und Naturwissenschaftler (AS):** Ziel dieses viersemestrigen Studienganges ist es, das Blickfeld des Ingenieurs und Naturwissenschaftlers um die Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge zu erweitern. Die Studierenden sollen dabei nach dem Studienabschluß „Diplom-Wirtschaftsingenieur“ in der Lage sein, komplexe wirtschaftliche Probleme zu analysieren und zu lösen. Auch während dieses Studiums stehen die Studierenden in einem Beschäftigungsverhältnis, in dem sie studienrelevante Tätigkeiten ausüben.

- **Aufbaustudium „Master in Business Administration“ (MBA):** Ab September 1997 wird in Kooperation mit der University of Bradford ein viersemestriger Aufbaustudiengang durchgeführt. Dieser Studiengang wird in berufsbegleitender Form angeboten. Das Studium ist mit Studiengebühren verbunden. Studienvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Studium, mindestens 2 Jahre einschlägige Berufstätigkeit, sehr gute mündliche und schriftliche englische Sprachkenntnisse, das Bestehen des Aufnahmetests sowie ein positiv gewonnener Eindruck aus einem persönlichen Gespräch.

*Dagmar Lehr, Leitung Büro für
Sonderstudiengänge, FH Mainz*

Bieten die Unternehmen dem „Europa-Ingenieur“ eine Chance?

Deutsch-französisches Studium an der FH München

Nach fünf Jahren intensiven Ingenieur-Studiums mit Vertiefungsfächern in Wirtschaft, Recht und Marketing werden Ende Juni die ersten 22 Studentinnen und Studenten zwei Diplome in Händen halten: ein deutsches „FH-Diplom“ und ein französisches „Diplom de l'EPF“. Die Forderung der Industrie, Ingenieure auszubilden, die Teamfähigkeit, Mobilität und soziale Kompetenz zeigen, wurde in einem länderübergreifenden Studium mit internationaler Ausrichtung erfüllt. Die Industrie ist nun am Zuge, diesen Jungingenieuren eine Stelle für den Start ins Berufsleben zu bieten.

Der Ausbildungsweg zum zweisprachig qualifizierten Ingenieur ist einmalig in Bayern. Im Wintersemester 1992/1993 begannen die bestens motivierten jungen Damen und Herren ihr Studium der Automatisierungs- und Produktionstechnik im Bereich Feinwerk- und Mikrotechnik jeweils an der Fachhochschule in München bzw. an der Fondation EPF, einer Grand Ecole d'Ingenieurs in Sceaux bei Paris. Anschließend waren sie im jährlichen Wechsel gemeinsam an der jeweiligen Hochschule bzw. im Industriepraktikum, das sowohl in Frankreich als auch in Deutschland abgeleistet wurde.

Die französischen und deutschen Studentinnen und Studenten haben gelernt, im Team zu arbeiten. Sie haben die jeweiligen Besonderheiten des Führungsstils in Industrieunternehmen des Partnerlands kennengelernt. Neben den sprachlichen Qualifikation haben sie technische Kenntnisse sowohl an der Hochschule als auch di-

rekt am Arbeitsplatz des Gastlandes erworben. Damit ist das Verständnis füreinander gewachsen und der Grundstein für eine erfolgreiche technische und wirtschaftliche Tätigkeit in einem international tätigen Unternehmen gelegt.

PM der FH München v.
16.04.1997

Neues von Kollegen

Umweltpolitik

Daten - Fakten - Konzepte für die Praxis
J. Altmann (FH Bochum)
Lucius Verlag Stuttgart 1997

Übungsbuch Personalwirtschaft

Arbeitsbuch für das praxisorientierte Studium
R. Bröckermann (FH Niederrhein)
Wirtschaftsverlag Bachem, Köln 1997

Psychologie der Gesprächsführung

E. Crisand (FH Ludwigshafen) und M. Crisand
Reihe „Arbeitshefte Führungspsychologie,“
Hrsg. von W. Bienert und E. Crisand (FH Ludwigshafen)
7. überarbeitete Auflage
Sauer-Verlag, Heidelberg 1997

Das Sachgespräch als Führungsinstrument

Gesprächspsychologische Grundsätze
E. Crisand (FH Ludwigshafen), M. Crisand und A. Adler
Reihe „Arbeitshefte Führungspsychologie,“
Hrsg. von W. Bienert und E. Crisand (FH Ludwigshafen)
2. überarbeitete Auflage
Sauer-Verlag, Heidelberg 1997

Unternehmensplanung

H. Ehrmann (FH Bielefeld)
Reihe „Compendium der praktischen Betriebswirtschaft,“
Kiehl Verlag, Ludwigshafen 1997

Umgang mit suchtgefährdeten Mitarbeitern

insbesondere mit Alkoholabhängigen
H. Feser (KFH NRW, Aachen)
Reihe „Arbeitshefte Führungspsychologie,“
Hrsg. von W. Bienert und E. Crisand (FH Ludwigshafen)
2. überarbeitete Auflage
Sauer-Verlag, Heidelberg 1997

Entwicklung alkoholbezogener Verhaltensweisen und primärpräventive Empfehlungen

H. Feser (KFH NRW Aachen)

Symposiumbericht
Hrsg.: Hartmannbund, Bonn 1997

Qualitätsmanagement als interdisziplinäres Problem

Hrsg. von Georg Benes, Friedrich-Karl Feyerabend und Ulrich Vossebein (alle FH Giessen-Friedberg)
Deutscher Universitäts-Verlag 1997

Einführung in die Regelungstechnik

Analoge und digitale Regelung, Fuzzy-Regler, Regler-Realisierung, Software, MATLAB-Programme
H. Mann, H. Schiffelgen, R. Froriep (FH München)
7. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage
von R. Froriep
Hanser-Verlag, München 1997

Grundgebiete der Elektrotechnik

Band 1: Stationäre Vorgänge
A. Führer (FH Ulm), K. Heidemann (FH Lippe), W. Nerterer (FH Lippe)
Carl Hanser Verlag, München, Wien 1977

Ambulante Erziehungshilfen

Eine Orientierung für Ausbildung und soziale Berufe
R. Günder, FH Dortmund
Lambertus-Verlag, Freiburg 1997

Die Kündigung von Arbeitsverhältnissen

Arten, Gründe, Termine, Mitbestimmung, Klagemöglichkeiten
Kurt Haberkorn (FH Esslingen)
Expert Verlag, Mannheim 1997

Prinzip des Dialogs, nicht der Herrschaftsfreiheit in der kirchlichen Jugendarbeit

M. Hermanns (FH Hamburg)
Reihe „Forum Jugendsozialarbeit,“
Verlag „Die Heimstatt,“
Köln 1997

Lehr- und Übungsbuch Informatik

Band 3: Praktische Informatik
CH. Horn (FH Furtwangen), I.O. Kerner (Univ. Dresden)
Carl Hanser Verlag, München 1997

Hochspannungstechnik

Grundlagen - Technologie - Anwendungen
A. Küchler (FH Schweinfurt)
Springer-Verlag, Berlin 1997

Vom Prozessor zum Programm

Lehrbuch für Informatik- und Ingenieurstudenten
M. Lutz, F.-J. Schmitt, B. Mayer,

Pfützner, A. Kindlbauer (FH Augsburg)
Fachbuchverlag Leipzig 1997 (Carl-Hanser Verlag)

Einführung in die Prozeßmeßtechnik

J. Prock (FH Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg)
Verlag B.G. Teubner, Stuttgart, Leipzig 1997

Beschleunigung des Geschäftsprozesses

H.-CH. Riekhof (FH Göttingen)
Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1997

Entwicklung zur Führungspersönlichkeit

Individuelle Personalentwicklung durch Eigeninitiative
W. Schmidt (FH München)
Reihe „Arbeitshefte Führungspsychologie,“
Hrsg. von W. Bienert und E. Crisand (FH Ludwigshafen)
Sauer-Verlag, Heidelberg 1997

Konstruieren im Maschinenwesen

Von der Konstruktionsvorgabe bis zur Bauvorlage
F. Steinwender (FH Frankfurt), E. Christian
Prentice Hall, 1997

Marktforschung

Grundlagen, Methoden und praktische Anwendungen
Fritz Unger (FH Ludwigshafen)
I.H. Sauer-Verlag, Heidelberg 1997

Genormte Hochschule? Qualitätsmanagement in der Lehre

Was kann die Hochschule von ISO 900 lernen?
Band 28 der wissenschaftlichen Publikationsreihe
„Aus Lehre, angewandter Forschung und Weiterbildung,“
Hrsg. von H.-D. Unkelbach, N. Hilpert und M. Stawicki (FH Wiesbaden)
FH Wiesbaden, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, 1997

Investitions- und Finanzplanung

Eine Einführung in finanzwirtschaftliche Entscheidungen unter Sicherheit
H. Walz (FH Ludwigshafen), D. Gramlich (Berufsakademie Heidenheim)
5. neubearbeitete Auflage
Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Heidelberg 1997

Effektiver lernen - Zeit gewinnen

ein Kurzseminar mit Aufgabenteil
M. Weßling u.a. (FH Aachen)
Band 1 der Reihe „Arbeitstexte Managementtraining,“
Stuttgart 1997

Hailbronner Kommentar zum Hochschulrahmengesetz (HRG)



Hrsg. von Prof. Dr. Kay Hailbronner, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht. Bearbeitet von Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt, Ministerialdirigent Dr. Harald Dörig, Ministerialrat Dr. Peter Großkreutz, Prof. Dr. Kay Hailbronner, Fachhochschulkanzler Guido Kalka, Prof. Dr. Ulrich Karpen, Hochschulkanzler Dr. Peter Kickartz, Prof. Dr. Hartmut Krüger, Prof. Dr. Dieter Leuze, Prof. Dr. Dieter Lorenz, Kanzler der Kunstakademie Dr. h. c. Peter Lynen, Ltd. Ministerialrat Dr. Heinz-Jörg Müller, Prof. Dr. Georg Sandberger, Ministerialdirigent Otmar Schimpfhauser, Hochschulkanzler Dr. Hans-Georg Schultz-Gerstein, Hochschulkanzler Dr. Hanns H. Seidler, Prof. Dr. Werner Thieme, Senatsrat Manfred Ullrich, Prof. Dr. Hans-Wolfgang Waldeyer und Ltd. Ministerialrat Dr. Hannfried Walter.
Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 2.400 Seiten. DM 298,-. Seitenpreis der Ergänzungslieferungen DM 0,42. ISBN 3-8114-1054-7

Das HRG – der „rechtliche Rahmen“ des Hochschulrechts

Das Hochschulrahmengesetz ist – ungeachtet der gegenwärtigen Reformbestrebungen in einzelnen Bereichen des Hochschulwesens – die zentrale Rechtsgrundlage für die Hochschulorganisation und deren Entscheidungsstrukturen. Es enthält die grundlegenden Rechtsnormen über die Aufgaben der Hochschulen in Forschung und Lehre, die Organisation des Studiums, die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Hochschulen und die Hochschulverwaltung. Die Gesetzgebung der Bundesländer über Universitäten, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen basiert – in teilweise enger inhaltlicher Anlehnung – in allen wesentlichen Punkten auf dem HRG.

Eine unentbehrliche Hilfe

Die Kenntnis des HRG ist daher für die Praxis des Hochschulrechts in Hochschulverwaltungen, Ministerien und Gerichten unerlässlich. Der Kommentar gewährleistet durch die Zusammensetzung des Autorenteam – sowohl Hochschullehrer als auch erfahrene Praktiker – die ausgewogene Berücksichtigung von Theorie und Praxis. Landesrechtliche Gesichtspunkte werden stets mit einbezogen. Zusätzlich zur Kommentie-

rung des HRG werden daher Überblicke über die Landesgesetze aufgenommen. Darüber hinaus sind umfangreiche Darstellungen des Rechts der Fachhochschulen sowie des Rechts der Kunsthochschulen enthalten.

Aktuell und zuverlässig

Der „Hailbronner“ informiert schnell und zuverlässig über die aktuellen Fragen der Rechtsprechung und Literatur. Er wird durch Ergänzungslieferungen laufend vervollständigt und damit stets auf dem neuesten Stand gehalten.

Im Urteil der Fachpresse:

„... In summa: Wer in der Bundesrepublik hochschulrechtliche Fragen zu entscheiden hat oder sich wissenschaftlich mit Hochschulrecht befaßt, muß diesen Kommentar befragen und heranziehen, weil es auf diesem Feld kein reiferes Werk gibt.“ *Dr. Zacher in: Gemeinsames Amtsblatt der Ministerien für Bildung und Kultur und für Wissenschaft und Weiterbildung von Rheinland-Pfalz Nr. 7/1994*

„... muß der Kommentar nunmehr als das führende Erläuterungswerk zum Hochschulrahmengesetz angesehen werden.“ *Vizepräsident des VGH Dr. Paul Theuersbacher; Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1997, S. 156*

Hüthig Fachverlage, Postfach 10 28 69, 69018 Heidelberg
Tel. 06221/489-555, Fax 06221/489-410, Internet: <http://www.huethig.de>



C.F. Müller
Hüthig



Baden-Württemberg

Prof. Dr. Christian Enderle, Konstruktiver Ingenieurbau, FH Karlsruhe

Prof. Dr.-Ing. Wolf-Dieter Boettinger, Vermessung und Geoinformatik, Hochschule für Technik Stuttgart

Prof. Dr. Eckhard Martens, Maschinenbau, insbes. Strömungstechnik und Grundlagenfächer, FH Karlsruhe

Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Monicke, Ingenieurvermessung, Instrumentenkunde und Vermessungskunde, Hochschule für Technik Stuttgart



Bayern

Prof. Rosemarie Wagner, Tragwerkslehre, FH München



Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Brunner, Betriebswirtschaft, Bankbetriebslehre, FHTW Berlin

Prof. Dr. Uwe Flick, Empirische Pflegeforschung, Ev. FH Berlin

Prof. Dr. Werner Nann, Betriebswirtschaftslehre, Immobilienmanagement, FHTW Berlin



Brandenburg

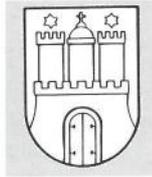
Prof. Dr. Eva-Maria Neumann, Erziehungswissenschaft/Heil- und Rehabilitationspädagogik, FH Lausitz

Prof. Dr. Michael Rösler, Volkswirtschaftslehre, insbesondere umweltorientierte Wirtschaft, FH Eberswalde



Bremen

Prof. Dr. Cornelia Storz, Wirtschaft, Gesellschaft und Sprache Japans, Hochschule Bremen



Hamburg

Prof. Dr. Jochen Vollmann, Sozialpsychiatrie, Sozialmedizin und Medizinethik, Ev. FH Hamburg



Hessen

Prof. Dr. Hellgard Richter, Thermische Verfahrenstechnik und Abwasserbehandlung am Fachbereich Energie- und Wärmetechnik, FH Gießen

Prof. Dr. Markus Röhrich, Wasseraufbereitung, FH Giessen-Friedberg



Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gerold Blakowski, Wirtschaftsinformatik, insbesondere Telekommunikation und Multimedia, FH Stralsund

Prof. Dr. Lutz Dräger, Gerätetechnik und Meßverfahren in der Medizin, FH Stralsund

Prof. Dr. Axel Noack, Betriebswirtschaftslehre, insbes. International Marketing, FH Stralsund

Prof. Dr. Schlomo Schafir, Betriebswirtschaftslehre, FH Stralsund



Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Norbert Hammer, Mediendesign und Mediendidaktik, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Martin Heidrich, Grundlagen und Konzepte der Sozialen Arbeit, KFHNW (Münster)

Prof. Dr. Rolf L. Jox, Recht, KFHNW (Köln)

Prof. Dr. Dietmar Jürgens, Medienpädagogik, insbesondere Musik, KFHNW, (Köln)

Prof. Dr. Harald Lutz, Betriebswirtschaft, FH Rhein-Sieg

Prof. Dr. Karl Neunast, Informatik, FH Rhein-Sieg

Prof. Dr. Peter Roggendorf, Bürgerliches Recht und Sozialwesen, KFHNW (Aachen)

Prof. Dr. Joachim Schmid, Maschinenbau und Verfahrenstechnik, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Torsten Stein, Betriebswirtschaftslehre, FH Rhein-Sieg

Prof. Dr. Andrea Tafferner, Theologie, KFHNW (Münster)

Prof. Dr. Wiltrud Terlau, Volkswirtschaftslehre und -politik, FH Rhein-Sieg



Niedersachsen

Prof. Dr. Michael Eink, Gesundheitspädagogik, Ev. FH Hannover

Prof. Dr. Manfred Hamann, Qualitätssicherung/Industrielle Meßtechnik, FH Braunschweig/Wolfenbüttel

Prof. Dr. Michael Krüger, Leistungselektronik, FH Braunschweig/Wolfenbüttel

Prof. Dr. Frieder Meyer-Bullerdrek, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Bankbetriebslehre,

FH Braunschweig/Wolfenbüttel, (Standort Wolfzburg)

Prof. Dr. Wilma Pohl, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Krankenhausbetriebslehre, FH Braunschweig/Wolfenbüttel, (Standort Wolfzburg)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weissen-see, Kartographie und Geoinformatik, FH Oldenburg

Prof. Dr. Siegmund Froehlich, Verfahrenstechnik, FH Ostfriesland

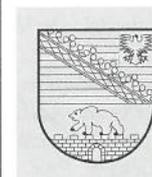
Prof. Dr. Frank Klawonn, Allgemeine Informatik, FH Ostfriesland

Prof. Dr. Uwe Nehls, Produktions- und Automatisierungstechnik, FH Ostfriesland



Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Artur Wollert, Marketing, FH Ludwigshafen



Sachsen-Anhalt

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Günther, Prozesslenkung und Anlagenautomatisierung, FH Anhalt, Standort Koethen

Prof. Dr. Guenter Hofmann, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzierung, Investitionen, FH Anhalt



Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Bernd Eisenstein, Wirtschaftsinformatik, FH Westküste

Prof. Dr. Michael Unterstein, Wirtschaftsinformatik, FH Westküste